



# Politische Berichte

Nummer 26 / 13. Jahrgang

17. Dezember 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**Der Protest von Hunderttausenden kümmert CDU/CSU, FDP und SPD nicht. In der BRD gibt es kein Asyl mehr.**

Oskar Lafontaine und Björn Engholm sind sich ganz nahe, mit der Stirn aneinandergelehnt, etwas erschöpft, so scheint es, aber froh. Sie freuen sich. Sie freuen sich aufrichtig, so wie man sich freut, wenn einem fast das Herz zerspringen mag. Sie haben gerade die Verhandlungen mit der Regierungskoalition zum Asylrecht hinter sich gebracht. Sie haben gerade der Flucht von tausenden Menschen weiträumig ein Ende gesetzt. Viele wird dieser Beschluß das Leben kosten, die übrigen bleiben ihrem Elend überlassen oder können damit rechnen, in Konzentrationslagern kaserniert zu werden. Sie freuen sich, denn all dies soll außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.

Die SPD hat sich mal wieder einen Kompromiß abhandeln lassen. Die Selbstaufgabe, Charakterlosigkeit, das würdelose Kriechertum dieser Partei kennt offenbar weder Skrupel noch Grenzen. Nur wenige Jahre ist es her, da hieß es, Arbeitsverbot und Sozialhilfe in Form von Sachleistungen wird es mit den Sozialdemokraten nicht geben. Es gab dies dann, mit den Sozialdemokraten, und heute gibt es mit ihnen das Vorhaben „einer deutlichen Absenkung der bisherigen Leistung“ in einem „Gesetz zur Regelung des Mindestunterhalts von Asylbewerbern“, d.h. Kürzung der Sozialhilfe um mindestens 25 %. Aber Sammelager, Sammelager sollte es mit der deutschen Sozialdemokratie nicht geben, weil „menschenunwürdig und unmenschlich“ (Rau, Ministerpräsident von NRW) — und heute ist Schnoor (SPD-Innenminister in NRW) der erste, der nach dem Asylkompromiß ankündigt, in drei ausgerichteten Zuchthäusern „Abschiebegefängnisse“ einrichten zu wollen. Noch vor einem Jahr sollte es selbstverständlich eine Grundgesetzänderung mit der SPD nicht geben, dann schon, aber nicht ohne Verankerung der Genfer Flüchtlingskonvention, auf keinen Fall aber Länderlisten, aber am individuellen Asylrecht würden die Sozialdemokraten eisern und unverbrüchlich festhalten. Ganz lang war da der erhobene Zeigefinger auf dem Sonderparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Ende November, was schon beschämend, bedrückend und in seiner Erbärmlichkeit lächerlich genug war. Jetzt soll folgendes gelten:

Der Grundgesetzartikel 16 erhält den Zusatz: (Art. 16a, Abs. 2) „Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft

## Ein „Cordon sanitaire“ als Lösung in der Asylfrage?

oder einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der GK (Genfer Flüchtlingskonvention, d. Verf.) und der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention, d. Verf.) sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, auf die die Voraussetzungen von Satz 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In diesen Fällen können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.“

In dem Kompromiß hat man sich schon darauf verständigt, daß zu den sogenannten „sicheren Drittstaaten“ auf jeden Fall Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz zählen, womit der Abschottungsring, der „Cordon sanitaire“, wie der rheinland-pfälzische Justizminister Peter Caesar (FDP) den Kompromiß kritisierte, komplett ist. „Damit kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden“, erklärte der Herrenmensch und CSU-Verhandlungsführer Edmund Stoiber. Dies sei „genau das, was wir immer gefordert haben“, und Asylbewerber könnten „im Prinzip“ nur über „den Luftweg“ in die BRD kommen. Nach Seiders Schätzungen kommen 90 % auf dem Landweg. Für die übrigen 10 %, etwa der Hälfte der gegenwärtigen Anerkennungsquote, rühmen sich

die SPD-Kuhhändler. Die „Bewahrung“ besteht im wesentlichen in ihrer Einschränkung. Erstens durch Länderlisten verfolgungsfreier Staaten, die nach dem künftigen GG Art. 16a Abs. 3 erstellt werden sollen. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er kann das Gegenteil beweisen. Zweitens durch die völlige Kasteiung des Verfahrens zur Rechtsschutzgarantie, das ein Flüchtling, dessen Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ eingestuft wurde, anstrengen kann, um die sofortige Abschiebung zu verhindern. Es soll künftig grundsätzlich von Einzelrichtern ohne weitere Begründung und ohne daß offenkundige Tatsachen und Beweismittel berücksichtigt und ermittelt werden müssen, entschieden werden.

Klose und Co. hätten „nicht erwartet“, daß die SPD „so viel“ von ihren Positionen „durchbringt“. Offenbar ist bei diesen Herren das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Bei den Verhandlungen über die vereinbarten Begleitgesetze zu Leistungskürzungen, verfahrensrechtlichen Maßnahmen, Einbürgerungsrecht etc. sind also weitere Zugeständnisse zu erwarten.

Mit Polen und der CSFR, denen nun die ganze Last der Flüchtlingsströme aus dem Osten aufgebürdet werden soll, sollen Verträge über „administrative und finanzielle Hilfe zur Bewältigung der

Flüchtlingsprobleme“ ausgehandelt werden. So läßt sich das Massenelend der Flüchtlinge noch benutzen, um weitere Volksgruppen-Sonderrechte für Deutschstämmige oder bessere Bedingungen bei den Saisonarbeiterkontingen- ten auszuhandeln, um nur zwei sehr naheliegende Beispiele zu nennen.

Neben dem Hohen Flüchtlingskommissar der UNO (UNHCR), „amnesty international“, Pro Asyl u.a., die den „Asylkompromiß“ als völkerrechtswidrig bezeichnet haben, gibt es auch zahlreiche Kritik in SPD-Ortsverbänden. Der Frankfurter SPD-Vorstand schrieb an Klose: „Verfolger und Henker aller Herren Länder, denen sie ihre Opfer vor die Füße schmeißen helfen, werden es Ihnen danken. ... Sollten Sie jemals mit dem Gedanken gespielt haben, der SPD einen Gefallen zu tun — Ihr Rücktritt und der Widerruf der vereinbarten Menschenverachtung wäre Gelegenheit dazu.“

Die New York Times verband ihren Kommentar über den „Asylkompromiß“ mit einer Kritik über das „Versagen bei einer Überarbeitung des nicht mehr zeitgemäßen Einbürgerungsgesetzes, das auf ethnischer Zugehörigkeit beruht“ und bot damit mehr Anhaltspunkte, dem sich ausbreitenden Rassismus in Deutschland Einhalt zu gebieten, als der gesamte SPD-Parteitagsschluß. — (rac)

### Gegen Lohnraub durch Konzerne

Knapp 2000 Beschäftigte der Hamburger Versicherungen demonstrierten am 1. Dezember gegen das Lohnraub-„Angebot“ der Versicherungskonzerne. Diese hatten 3,4 Prozent Nominallohn- anhebung bei 16 Monaten Laufzeit angeboten. Beschäftigte von Volksfürsorge, Deutscher Ring, Albingia, Hermes, Iduna, Hanse-Merkur, Hamburg-Mannheimer nahmen an der Aktion teil. Am folgenden Tag wurde der Abschluß bekannt: 4,2 Prozent bei 12 Monaten Laufzeit.

— (res, Bild: res)



### BRD-Ausländerbehörden gegen kurdische Delegierte

Zahlreiche Ausländerbehörden der BRD haben in den letzten Tagen kurdischen Politikerinnen und Politikern verboten, ihr Amt als gewählte Delegierte zum kurdischen Nationalparlament wahrzunehmen. Die reaktionären Schreiben haben fast überall den gleichen Wortlaut. In Anlehnung an den Drohbrief, den Innenminister Seiders kürzlich dem Büro des kurdischen Intellektuellenverbands in Bonn schickte, behaupten die Behörden, die Bemühungen der kurdischen Bevölkerung und Vereine zum Aufbau eines kurdischen Nationalparlamentes und die Wahl der Delegierten hierzu seien „eine unzulässige Annäherung hoheitlicher Tätigkeit auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ...“, die nicht hingenommen werden kann. Sie (die bereits durchgeführte Wahl der Delegierten, d. Red.) erweckt den Eindruck, als dulde die Bundesrepublik Deutschland eine Beeinträchtigung völkerrechtlich anerkannter Staaten.“ Dies „beeinträchtigt“ „erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 1 Ausländergesetz“. Deshalb werde den Empfängern der Schreiben hiermit jede weitere Betätigung als gewählte Delegierte verboten usw. Bisher sind solche Schreiben aus folgenden Städten bekannt: Berlin, Salzgitter, Celle, Oldenburg, Bielefeld, Bochum, Duisburg, Bonn, Koblenz, Mannheim, Ulm, Nürnberg. Die kurdischen Organisationen protestieren gegen diese Übergriffe, die die guten Beziehungen der Bundesregierung zum türkischen Regime höher stellen als das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, und wollen sich an alle demokratischen und antirassistischen Parteien, Gruppen und Bündnisse in der BRD wenden, gegen diese ausländerfeindlichen Übergriffe der Behörden zu protestieren. — (rül)

### Rechte in der Union jetzt bundesweit organisiert

Mehr als 190 Mitglieder von CDU und CSU haben sich am 5. Dezember zum „Christlich-Demokratischen Deutschlandforum“ zusammengeschlossen, darunter elf Bundestagsabgeordnete. Nun hat die CDU viele Vereinigungen, die sich aber alle nach Segmenten der Gesellschaft bilden (Senioren, Mittelstand, Frauen usw.), nicht aber nach politischer Strömung. „Leichtere Abschiebung krimineller Ausländer“, Abschied von der „Utopie einer multikulturellen Gesellschaft“, H. Geißler von der Stasi in die Union plazierte als politische Aussagen sowie die personelle Zusammensetzung sprechen dafür, daß das „Deutschlandforum“ vor allem eine Zusammenarbeit mit den „Republikanern“ anstrebt. Immerhin gehört auch der Berliner Abgeordnete Heinrich Lummer dazu, der schon länger für Koalitionen mit den Rechten wirbt. — (alk)

### Tarifabschluß Stahl: Massive Reallohnsenkung

Die Tarifaufeinandersetzung in der Stahlindustrie ist beendet. Nicht nur für die unteren Lohngruppen bedeutet der Abschluß massive Lohnsenkung: Rückwirkend zum 1. 11. werden nur die Löhne um die bereits bei den letzten Tarifverhandlungen vereinbarten 0,85 % erhöht; erst ab 1. 2. 1993 steigen Löhne und Gehälter um 3,1 %, ab 1. 12. 1993 noch einmal um 0,3 %. Die Laufzeit endet am 30. 4. 1994 und beträgt 18 Monate. Das Volumen dieses Abschlusses — berechnet auf zwölf Monate — liegt bei 1,77 %. Das Ziel der Angleichung der Ecklöhne von Stahl und Metall ist wieder in weite Ferne gerückt: Ende 1994 wird der Ecklohn bei Stahl 15,94 DM betragen, bei Metall 17,20 DM. Angesichts der Kurzarbeitswelle bei Stahl stimmte die Tarifkommission dem Ergebnis trotzdem bei 10 Gegenstimmen zu. „Ausnahme!“ überschreibt die IG Metall ihr letztes Flugblatt. Die Kapitalisten und das Handelsblatt vom 4. 12. sehen es anders: „Der Solidarpakt funktioniert offensichtlich bereits, bevor er abgeschlossen worden ist.“ — (wof)

## Fleddern an der Fristenlösung

### Hauptanliegen der Verfassungsrichter ist staatliche Bevormundung

Am 8. und 9. Dezember hat das Bundesverfassungsgericht öffentlich die Gegner und Befürworter der vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Fristenlösung mit Beratungspflicht angehört, um über die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes zu entscheiden. Am 4. 8. 92 hatte dasselbe Gericht das Inkrafttreten dieses Gesetzes verhindert, weil 248 Unionsabgeordnete und die bayerische Staatsregierung ihre Niederlage im Parlament nicht hinnehmen wollten. Gottgefälliges müsse auch gegen Mehrheiten durchgesetzt werden, stachelten katholische Bischöfe. Dafür will die Union das achtköpfige Gremium in Karlsruhe benutzen, das „unabhängig“ in der Verfassung wurzelt.

Zwei Richtern wurde von zahlreichen Politikerinnen Abhängigkeit und Vorgehenommenheit vorgeworfen, weil sie der „Juristen-Vereinigung Lebensrecht“ zumindest nahestehen, welche eine Abtreibung nur bei einer strengen medizinischen Indikation zulassen wollen. Während der Anhörung mußte das

Gericht mangelnde Ehrfurcht hinnehmen. Die erneute Ablehnung der Fristenlösung wie 1975 ist nicht so einfach.

Die Karlsruher Richter bewegt im wesentlichen die Frage, wie das Rechtsbewußtsein der Bürger weiterhin durch staatliche Maßnahmen geprägt werde. Die eigene Verantwortung der Frauen und der Familien für die Schwangerschaft an der Stelle staatlicher Vorschrift und Strafanforderung bringen solche Veränderungen des Bewußtseins und des Verhaltens der Menschen, daß den Verfassungsrichtern ungeheuer ist.

Welche Möglichkeiten zur Ablehnung des neuen Gesetzes zur Fristenlösung mit Beratungspflicht sind in der Anhörung angeboten worden?

1. Die sozialen Hilfen in Höhe von rund 50 Mrd. DM seien nicht finanzierbar und ohne diese sei die Fristenlösung verfassungswidrig. Schon 1975 war das ein Argument. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Stuttgarts CDU-Oberbürgermeister Rommel, bereitet eine Verfassungsklage vor gegen die Verpflich-

tung der Kommunen, jedem Kind zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergartenplatz und bedarfsgerechte Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen zu gewährleisten.

2. Der Gesetzestext solle dahin geändert werden, daß eine Abtreibung in den ersten zwölf Wochen zwar nicht strafbar, aber trotzdem gesetzeswidrig sei. D.h. der Gesetzgeber verfolgt nicht, verbietet aber den Krankenkassen, den Schwangerschaftsabbruch — da gesetzeswidrig — zu bezahlen, und die Lohnfortzahlung entfielen ebenfalls, d.h. Geldstrafe durch die Hintertür, die die Armen nicht bezahlen können, die dann beim Sozialamt Anträge und Rechtfertigungen abliefern müssen.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Simon warnt vor „schwerwiegenden Erschütterungen“ in der Gesellschaft bei Ablehnung der Fristenlösung. Hinter dem Gesetz steht nicht nur die parteiübergreifende Mehrheit des Bundestages, sondern drei Viertel der Bevölkerung. — (sul)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Aktuell in Bonn

### Teure Jäger

Haushaltsorgen hin, explodierende Verschuldung her — Bonn rüstet weiter. Wie an dieser Stelle prognostiziert, bestätigt sich nun, daß auf den „Jäger 90“ nicht verzichtet wird. Er wird nur umbenannt — in „Eurofighter 2000“. Verteidigungsminister Rühe hatte sich am 10. 12. mit seinen Amtskollegen aus Spanien, Frankreich und Großbritannien auf den „Eurofighter“ geeinigt. Wenn dieser 90 Millionen DM pro Jäger „billig“ wird, dann entspricht dies dem „Jäger-90“-Preis von 1990. Oder: Jeder „Eurofighter“ kostet soviel wie der Bau von 1000 Sozialwohnungen. Parallel werden die Entwicklung und der Bau des Aufklärungsflugzeugs „Lapas“ betrieben. Kosten: „mindestens vier Milliarden Mark.“

### Sachsen gegen Bonn

Das CDU-regierte Land Sachsen will laut Ministerpräsident Biedenkopf im Bundesrat — zusammen mit der SPD — „unter Umständen“ gegen den Bundeshaushalt stimmen. U.a. kritisiert er die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der neuen Bundesländer und fordert zusätzliche 100 Milliarden Mark im Jahr von Bonn. Waigel will „keine Mark und kein Komma“ am Haushalt geändert sehen. Sachsens Wirtschaftsminister Schommer bezeichnete daraufhin Waigel als „das größte Investitionshemmnis in Deutschland für den Aufbau Ost.“ Er blockiere überall, wo er für den Osten mit zuständig sei, so bei der Treuhand, bei den Bundesfinanzen und bei den Liegenschaften dieses Aufbau Ost. Indirekt forderte er den Rücktritt Waigels — aus eigenem Antrieb bzw. weil „das der Kanzler entscheiden muß“.

### Brandenburg gegen Treuhand

Brandenburgs Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann (SPD) will vor dem Verfassungsgericht gegen die Verwertungsrichtlinien der Treuhandanstalt für die vormals volkseigenen Agrarflächen in Ostdeutschland klagen. Die Treuhand stelle, entgegen dem „4+1-Abkommen“, damit die Bodenreform in Frage, wolle, daß „Zustände wie vor 1945“ wiederhergestellt, die alten Großgrundbesitzer als alte-neue Eigentümer eingesetzt würden („Restitution“). Die Treuhand will in die 12-jährigen Pachtverträge für Ostland einen Passus aufnehmen, wodurch diese Verträge, (wie sie etwa mit den Nachfolgeorganisationen der LPGs abgeschlossen wurden), dann kurzfristig gekündigt werden können, wenn der Boden an „Alteigentümer“ zurückgegeben wird.

### „KGT“ gegen rechts?

Mit einer zweiten „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ — diesmal gegen rechte Organisationen — will Bundesinnenminister Seifers angeblich die Verfolgung neofaschistischer Gewalttäter verbessern. Tatsächlich ist diese KGT, sollte sie zustandekommen,

die zweite Durchbrechung des Verfassungsgebots der Trennung von Polizei und Geheimdiensten (seit 1945 wegen Gestapo-Erfahrung verboten) und der zweite Versuch, dem Bund die Polizeioberhoheit zu geben: Die Leitung der „KGT“ soll beim — dem Bundesinnenminister unterstellten — Bundesamt für Verfassungsschutz in Bonn liegen.

### Von wegen „Erblast“!

Auf angeblich 400 Mrd. DM beziffert Bundesfinanzminister Waigel landauf landab die angebliche „Erblast“ der DDR, für die die Bundesregierung ab 1994 geradestehen müsse und zu deren Deckung Steuererhöhungen unvermeidlich seien. Die PDS/LL-Abgeordnete im Bundestag, Dr. Barbara Höll, hat ihm darauf in der Haushaltsdebatte geantwortet: Alle Schulden der DDR-Regierung und -Betriebe zusammen hätten sich vor dem „Anschluß“ auf gerade 80 Mrd. DM belaufen — angesichts der BRD-Staatsschulden für West-Verhältnisse sowieso eine Traumzahl. Die BRD habe also die DDR schon fünfmal okkupieren müssen, um auf Waigels 400 Mrd. DM „Erblasten“ zu kommen.

### Kernkraft-Wende?

Wer hat wen in der Energiepolitik wohin „gewendet“? Dieses Spiel treiben derzeit der SPD-Vorstand und die Energiekonzerne RWE und VEBa mit ihrer Diskussion um den Fortbestand von Kernkraftwerken in der BRD. Die Energiekonzerne wünschen einen „energiepolitischen Konsens“ und locken (mit Blick auf noch zu stehlendes russisches Gas und Kohle?) mit neuen Kraftwerken auf Öl- oder Kohlebasis, wenn ihre AKWs weiter Vollast fahren können. Die SPD will für dieses scheinheilige Angebot von ihrem 1986er Parteitagebschluß gegen Kernkraftwerke runter. Bonner SPD-Sprecher verkünden bereits, der damalige Beschluß, „in zehn Jahren“ müßten die AKWs abgeschaltet werden, bedeute: nach zehn Jahren SPD-Regierung in Bonn!

### Gesundheits„reform“

Am 9. Dezember hat der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD das sogenannte „Gesundheitsstrukturgesetz“ der Regierung verabschiedet. Alle Neuregelungen können damit, sofern der Bundesrat am 18. Dezember zustimmt, zum 1.1.93 in Kraft treten. Das Gesetz sieht u.a. steil steigende „Selbstbeteiligungen“ von Kranken an Medikamenten und Krankenhauskosten vor. Die DAG hat wegen der Anhebung der Beiträge für freiwillig versicherte Rentner eine Verfassungsklage angekündigt.

### Was kommt demnächst?

Am 17. 12. beraten die Länderministerpräsidenten mit Kohl über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Am 18. 12. berät der Bundesrat u.a. über den Haushalt 1993 und Begleitgesetze (hier wird eine Ablehnung erwartet) und über das Gesundheitsstrukturgesetz. In Brüssel berät der EG-Fischereirat über die Fischereipolitik, ein Ergebnis wird bis zum 28. 12. erwartet.

# Von Großdeutschland zu Großeuropa Die „Europäische Union“ tritt in Kraft

Bei aller sonstigen Kritik an Kohls Politik: Mit der Erfolge seiner Europapolitik sind die BRD-Konzerne hochzufrieden. Der EG-Gipfel in Edinburgh hat der dänischen und britischen Regierung eine letzte Frist zur Ratifizierung der Maastrichter Verträge bis 30. 6. 1993 gestellt. Die Ausnahmeregelung für Dänemark — keine Beteiligung an der Währungsunion und an der gemeinsamen „Sicherheitspolitik“ — ist bis 1996 befristet. Dann soll eine Überprüfung der EG-Verträge beginnen. Die Ausweitung der Mittel für den Strukturfonds, angeblich den ärmeren Staaten „zugestanden“, öffnet diese noch mehr der Plünderung durch die großen EG-Monopole aus dem Norden: Die Mittel fließen vor allem in Verkehrsprojekte. Im Europaparlament werden Abgeordnete aus der BRD künftig den größten Block bilden. Die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, der Schweiz, Finnland und Schweden werden das Gewicht des deutsch-völkischen Blocks in Mitteleuropa weiter stärken. Die Aussicht auf neue Beute im Osten soll die EG auch in der immer tiefer werdenden Rezession zusammenhalten.

Kurz vor dem Gipfel hatte der Bundestag die Maastrichter Verträge mit großer Mehrheit verabschiedet. Während Kohl und Kinkel die Debatte nutzten, um unverhüllt für einen Krieg gegen Serbien zu hetzen, feierten andere Abgeordnete der Regierung die erreichten Verfassungsänderungen. CDU-Faltheuser kündigte gleich die nächste an: Die Vorbereitung auf die Währungsunion mache die Aufhebung der Finanzhoheit der Länder unverzichtbar. — (rül)

## Aus der Bundestagsdebatte zum Maastrichter Vertrag

### Helmut Kohl (CDU):

Zu den wesentlichen Errungenschaften des Maastrichter Vertrags gehört der Ausbau der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten Europas. Gerade in den letzten 24 Monaten haben wir mehr als andere empfunden, daß Europa dringend eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht, um Krisen vorbeugen zu können, um aktiver auf Ereignisse in unserem unmittelbaren Umfeld Einfluß nehmen zu können. All diejenigen, die die EG beschimpfen, sie täte im ehemaligen Jugoslawien nicht genug, sollten daran denken, daß die EG die notwendigen Mittel dazu bisher gar nicht hat ...

### Klaus Kinkel (FDP):

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ... setzt Europa künftig nicht nur in den Stand, mit einer Stimme zu sprechen, sondern eben auch gemeinsam zu handeln ... auch wenn wir den

Blick in den Nahen Osten, den Maghreb, das Horn von Afrika, Angola, Südafrika oder andere Teile der Welt richten, zeigt sich, daß diese Gemeinschaft das Instrumentarium für eine gemeinsame Außenpolitik dringend braucht ... Die deutsche und die europäische Einigung sind Teile eines einzigen Prozesses. Wir verankern die europäische Ausrichtung der deutschen Politik heute in unserer Verfassung. Die neue Staatszielbestimmung Europa tritt mit Verfassungsrang an die Stelle des alten Art. 23 des Grundgesetzes, der auf die deutsche Einheit zielte

### Theo Waigel (CSU):

Man muß wissen, daß die Konstitution und die Unabhängigkeit z.B. der Deutschen Bundesbank und ihr Auftrag auf einfachem Bundesgesetz beruht. Wenn wir jetzt die Unabhängigkeit, die Verpflichtung auf Geldwertstabilität und alle anderen Konvergenzkriterien in einem völkerrechtswirksamen Vertrag ... verankern, dann verleihen wir der Unabhängigkeit und der Stabilitätsausrichtung der Deutschen Bundesbank und der künftigen europäischen Zentralbank ein größeres Gewicht, als es jetzt die Konstitution in Deutschland auszeichnet.

### Rupert Scholz (CDU):

Das Vertragswerk von Maastriicht bedeutet den Einstieg in die Europäische Union. Es bedeutet ... einen fundamentalen Wandel in unserer nationalen Verfassungsstaatlichkeit. Man kann es auch so sagen: Der nationale Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland wächst hinüber in eine supranationale Verfassungsstaatlichkeit Europäische Union ... Eigentlich könnte man sagen: alles das, was vor allem in jener Struktursicherungsklausel im Art. 23 gesagt ist, ist ein Thema, das in eine europäische Verfassung hineingehört, in der Konsequenz muß das auch so sein. Diese Europäische Union muß ein Verfassungsstaat sein, und der braucht eine Verfassung. Das heißt, die europäische Verfassung muß der nächste Entwicklungsschritt sein.

### Günter Verheugen (SPD):

Mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastriicht sind Verfassungsänderungen verbunden, die nicht ohne Berechtigung als qualitativ vergleichbar mit der Wehrverfassung, der Nostandsverfassung und der Einheit betrachtet werden.

### Dr. Kurt Faltheuser (CDU):

Die Maßstäbe, die für eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik im Maastrichter Vertrag zugrunde gelegt worden sind, ... sind eine gute Urteilsbasis ... Ich frage mich, wie wir den Gleichklang der Konsolidierungsbemühungen herstellen können, ohne Art. 109 des Grundgesetzes zu ändern. Hier

kann die Diskussion am heutigen Tage nicht beendet sein ... (Art. 109 GG legt fest: „Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig“, d. Red.)

### Peter Conradi (SPD):

Ich halte die Übertragung von Hoheitsrechten, welche die EG-Behörden ermächtigen, in Grundrechtsbereiche unserer Staatsbürger einzugreifen, ohne parlamentarischen Unterbau für verfassungswidrig ... Meine Frage ist: Haben wir als Abgeordnete ... das Recht, unsere Gesetzgebungsbefugnisse einem Ministerrat zu übertragen? Würden wir das im Inland machen, würden wir unser Recht, Gesetze zu beschließen, einem Rat aus Bundes- und Landesministern ... übertragen mit der Maßgabe, wir wollen frühzeitig informiert werden. Wir wollen Stellung nehmen und der Bundesminister solle dann unsere Stellungnahme „berücksichtigen“ — so haben Sie das in dem neuen Artikel 23 des Grundgesetzes formuliert — dann wäre das ohne jeden Zweifel ein Bruch unserer Verfassung. Das Parlament hat nicht das Recht, das Verfassungsprinzip der Gewaltenteilung aufzuheben; es würde sich damit selber aufgeben. Wenn das im Inland verfassungswidrig ist, warum sollte es gegenüber einer staatlichen Institution, die ja erst auf dem Weg zur Staatlichkeit ist, zulässig sein?

### Ingrid Köppe (Bündnis 90):

Der rechtliche Status der Bürgerinnen und Bürger dieses Westeuropas ist nach einem Dreiklassenwahlrecht konstruiert: weitestgehende Rechtlosigkeit der nichtwesteuropäischen Ausländer, wie z.B. der Türken, ein Minimalstandard, z.B. kommunales Wahlrecht für die EG-Bürger und Bürgerinnen, und die Privilegierung nach bekanntem Muster für Bürger und Bürgerinnen der jeweiligen Nationalstaaten.

### Dr. Hans Modrow (PDS/LL):

Es gibt noch andere gewichtige Gründe, Maastriicht abzulehnen. Das damit vorgelegte Integrationskonzept beschränkt sich auf Kriterien der finanziellen Rentabilität, auf einen währungspolitischen Kernbereich, dem sich alle anderen Politikbereiche unterzuordnen haben. Die Gemeinverträglichkeit der sich vollziehenden Prozesse wird in wesentlichen Bereichen grob verletzt ... Der Abstand zwischen reicheren und ärmeren Regionen wächst, statt sich zu verringern. Strukturpolitik und Sanierung haben keine Chance. Maastriicht mag zwar die Stärken in Westeuropa für den Konkurrenzkampf mit den USA und Japan wappnen, wird aber in Westeuropa mehr ärmere Regionen entstehen lassen, zur Lateinamerikanisierung Osteuropas beitragen und die Ausbeutung der Dritten Welt verschärfen.

Quelle: Bundestagsprotokoll, 2. 12. 1992



Irgendwann muß ein Chef seinen Betrieb mal allein lassen können...

„Standortsicherungsgesetz“ nennt sich das neue Steuersenkungsgesetz für die Kapitalisten und Großverdiener, das das Bundeskabinett am 9. Dezember verabschiedete und dem Bundesrat zuleitete. U.a. soll der Spitzensteuersatz für „gewerbliche Einkommen“ (Dividenden u.ä.) von derzeit 53% auf 44% gesenkt werden, der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 50 auf 44%, für ausgeschüttete Gewinne von 36% auf 30%. Kuponschneider und andere Großverdiener würden dadurch zum Teil niedrigere Steuersätze zahlen als gewöhnliche Lohnabhängige mit sehr viel geringeren Einkünften. Bild: Siemens-Anzeige

## BRD drängt auf Tempo beim europäischen Militärpakt

Am 20. November tagten die Außen- und Verteidigungsminister der Westeuropäischen Union (WEU), des Militärbündnisses der westeuropäischen Staaten. Dem Komunique sind drei wichtige Ergebnisse zu entnehmen.

1. Die WEU wird erweitert. Griechenland wird neues Mitglied, Dänemark und Irland werden Beobachter, Island, Norwegen sowie die Türkei werden assoziierte Mitglieder. Damit umfaßt die WEU jetzt alle EG- und alle europäischen NATO-Mitglieder, was einen Machtgewinn der führenden Europamächte, besonders der BRD, bedeutet.
2. Zum 1. April 93 soll in Brüssel eine WEU-Planungszelle ihre Arbeit voll aufnehmen. Dahinter verbirgt sich ein zentraler Planungs- und Führungsstab auf militärischer Ebene, der Planungsoptionen erarbeiten und militärische Einheiten für Einsätze zuordnen soll. Man muß die Einrichtung als bedeutenden Schritt zu einem einheitlichen europäischen Oberkommando werten.
3. In wenigen Monaten wird die WEU in Spanien ein Satellitenbeobachtungssystem installiert und zur Verfügung haben. In der Europäischen Sicherheit Nr.

11/92 wird dieses Zentrum zur Auswertung des Material von Aufklärungssatelliten dem Bereich „Krisenüberwachung“ zugeordnet, wofür weltweite Beobachtungsmöglichkeit wesentlich ist. Die europäischen Militärmächte verschaffen sich nun die Möglichkeit, unabhängig von der US-Aufklärung jede, wirklich jede Bewegung auf der Welt bis in Auflösungsbereiche von unter einem Meter zu erfassen und rechnergestützt auszuwerten. Präzise und zeitechte Aufklärung gilt heute als Voraussetzung für schnelle und wirkungsvolle Militäroperationen. Die Vorarbeiten für die Einrichtung dieses Zentrums standen unter deutscher Leitung.

Das europäische Kriegsbündnis WEU, an dem vor allem Frankreich und die BRD seit einigen Jahren arbeiten, nimmt also inzwischen Konturen an. Die Ziele werden im Komunique formuliert als Beiträge zu humanitären Aufgaben, zu friedenserhaltenden und den Frieden wiederherstellenden Maßnahmen, was jede militärische Option möglich macht. Die WEU-Operationen in der Adria sind erst der Anfang. Neben der Einrichtung einer zentralen europä-

ischen Militärmacht versucht die BRD gleichzeitig, ihren militärischen Handlungsspielraum zu erweitern durch Bildung multinationaler Verbände. Dem deutsch-französischen Korps (im Aufbau) soll ein deutsch-niederländisches Korps mit 40000 Soldaten folgen (Mannheimer Morgen, 3. 12. 92)

Während diese Schritte geschehen, drängt die deutsche Militärführung unter Generalinspekteur Naumann immer ungeduldiger zum Einsatz. Er habe im Ausland nie Angst vor deutschen „Muskelspielerien“ festgestellt, erklärte Naumann der Frankfurter Rundschau (3. 12. 92). Damit spielte er wohl auf seinen Besuch in Israel vor zwei Wochen an, den er als oberster Soldat der Wehrmacht-Nachfolgearmee absolvierte und aller Welt zeigte, daß es keinen Ort mehr gibt, an dem deutsche Soldaten nicht sein könnten. Verteidigungsminister Rühe wird nervös, nachdem der SPD-Parteitag weltweiten Kampfeinsätze der Bundeswehr noch nicht zustimmen mochte, und erwägt, Bundeswehrtruppen durch ein „Entsendegesetz“ (eindeutige Mehrheit im Bundestag) zum Kampf zu bringen. — (jok)



Die Vorbereitungen zu den zahlreichen Wahlen im Jahre 1994 laufen bereits an. Die ersten großen Wahlen werden die Europawahlen sein, die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen werden folgen. Im März 1993 finden bereits in Hessen Kommunalwahlen statt. Gelingt es der Linken, politische Bündnisse zu bilden? Mit dieser Fragen wird sich der Bundesparteitag der PDS im Januar 1993 beschäftigen. Die DKP führte am 31. Oktober eine Beratung zur Wahlpolitik durch. Sprecherratsmitglied Priemer sieht keine realistische Chance für Wahlbündnisse. In der UZ, Zeitung der DKP, wird ihm inzwischen widersprochen. Die DKP führt ihren Parteitag Mitte Januar in Mannheim durch. Auch die MLPD schloß eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen nicht aus. Die VSP hat sich mit diesen Fragen nicht befaßt. Der BWK spricht sich für die Bildung von Wahlbündnissen in Form von Offenen Listen der PDS aus.

Im folgende kurze Berichte, wie sich Wahlbündnisse auf Landesebene bilden. Die Zusammenstellung erhebt nicht den

## Linke Wahlbündnisse zu Europa- und Bundestagswahlen?!

Anspruch auf Vollständigkeit.  
Quellenhinweis: UZ, 6. 11., 20. 11., 4. 12. 92;  
Roter Fahne 5. 9. 92; PDS-Pressedienst 4. 12. 92  
— (alk, clm, gec, gst/udi, jöd, maf, wof)

**Frankfurt/M. — Kommunalwahlen**  
Die Presse veröffentlichte Spekulationen, wonach die Republikaner mit über zehn Prozent ins Stadtparlament einziehen, die FDP wieder hineinkomme und weder eine SPD-GRÜNE- noch eine CDU-FDP-Koalition eine Mehrheit finden könne. Die Amtszeit von OB von Schoeler läuft noch bis 1997. Vorausgesetzt, die CDU arbeitet nicht mit den Republikanern zusammen, würde sich daher eine große Koalition SPD/CDU/GRÜNE anbieten, wobei das Multikultur-Dezernat Cohn-Bendits der CDU zum Fraß vorgeworfen werde. Ende Oktober wurde die linke Öffentlichkeit in

Frankfurt mit der Kandidatur einer „Ökologischen Linken Liste“ (Personenliste, in nichtöffentlicher Sitzung aufgestellt) überrascht: Auf Platz 1 Jutta Dittfurth, Ökologische Linke, auf Platz 2 Jakob Moneta, PDS, IV. Internationale. Mit dieser Gründung ist zunächst einmal der Versuch gescheitert, ein breites Wahlbündnis zu schaffen. Erwartet wird von Ökologi der Sprung über die 5 %-Hürde. Die PDS sieht in dieser Kommunalwahl eine Testwahl für den Bundestag.

### Baden-Württemberg

Die Einladenden — Leute aus BWK, DKP, PDS/Linke Liste und VSP — waren erfreut, daß rund fünfzig Linke aus verschiedenen politischen und geographischen Ecken Baden-Württembergs zur Diskussion über „Linke Opposition in Baden-Württemberg“ am 5. 12. gekommen waren. Nach Referaten und Arbeitsgruppen zu den Themen Wirtschaftspolitik, Antifaschismus, Wohnungspolitik und Großmachtsprüche der BRD war Gelegenheit, inhaltliche und formale Probleme eines denkbaren linken Wahlbündnisses zu diskutieren. Deutlich wurde, daß viele wünschen, daß ein linkes Wahlbündnis ohne Abgrenzung zustande kommt, in dem alle, ob Parteien, Gruppen und Initiativen oder Einzelpersonen, gleichberechtigt und demokratisch mitwirken können. Klar war, daß ein solches Wahlbündnis nur entstehen kann gestützt auf die vielfältigen Bewegungen, die an den verschiedensten Fronten Widerstand gegen kapitalistische Politik leisten. Am Schluß der Versammlung stimmten alle Anwesenden zu, daß es sinnvoll ist, die begonnene Initiative fortzusetzen.

### Bayern

In Bayern vertritt die SPD die Meinung, bei den Landtagswahlen 1994 die absolute Mehrheit der CSU brechen zu können. Dabei werden — stillschweigend —

starke Verluste der CSU nach Rechts außen einkalkuliert. 1990 schafften die Republikaner die 5 % knapp nicht.

Bei den linken Organisationen beginnt die Diskussion über die Politik angesichts der Wahlen erst langsam. Die DKP Südbayern betont in der Auswertung von Diskussionen über die Entwürfe der Parteiprogramme, daß zwischen DKP und PDS ein großer Vorrat an Gemeinsamkeit bestünde und daß an eine konkurrierende Kandidatur nicht gedacht sei. Die Landesversammlung der PDS „begrüßt und unterstützt“ den Vorschlag der PDS Thüringen zur Vorbereitung der Europawahlen; sie will auf einer Landesversammlung im März inhaltliche Schwerpunkte v.a. in der Sozial- und Wirtschaftspolitik diskutieren.

### Niedersachsen

Über 30 Personen — Mitglieder von Linken Listen aus Braunschweig, Göttingen und Hannover; von BWK, DKP, Öko-Linke, PDS, VVN/BdA, Volksfront sowie Einzelpersonen — beteiligten sich am 31. 10. in Hannover an einer Beratung zum Thema „Landtagswahlen 1994 — Eine linke Kandidatur und ihr Nutzen“. Die Teilnehmer verabschiedeten bei einer Gegenstimme eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Wir ... haben uns darauf verständigt, eine linke Wahlbeteiligung zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1994 anzustreben ...“. Diese Bündnisinitiative findet Unterstützung. So sprachen sich die Landes-DK bzw. Bezirks-DK von BWK und DKP für eine Bündniskandidatur aus. Die Landes-MV der PDS folgte einer ablehnenden Haltung aus dem Landesvorstand nicht. Die Öko-Linke beschloß dagegen, sich von dieser Bündniskandidatur fernzuhalten. Die parallel stattfindenden Bestrebungen des DKP-Parteivorstandes, bei den Europa- und Bundestagswahlen 1994 mit einer Eigenkandidatur — bei offenen Listen —

anzutreten, wie auch die derzeitige Initiativlosigkeit des PDS-Parteivorstandes zu den Europa- und Bundestagswahlen werden kritisiert. So wendet sich die DKP-Nds. mit einem Antrag für eine Bündniskandidatur an den Parteitag. Der am 30. 10. benannte Koordinationskreis lädt zur 1. landesweiten Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen am 20. 2. 93 ein.

### Schleswig-Holstein

Seit Ende des Sommers treffen sich Mitglieder aus BWK/VSP Schleswig-Holstein, DKP und PDS/LL. Schon jetzt wollen sie mit gemeinsamer Tätigkeit beginnen. Schwerpunkt der landesweiten Aktivitäten ist in nächster Zeit die Gegenwehr gegen alle Maßnahmen, die die BRD nach innen und nach außen kriegsfähig machen sollen, zum Beispiel im Asylrecht, beim „Out of Area-Einsatz“ der Bundeswehr und durch die Maastrichter Beschlüsse. Leider ist die PDS/Linke Liste Schleswig-Holstein in Bezug auf Wahlen augenblicklich überhaupt nicht handlungsfähig. Als sehr schwacher Landesverband konnte sie schon zu den Landtagswahlen nicht kandidieren und hatte auch keinerlei Möglichkeit zu einer Bündniskandidatur gesehen. Eine Diskussion um den Wahlen 1994 sieht sie als „verfrüht“ an.

### Nordrhein-Westfalen:

Die PDS-LL will sich erst Anfang nächsten Jahres mit Wahlen befassen. Von den beiden DKP-Bezirken hat der Bezirk Ruhr-Westfalen bei seiner Bezirksdelegiertenversammlung am 21. 11. 1992 einen Beschluß gefaßt. Darin heißt es: „Die DKP greift ... aktiv in alle Wahlkämpfe ein. Wir nutzen die Wahlkämpfe für die Entfaltung außerparlamentarischer Aktionen, für die Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse, für die Stärkung der DKP.“ Zu den Kommunal- und Kreistagswahlen soll jede Kreisorganisation „in eigener Verantwortung“ entscheiden, zu den Landtagswahlen bereitet die DKP „eine eigenständige Kandidatur vor. Gleichzeitig unterbreitet sie ein Angebot für ein Wahlbündnis an potentielle Organisationen und Einzelpersonen.“

## PDS-Thüringen will Wahldiskussion

**Antrag:** Auf ihrer Tagung am 1. 11. 92 in Erfurt beriet die ARGE über die Vorbereitung der Europa-Wahlen. Sie verständigte sich über die Bedeutung der Wahlen zum Europaparlament generell (Durchbruch der GRÜNEN 1979 sowie der Rechten in Frankreich und Deutschland 1984 und 1989 bei solchen „Sympathiewahlen außerhalb dauerhafter Entscheidungen für etablierte Parteien“, aber auch beträchtliche finanzielle Zuwendungen selbst bei Ergebnissen unter 1 %) und speziell 1994 („Beispiele“ für „Erfolgsaussichten im Wahlmarathon sowie erkennbare Strategien, unter der Losung „Europa der Vaterländer“, „D-Mark oder E-Mark“ europaweit den „modernen Nationalismus“ zu mobilisieren).

Gestützt auf einen Bericht über die Erfahrungen der niedersächsischen Linken bei den Kommunalwahlen sowie in Vorbereitung der Landtagswahlen, sprach sich die ARGE für eine unmittelbare, umfassende Vorbereitung der Europa-Wahlen aus. Sie beantragt daher:

**Der Landesparteitag der PDS in Thüringen möge beschließen:**

1. Einen Antrag an den Bundesparteitag zu stellen, mit dem der Parteibundesvorstand beauftragt wird, sich mit der Einladung zu einem Reader *Unsere Vorstellungen für eine Charta „Leben in Europa“* an linke Gruppierungen, an Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen zu wenden und einen solchen Reader im Frühjahr '93 zum Gegenstand eines Runden Tisches zu machen.
2. Der Landesvorstand der PDS in Thüringen wird beauftragt, im Falle des Scheiterns eines solchen Antrags an den Bundesparteitag oder im Falle ausbleibender Aktivitäten des Bundesvorstandes selbst die entsprechenden Initiativen zu ergreifen, wozu auch die Einladung an alle anderen Landesverbände der PDS gehört.

## Faschistische Kandidaturen bekämpfen! Diskussion über Europawahlen 1994

Am 1. November fand in Erfurt eine Tagung der Gruppe „Konkrete Demokratie — soziale Befreiung Arbeitsgemeinschaft in der PDS“ (ARGE) statt. Thema war „Das Europa der Rechten — und linker Widerstand“. Die Tagung diente der Vorbereitung von Haltung und Programmatik und eventuellen Bündnissen bei den Europa Wahlen. An der Tagung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der PDS Bayern und Thüringen (darunter zwei stellvertretende Landesvorsitzende sowie MdL Klaus Höpke, Linke Liste/PDS Thüringen sowie Leute aus dem BWK teil).

Im folgenden veröffentlichten wir ein Einleitungsreferat von einem Vertreter des BWK, das sich mit den bevorstehenden Europawahlen befaßt. In einem weiteren Einleitungsreferat analysierte der Stellvertretende Landesvorsitzende der PDS-Thüringen, Dieter Strätzel, die Programmatik und Politik der Deutschen Nationalen Partei. Dieser Vortrag ist auf Seite 11 dieser Zeitung dokumentiert. Weitere Informationen im ARGE-Rundbrief.

Ein Ergebnis der Beratung war der obenstehende Antrag der ARGE an den Landesparteitag der PDS-Thüringen. Der Parteitag stimmte dem Antrag zu. Der Landesvorstand wird jetzt einen Antrag an den Bundesparteitag stellen (Punkt 1 des Beschlusses), um einen Dialog zu den Wahlen herbeizuführen.

Wenn wir die Hintergründe und den Werdegang der faschistischen Überfälle, Anschläge und Morde heute überdenken, werden wir feststellen, daß die Europawahlen — über die wir ja sprechen wollen — der vergangenen 10 Jahren eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben: — Bei den Europawahlen 1984 erreichten die französischen Faschisten um Le Pen einen großen Erfolg. Sie erhielten 10 % der Stimmen und zogen mit 16 Personen ins Europaparlament ein. Dies war für die Rechten und Faschisten in ganz Europa eine Wende.

Die NPD erzielte 1984 in der BRD 0,8 % der Stimmen. Das war damals ein beachtliches Ergebnis, die NPD erhielt

dadurch 1,5 Millionen DM Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln. Die NPD hatte in ihrem Wahlkampf die Wiederherstellung eines Großdeutschland propagiert.

— Bei den Europawahlen 1989 setzten sich die Republikaner zum ersten Mal bundesweit klar und deutlich durch und erhielten 7,1 % der Stimmen und 16,5 Millionen DM. Das war ein Erdbeben in der damaligen BRD. Die DVU erhielt 1,6 % und 2,2 Millionen DM. Dieses Wahlergebnis war keine Protestwahl, wie viele bürgerliche Kräfte damals behaupteten. Erste Analysen haben damals vielmehr erwiesen, daß die Faschisten in den Großstädten gute Ergebnisse erreichten und unter dem Stichwort „Karriere“ eine soziale Basis hatten.

I. Den Faschisten ist es in den letzten zehn Jahren gelungen, sich strategische Positionen zu erarbeiten, die ihnen gegenüber früheren Jahren möglich machen, auch zu den Europawahlen mit demagogischen Themen zu kandidieren und rechte Kräfte zu sammeln. Mit der Theorie von einem Großdeutschland in Europa oder, wie die Republikaner 1989 sagten, „Erst Deutschland, dann Europa“ haben sie eine Politik entwickelt, die ihnen möglich macht, deutschen Nationalismus zu propagieren mit einem Führungsanspruch, diesen in Europa zu verwirklichen.

Die Faschisten sind bei weitem keine einfachen Schlägertrupps. Gerade über kleine faschistische Gruppen und über die Republikaner hat ein Art „Intelktualisierungsprozeß“ stattgefunden. Die Faschisten haben Kräfte im mittleren und höheren Beamtenapparat und gute Verhältnisse zu bzw. Förderer bei den Konzernen aufbauen können. Die Republikaner haben in Bayern eine intakte Bündnispolitik mit der CSU auf unterer Ebene entwickeln können.

II. Die faschistischen Kräfte in der BRD, aber auch in anderen Staaten haben für die bevorstehenden Europawahlen, die die nächsten bundesweiten Wahlen sein werden, Strategiekonzepte entwickelt,

mit denen sie ihre faschistische Sammlungsbewegung vorantreiben wollen.

### Ausländer- und Asylpolitik

Die jahrelange Hetze der Faschisten zu diesem Thema ist aufgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben viele Positionen übernommen. Eine Veränderung des Artikels 16 Grundgesetz wird nicht nur eine Veränderung des Asylrechts bewirken, sondern zu einer ganz anderen Gesellschaft führen, in der der letzte Humanismus beseitigt ist. Die faschistische Le-Pen-Partei hat in Frankreich darüberhinaus ein 50-Punkte-Programm entwickelt, das Willkür und Terror gegen Ausländer auf allen Ebenen der Gesellschaft möglich machen soll. Dieses Programm ist Vorbild auch für die deutschen Faschisten. Eine Auseinandersetzung und Bekämpfung dieses Programms wäre eine wichtige Aufgabe im antifaschistischen Widerstand.

### „Rettet die DM“

Seit einigen Monaten forcieren alle faschistischen Gruppen eine Kampagne unter dem Motto „Rettet die DM“. Sie versuchen, über Verunsicherung Politik zu machen. Die Kampagne soll auch gleichzeitig dazu dienen, den Führungsanspruch der BRD in Europa zu verdeutlichen. Mit dieser Kampagne konnten die Faschisten bei den letzten Wahlen gute Stimmenergebnisse erzielen. Mit der DM-Kampagne versuchen sie auch, eine populäre Form der „Volksgemeinschaftsideologie“ zu entwickeln, die breite Massen binden soll.

Interessant ist, daß die Bundesregierung an diese faschistische Propaganda direkt anknüpft. In einer ganzseitige Anzeige in der Bild-Zeitung war diese Woche zu lesen: „Kommt statt der D-Mark — jetzt die E-Mark?“ Eine Kritik und Auseinandersetzung mit der Politik des DM-Imperialismus wäre dringend erforderlich, um zu zeigen, wie der BRD-Imperialismus seinen Führungsanspruch verwirklichen will.

### Sozialcharta

Die DVU macht in den letzten Monaten verstärkt eine Kampagne gegen den sogenannten „Mafia-Terror“. Die Kampagne richtet sich gegen Ausländer, zielt

aber auch darauf ab, daß die Reichen noch reicher werden und die Armen noch ärmer werden (Nord gegen Süd). Mit dieser Propaganda entwickeln die Faschisten eine populistische Hetzkampagne, die den Interessen der Konzerne dienen soll und die sich gegen die Gewerkschaften richtet.

Gegen eine solche Entwicklung haben die Gewerkschaften versucht, Positionen für eine Sozialcharta zu entwickeln, die sie im Maastrichter Vertrag unterbringen wollten. Diese Politik scheiterte u.a. am Veto der britischen Regierung. Im Maastrichter Vertrag ist somit der Weg freigehalten, um unter Verweis auf Anforderungen der kommenden Währungsunion die Entrechtung der Gewerkschaften, Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis ins hohe Alter, Abbau der Sozialversicherungsschutzes durchzusetzen. Hier liegt ein wichtiges Betätigungsfeld für eine antikapitalistische und sozialistische Politik.

### WEU

Die Faschisten hetzen immer wieder gegen „raumfremde Mächte“, Supermächte etc. und treten für ein „Europa der Vaterländer“ (Republikaner) auf. Was die Bundesregierung die ganze Zeit im Auge hat, nämlich in den Jugoslawien-Krieg militärisch einzugreifen, organisieren die Faschisten bereits. Deutsche Faschisten sind in Jugoslawien als Söldner tätig und lernen das Töten. Ein solches Vorgehen propagieren sie dann auch auf Veranstaltungen in der BRD. Dies ist übrigens ein Grund dafür, daß die Überfälle der Faschisten immer brutaler werden. Die Faschisten und die bürgerlichen Kräfte werden den Europawahlkampf nutzen, um ein militärisches Eingreifen in osteuropäischen Staaten durchsetzbar zu machen. Der Ausbau der WEU ist in vollem Gange, die Auseinandersetzung um Bundeswehreinsätze im Ausland und eine entsprechende Verfassungsänderung auch. Auch hiergegen müssen wir in den Europawahlen auftreten und können dabei an lange antifaschistische Traditionen des Kampfes gegen die Remilitarisierung der BRD anknüpfen.

### III. Schlußbemerkung:

— Wir müssen den Widerstand gegen den Maastrichter Vertrag unterstützen, wie es auch der Genosse Rocktäschel kürzlich in einem Artikel in der UNZ bzw. dem ARGE-Rundbrief forderte.

Diesen Widerstand müssen wir aber mit einer klaren und deutlichen Abgrenzung zu den faschistischen Kräften begründen und organisieren. Auch die Faschisten wenden sich gegen den Maastrichter Vertrag.

— Ein früher und energischer Wahlkampf gegen das Auftreten der Faschisten wäre wichtig. Dies kann man aber nur, wenn man auch kandidiert. Eine antifaschistische Bündniskandidatur ähnlich wie bei der Friedensliste 1984 liegt vielleicht nahe, aber sie müßte die Grünen und Teile der SPD einbeziehen und wäre sofort eine Konkurrenz zu antifaschistischen Bündnisorganisationen wie z.B. der VVN oder dem Antifaschistischen Bund. Die Kandidatur der Friedensliste gegen die Friedenspolitik der Grünen hat zwar 1,3 % der Stimmen binden können, war aber eine Konkurrenzkandidatur und hat dann auch zur Auflösung geführt. Bei der Entwicklung einer antifaschistischen Politik bei den Europawahlen müssen wir eigene Positionen entwickeln, aber auch von anderen Organisationen die Herausbildung von antifaschistischen Positionen fordern und fördern.

Vom BWK würden wir eine Kandidatur einer Offenen Liste der PDS unterstützen. Auch wenn ein Einzug in das Europaparlament unwahrscheinlich ist, würde eine dezidiert antifaschistische Politik der PDS in der Linken, insbesondere im Westen, sicher als nützlich erachtet werden. — (jöd)

### Formalitäten bei der Europawahl:

Bei der Europawahl gibt es nur eine Stimme und als unterste Einheit des Wahlkreises Landeslisten.

Bei der Aufstellung einer Bundesliste muß man 4000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Wenn man einzelne Landeslisten aufstellt, höchstens 2000 Unterschriften (unterschiedlich nach Einwohner).

Da die PDS im Bundestag ist, muß sie keine Unterschriften sammeln (§9 Wahlordnung).

Im Maastrichter Vertrag ist eine Änderung des Wahlverfahren vorgesehen, z.B. sollen Parteien in ganz Europa kandidieren können. Sie unterliegen dann aber den besonderen Wahlgesetzen der jeweiligen Länder, z.B. müßten sie in der BRD auch die 5 %-Hürde übertreffen. Das Büro des Bundeswahlleiters kann solche Änderungen bei den bevorstehenden Wahlen nicht ausschließen, hält sie aber für unwahrscheinlich.

Wahltermin: Juni 1994

Die USA, Frankreich und Kanada haben mit einer bewaffneten Intervention in Somalia begonnen. Weitere Staaten, Italien, Ägypten, eventuell die Türkei, halten Truppen in Bereitschaft. In der BRD plädieren Regierungsmitglieder wie Außenminister Kinkel und Verteidigungsminister Rühe für eine Beteiligung der Bundeswehr, die leider durch eine „verfassungspolitische Selbstblockade“ derzeit unmöglich sei. Die Intervention beruht auf einer einstimmigen Entschliebung des UN-Sicherheitsrates, der Auftrag lautet, internationalen Hilfsorganisationen die Verteilung von Lebensmitteln zu ermöglichen und diese vor bewaffneten Banden zu schützen. Zweifel am humanitären Charakter der Intervention sind allerdings angebracht: Wer hat je gehört, daß Räuber einem Beraubten helfen, außer sie wollen ihm mit Vorwänden auch noch das allerletzte Hemd ausziehen.

Die inneren Ursachen für die katastrophale Versorgungslage in Somalia sind eher schwierig zu beurteilen, allerdings scheint es so, als seien sie auch kaum unabhängig von äußerer Einmischung zu erklären.

Somalia, mit dem „Horn von Afrika“ am Golf von Aden gegenüber der Arabischen Halbinsel gelegen, war im Nordteil unter britischer Kolonialherrschaft, im Süden unter italienischer. Der Hafen von Mogadischu im südlichen Teil und der Hafen von Berbera im Norden, in dem sich seit den 70er Jahren ein US-Marinestützpunkt befindet, waren für die Kolonialherren von strategischem Interesse für die Schifffahrt; das Land selbst ist eher rohstoffarm und kann landwirtschaftlich weitgehend nur extensiv genutzt werden. Die Wirtschaft beruht im wesentlichen auf nomadisierender Weidewirtschaft, vor allem Ka-

## Intervention schafft Banditentum nicht ab, sondern befördert Schmarotzerwirtschaft

mele, Ziegen und Schafe, (40 % des BSP), Ackerbau (20 % des BSP).

1969 putschte das Militär gegen eine korrupte, neokolonialistisch abhängige Regierung; der danach bis zum Januar 1991 regierende Präsident Siad Barre versuchte zunächst eine wohl in gewissem Umfang erfolgreiche Politik des somalischen Sozialismus, der sich allerdings auf wirtschaftliche Unterstützung durch die UdSSR orientierte. Nachdem die UdSSR Mitte der 70er Jahre zunehmend die Regierung in Äthiopien unterstützte, wechselte Barre die Fronten, man kann annehmen auf Betreiben der USA oder wenigstens verlockt durch Versprechungen: 1977 begann Somalia einen Grenzkrieg um das Gebiet von Ogaden gegen Äthiopien, der Freundschaftsvertrag mit UdSSR war damit beendet und eine Umorientierung auf den Westen begann. 1977 war auch der Einsatz der bundesdeutschen GSG 9 auf dem Flughafen von Mogadischu, wonach Somalia zum Ziel westdeutscher Entwicklungshilfe wurde.

Der bewaffnete Konflikt mit Äthiopien war wahrscheinlich ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur heutigen Lage. Der Militärapparat, mitfinanziert aus dem Ausland, ausgerichtet auf Landraub und Plünderung, bildete den Grundstock für das, was heute als „Banditentum“ und „warlords“ (Kriegsfürsten) durch die bewaffnete Intervention unter UN-Fahne angeblich beseitigt werden soll. Aus den Grenzregionen flo-

hen rund 600 000 Menschen, die seitdem ihrem klassischen Nahrungserwerb als nomadisierende Viehzüchter oder Ackerbauern in Konkurrenz zur übrigen Bevölkerung nachgehen oder, viel schlimmer noch, vielfach in den UNO-Lagern hausen und nach Jahren der Versorgung mit eingeführten Nahrungsmitteln nur schwer noch in der Lage sind, eine auf eigene Arbeit begründete Existenz aufzubauen. Im Norden Somalias, in dem ehemals britischen Teil, bildete sich unterstützt von Äthiopien 1981 eine Rebellenarmee, die nach langen und blutigen Kämpfen gegen die Regierung Barre im Mai 1991, also wenige Monate nach dem Sturz Barres, die Unabhängigkeit des nördlichen Teils erklärte.

Die wirtschaftliche Lage Somalias verschlechterte sich durch den Wechsel ins westliche Lager rasch: Die verheerenden Folgen des Krieges, die Orientierung auf eine (wenn auch bescheidene) Exportwirtschaft ließen die Auslandsverschuldung auf solche Höhen ansteigen, daß die Exportwirtschaft bald bloß noch den Schuldendienst bediente (1989: 1,7 Mrd. \$ Auslandsschulden; Schuldendienst 65 Mio. \$, Zahlungsrückstände an den IWF 77 Mio. \$, Einnahmen: 59 Mio. \$ aus dem Verkauf von Vieh und Bananen plus 23 Mio. \$ Überweisungen durch somalische Arbeiter im Ausland).

Somit läßt sich sicher mit Recht feststellen, daß diejenigen, die jetzt als

Retter Somalias vor Hunger, Chaos und Anarchie antreten, diese Zustände verantwortlich herbeigeführt haben. Dies festzustellen reicht aber inzwischen nicht mehr als Kritik. Die Elendszustände, die der Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika hergestellt hat, liefern Argumente für die Fortsetzung der Entmündigung. So schreibt der Journalist Joachim Riedl im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* unter der Überschrift „Überlaßt Afrika nicht den Afrikanern“: „Trotz der schlimmen Erfahrungen, die der Kontinent mit dem Kolonialismus gemacht hat, ist eine neuerliche Bevormundung seine letzte Hoffnung ... Nur in einem Afrika, das unter Kuratel gestellt worden ist, wird es möglich sein, die Kulturleistung einer „Civil Society“ zu schaffen. Dies ist eine gewaltige Bildungsaufgabe, vergleichbar jener der Klöster, die nach den Verwüstungen der Völkerwanderung in die europäische Wildnis vorgedrungen sind.“

Es muß also noch geprüft werden, ob die Intervention in Somalia, auch wenn sie von jenen vorgenommen wird, die zumindest mitschuldig sind, tatsächlich die Lage der Menschen dort soweit verbessern kann, daß sie irgendwann wieder aus eigener Kraft ohne Hunger und Not menschlich leben können.

Vieles spricht dagegen. Bereits vor dem Einmarsch der US-Soldaten nährte sich ein Großteil des Banditentums aus der Lebensmittelverteilung der internationalen Organisationen. So berichtet

Gemmo Lodesani vom Welternährungsprogramm (WFP) der UN, daß die Einstellung von bewaffneten Kräften durch die Hilfsorganisationen „die mafia-ähnlichen Strukturen gestärkt“ habe.<sup>2</sup> Kaum ein Ausländer in Mogadischu, der nicht wenigstens eine bewaffnete Truppe beschäftigt. Die Anwesenheit einer Interventionsarmee von bis zu 35 000 Mann wird die Schmarotzerwirtschaft erst recht zum Blühen bringen. Ein General der US-Marineinfanterie beschreibt, daß die Nachschub- und Versorgungsprobleme enorm sein werden. Die Presse zitierte einen Oberst mit den Worten: „Dies ist das erste Mal, daß wir an einem Ort eingesetzt werden, wo es absolut keine Infrastruktur gibt.“<sup>3</sup>

Bürgerkrieg ist teuer, in einem Land wie Somalia, das in vielen Teilen eher noch einer Subsistenzwirtschaft gleicht, ist er im Grunde nur möglich, wie auch seine Geschichte zeigt, durch Unterstützung von außen, sei es durch Waffenlieferungen oder, was mindestens genauso wichtig ist, durch Lieferung von Lebensmitteln. Wahrscheinlich ist es also nicht übertrieben, wenn man sagt, die Intervention wird das Banditentum und den Zerfall des somalischen Staates in rivalisierende Bürgerkriegsparteien auf unabsehbare Zeit verlängern.

Quellenhinweis: Die geschichtliche Darstellung und die Wirtschaftsdaten stammen aus: *Archiv der Gegenwart* 1988–1992. <sup>1</sup>Südd. Zg. Magazin, No. 47/92; <sup>2</sup>Südd. Zg., 5.16.12.; <sup>3</sup>Südd. Zg., 7.12. — (alk)

Im Oktober 1992 stimmte der US-Kongreß dem „Cuban Democracy Act“ zu, mit dem die 30jährige Blockade gegen Kuba wesentlich verschärft wird. Am 23. Oktober wurde es von Bush in Miami unterzeichnet. Der Ort des Unterzeichnens und seine aggressive Handschrift lassen in den USA keinen Zweifel über die Hintermänner dieses Gesetzes aufkommen, die einflußreiche und finanzstarke Cuban American National Foundation. Bush galt ursprünglich als Gegner dieses Entwurfs, da von amerikanischen Verbündeten harsche Kritik geäußert wurde, vor allem von Großbritannien, Frankreich, Kanada und Schweden. Die Briten bestehen darauf, daß auf britischem Boden auch für US-Tochterfirmen britisches Recht und nicht US-Recht gilt. Das „Kubanische Demokratiegesezt“ stellt nämlich eine extraterritoriale Ausdehnung nordamerikanischer Gesetze dar und verletzt damit nicht nur die Souveränität Kubas, sondern auch diejenige vieler anderer Länder mit US-Niederlassungen. Ebenso stellt es einen Bruch der UN-Charta, der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten und das GATT-Abkommen dar.

Bush gab jedoch seine Bedenken auf, als Bill Clinton im April 1992 lautstark seine Unterstützung für die Blockadeverschärfung erklärte, und zudem galt das exilkubanisch dominierte Florida (600 000 Amerika-Kubaner) als einer der Staaten, wo der Wahlausgang für beide Kandidaten noch offen war. Dafür ließen die Exilkubaner 125 000 Dollar in die Wahlkampfkasse Clintons fließen. Der Demokrat Robert Torricelli aus New Jersey, der formal den Gesetzentwurf (deshalb auch „Torricelli-Act“ genannt) ins Repräsentantenhaus einbrachte, wurde mit 10 000 Dollar von der „Free Cuba PAC“ bedacht. (*The Nation*).

Das Torricelli-Gesetz untersagt nordamerikanischen Tochtergesellschaften in Drittländern jede Handelstransaktion mit Kuba. Dieser Handel machte im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Dollar aus. Schiffe jeglicher Flagge, die in Kuba anlegen, dürfen für sechs Monate keine US-Häfen anlaufen. Es verlangt von allen früheren Sowjetrepubliken, einschließlich Rußland, die Einstellung des Handels mit und aller Hilfe an Kuba als Bedingung für Hilfsleistungen. Flankierend hat die US-Regierung der GUS Kredite für den Kauf von zwei Millionen Tonnen Zucker gewährt, vorausgesetzt sie kauft nicht in Kuba ein. Einem Land, das mit Kuba Handel treibt, soll erstens die Erlassung oder Kürzung der Schulden und zweitens der Zugang zu Hilfsprogrammen und Handelsabkommen verweigert werden. Das zielt vor allem gegen lateinamerikanische Länder. Damit allerdings wäre auch das Freihan-

## Internationaler Widerstand gegen verschärfte Blockade



„Wir verteidigen die Hoffnung“ — Transparent auf Kuba

delsabkommen zwischen den USA und Kanada sowie mit Mexiko bedroht. Beide Länder unterhalten relativ rege Handelsbeziehungen mit Kuba. Auch bei Waffenlieferungen soll die Bereitschaft des Empfängerlandes, „an einer solchen Politik mitzuwirken, berücksichtigt werden“. Besonders perfide ist die Klausel, wonach die Lieferung medizinischer Güter an Kuba durch Funktionäre der US-Regierung vor Ort inspiert werden können.

Die kubanische Regierung charakterisierte das Torricelli-Gesetz als einen Versuch, ihr Volk durch Hunger zu unterwerfen, es trage offen völkermörderische Absichten. „Selten in der Geschichte der Menschheit hat eine Supermacht die zivilisierten Verhaltensnormen so sehr mißachtet ... Dieses Vorgehen erinnert an die Menschheitsverbrechen, die während des Zweiten Weltkrieges begangen worden sind.“

Die „Cuban American National Foundation“, mit dem für seine Skrupellosigkeit berühmten Jorge Mas Canosa an der Spitze, erwartet mit der Intensivierung der Blockade unmittelbar den totalen Kollaps von Kuba, etwa über Hungeraufstände, und — so wird spekuliert — es soll intern gewachsene Reformen verhindern. Canosa erhebt den Anspruch auf den künftigen Präsidentenposten. Präzise Pläne für die Regierungsübernahme sind ausgearbeitet. Eine Computerliste mit kubanischem Regierungseigentum und detailliert auf-

geschlüsselten Wiedergutmachungsansprüchen von enteigneten Kubanern liegt für eine kompromißlose Privatisierung vor. Ein mehrere tausend Mann starkes exilkubanisch-amerikanisches „Peace Corps“ soll den Kubanern die Praktiken der Marktwirtschaft beibringen.

Der erst vor kurzem veröffentlichte Bericht der US-amerikanischen Menschenrechtsgruppe „America Watch“ über die Vorgehensweisen von Exilkubanern in Miami gegenüber ihren liberal gesinnten Landsleuten gibt einen kleinen Vorgeschmack darauf, was eine Rückkehr dieser Leute bedeuten würde. Terrormaßnahmen, Erpressung und Mordanschläge gegen Menschen, die zur Mäßigung gegenüber Kuba auffordern, sind an der Tagesordnung. „Abrechnung gilt als eigentliche Devise aus Miami“, schreibt das *Handelsblatt*.

Auch kubanische Oppositionelle betrachten Canosa weniger als einen Förderer von kostenlosen Schulen und Gesundheitsversorgung als vielmehr von Todesschwadronen, und ziehen ihm dann doch noch Fidel Castro vor. Sie befürchten, daß es zu einem ökonomischen und sozialen Zusammenbruch auf Kuba kommt, und sich bis dahin die Kommunistische Partei Kubas ihre Sympathien verspielt hat und schließlich in dieselbe Situation wie die nicaraguanischen Sandinisten gerät.

Kuba hofft auf den Widerstand aller Regierungen, die „sich selbst achten“,

gegen diese US-amerikanische Anmaßung. Daß die USA nun doch etwas zu weit gegangen sind, zeigt wohl die Abstimmung Ende November '92 in der UNO, wo Kuba einen seiner „wichtigsten politischen und diplomatischen Siege“, erringen konnte. Mit nur drei Gegenstimmen (USA, Israel und Rumänien) wurde die Blockade verurteilt. Die EG-Länder enthielten sich.

In den USA selbst schrumpft die Zahl der Embargo-Verfechter zunehmend. In einer Protestresolution forderte die „American Public Health Association“ (APHA) (Amerikanische Gesundheitsvereinigung) am 2. November 1992 in Washington den freien Austausch von Medikamenten, medizinischen Informationen und Personal mit Kuba. Im Gefolge dieses Gesetzes würde die Gesundheitslage des kubanischen Volkes so gefährdet, daß Todesfälle, Behinderung und viel Leiden zu befürchten seien. Dieses Gesetz schränke den Verkauf von Medikamenten nach Cuba sowie die Möglichkeit des wissenschaftlichen Austausches ganz erheblich ein. Der Präsident der APHA hatte in *The Nations Health* erklärt: „Ein Embargo, das die Gesundheit eines Volkes bedroht, ist nicht mit unseren humanitären Prinzipien zu vereinbaren und zwingt uns alle, auf unsere Regierung einzuwirken, ihre Politik zu ändern.“

Am 2. April 1992 hatte die APHA die US-Regierung in einer Anhörung vor dem Komitee für Auswärtige Angele-

genheiten im Repräsentantenhaus und am 5. August 1992 vor einem Unterausschuß des US-Senatsausschusses gebeten, dieses Gesetz, das einen Angriff auf die Gesundheit und das Wohlbefinden eines ganzen Volkes darstelle, zurückzuziehen und das Embargo aufzuheben, da es für das kubanische wie amerikanische Volk gleichermaßen zerstörerisch sei.

Außerdem forderte die APHA die Vollversammlung der UNO auf, „energisch dafür zu sorgen, daß Embargos beendet werden, die die öffentliche Gesundheit gefährden. Wir bitten Mediziner und Gesundheitsorganisationen, sich um die Verstärkung des wissenschaftlichen Austausches mit Kuba und um die Lieferung von Medikamenten in das Land zu bemühen.“

Demonstrativ haben die amerikanischen „Pastoren für den Frieden“ eine prokubanische Hilfsaktion durchgeführt und die Hilfsgüter jüngst in Havanna übergeben. Der Direktor der Gruppe „Interamerikanischer Dialog“ in Washington empfahl, Kuba nicht mehr als ein Stück Innenpolitik zu behandeln. Es gehöre in den außenpolitischen Bereich, und wenn man das begriffen hätte, käme man auch mit der Insel klar. US-amerikanische Geschäftsleute liebäugeln mit der Möglichkeit der Beteiligung an Joint-Venture-Unternehmen auf Kuba, die mit einer Änderung der kubanischen Verfassung im Juni 1992 möglich geworden sind. Der Chef der Organisation „Lateinamerikabüro“ in den USA rät den US-Politikern, sich von „höherer Vernunft“ leiten zu lassen anstatt nach den Wählern in Florida und New Jersey zu spielen. Nichtsdestotrotz hat Clintons Pressesprecher zu nächst mal verkündet, der neue Präsident werde das „Kubaproblem“ mit aller Härte anpacken. Wenn er nicht durch innen- und außenpolitischen Druck zu einer anderen Politik gezwungen wird, darf man ihm das glauben, denn in seinen außenpolitischen Aussagen unterscheidet sich Clinton von seinem Vorgänger kaum. Die kubanische Regierung ist an einer Normalisierung der Beziehungen gelegen, wenn die USA sich dazu durchringen könnte. „uns auf der Basis der Gleichberechtigung zu behandeln und als souveränen Staat anzuerkennen“, und mit feiner Ironie: „Wir werden keine Vorbedingungen derart stellen, daß die USA ihre Regierung oder ihr soziales System oder ihre ideologischen Grundlagen ändern müßten.“

Quellen: Reader zum Cuba-Kongreß in Mex. 23.5.92. Erklärung des kubanischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 6.11.92 sowie des Handelsministeriums vom 11.11.92. *The Economist* 9/92. *The Nation* (USA), 26.10.92. *Neues Deutschland* 9.12.92; *Handelsblatt*, 12.12.92. — (frr)



## Friedenshemmnisse in Kampuchea

Der von der UNO überwachte Friedensprozess ist, kaum daß er begann, ins Stocken geraten. Westliche Politiker und Kommentatoren weisen den Roten Khmer einseitig die Schuld zu. Es trifft zu, daß diese ihre im Pariser Friedensabkommen zugesagte Entwaffnung verweigern, ebenso die UN-Kontrolle über die von ihnen kontrollierten Gebiete. Das verzögert die Vorbereitung der für Mai 1993 vorgesehenen Wahlen. Doch auch die übrigen Konfliktparteien verweigern weitgehend die Entwaffnung ihrer bewaffneten Kräfte, ohne daß dies Protest hervorruft. Und auch andere Probleme, die mit Krieg und Frieden in Kampuchea unlösbar verbunden sind, sind ungelöst. Was soll mit der großen Zahl vietnamesischer Siedler geschehen, deren Ansiedlung ein zentraler Punkt im vietnamesischen Programm zur Kontrolle des Nachbarlandes ist? Warum stützt die UN-Übergangsbehörde (Untac) die von Vietnam eingesetzte Administration, anstatt vertragsgemäß dafür zu sorgen, daß der aus allen Konfliktparteien zusammengesetzte Oberste Nationalrat die Autorität übernimmt? Warum wird die bestehende Sonderpolizei nicht aufgelöst, die Anhänger der anderen Konfliktparteien terrorisiert? (Seit Aufstellung der Wählerlisten im

November sind mehr als ein Dutzend Mordanschläge auf zum Regime in Opposition stehende Politiker verübt worden.) Warum werden die über 350 000 Flüchtlinge in thailändischen Lagern nicht vertragsgemäß rückgeführt, warum dulden die UNO-Truppen, daß das für diese Flüchtlinge vorgesehene Land von anderen besetzt wurde? Die Roten Khmer werfen der Untac vor, daß sie sich wie Kolonialisten aufführe. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Ausgerechnet die Vereinten Nationen, bemerkt auch der Spiegel, stellten die „alte Unordnung von neuem her“. (26.10.) Die über 2 Mrd. Dollar, die die Untac innerhalb eines Jahres ins Land bringt und die den Untac-Offiziellen ein Leben in Saus und Braus gestatten, ziehen jede Menge dunkler Geschäfte, Korruption, eine emporschnellende Inflation nach sich, zusammen mit wachsender Landverdrängung der Bauern, Arbeits- und Wohnungslosigkeit der städtischen Massen. Ausländisches Kapital wittert das große schnelle Geschäft und verbindet sich mit korrupten Funktionären des Hun-Sen-Regimes, die staatliche Immobilien auf private Rechnung verkaufen, große Küstenlandstriche verschern und bei allem in erster Linie in die eigene Tasche wirtschaften. — (scc)

## Die Schweiz nach dem Nein zum EWR-Vertrag

Die komplizierte Interessenlage macht eine Einordnung des Neins der Schweizer Bevölkerung zum EWR nicht gerade einfach. So hatten zwar die grüne Partei und linke und alternative Gruppen mehrheitlich die Nein-Parole ausgegeben, dazu riefen jedoch auch die Kräfte um den Rechtsaußen der Schweizer Volkspartei (SVP), den Chemieindustriellen Blocher, auf. Lehnten die Grün-Alternativen den EWR-Vertrag aus „ökologischen, sozialen, frauenspezifischen und staatspolitischen Gründen“ ab, so setzten Blocher und Co. auf Deutschschweizer Nationalismus.

Die Medien haben vielfach auf den Graben hingewiesen, den die Abstimmung zwischen der welschen und der deutschen Schweiz offenbart hat. Alle französischsprachigen Kantone hatten sich für, alle deutschsprachigen (Ausnahme: Basel) gegen den EWR-Vertrag ausgesprochen. Genauso wichtig ist aber die Feststellung, daß das Ergebnis ein Aufbegehren des Landes gegen die Stadt war. In Städten wie Zürich, Bern, Solothurn, Luzern wurde der EWR angenommen, die dazugehörenden Kantone haben abgelehnt. Hier hat die Angst der ländlichen Bevölkerung vor den sozialen Folgen des EWR sicher eine

große Rolle gespielt. Regierung und Kapitalisten haben sich nach dem Ergebnis der Volksabstimmung tief enttäuscht gezeigt. Es ist nicht nur die verpaßte Gelegenheit, die Wirtschaft zu „deregulieren“, die Unternehmer und Politiker wurmt. Die Presse zeigt sich besorgt über den Gegensatz „zwischen der Schweiz der namenlosen Schweizer und den Behörden oder Autoritäten“. Der Tages-Anzeiger klagt: „Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, die „von ihren Chefs persönliche Briefe“ erhielten, „zum EWR Ja zu stimmen“, hätten „die Gefolgschaft verweigert“. Der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Nordmann, macht „die Angst vor Lohndruck und Arbeitslosigkeit“ für das Nein verantwortlich.

Linke und Grüne sind sich trotzdem nicht sicher, ob das Nein als Erfolg gewertet werden kann. Sie befürchten, daß Fremdenfeindlichkeit eine große Rolle gespielt haben könne. Tatsächlich hat sich Blocher nach der Abstimmung in Siegerpose geworfen und weitreichende Konsequenzen für die Regierungspolitik gefordert. Schon wird darüber spekuliert, ob er aus der SVP eine Lega Nord macht. — (jüg)

## Izmir: Türkische Rechte hetzt gegen Kurden

In der türkischen Hafenstadt Izmir (an der Ägäis) haben Stadtverwaltung und rechte Kräfte den Druck und die Hetze gegen die kurdische Bevölkerung der Stadt massiv gesteigert. Im Großraum Izmir leben heute fast drei Millionen Menschen. Mehr als eine Million davon sind kurdischer Abstammung und in den letzten Jahren unter dem Druck der anhaltenden Massaker der türkischen Armee aus Kurdistan geflüchtet. Viele leben in den Slums rund um Izmir, wie überall in der Türkei stellen sie auch in dieser Region die Mehrheit der Tagelöhner und Landarbeiter.

Als sich im vergangenen Jahr die 18-jährige Kurdin Rahsan Demirel in dem kurdischen Armenviertel Kadifekale aus Protest gegen die Massaker der türkischen Sicherheitskräfte in Kurdistan öffentlich verbrannte, nahmen über 17 000 Kurden an ihrer Beerdigung teil — nach Polizeiangaben die größte Protestaktion in Izmir seit dem Militärputsch 1980. Anfang dieses Jahres verkündete der Bürgermeister der Stadt, Yüksel Cakmur, er wolle seine Stadt „von Kurden säubern“. Die PKK sei das Produkt einer „Verschwörung ausländischer

Mächte“ mit dem Ziel, der Türkei die Kontrolle der asiatischen Turkrepubliken streitig zu machen. Das kurdische Viertel Kadifekale soll komplett abgerissen werden, Busse, die die kurdischen Bewohner aus dem umliegenden Armenvierteln in die Innenstadt bringen, stellten ihren Betrieb ein, kurdische Händler wurden aus der Innenstadt vertrieben. Nach Angaben des Generalsekretärs der HEP-Partei, Ahmet Turan Demir, verteilen türkische Faschisten in Izmir seit Monaten Hetzflugblätter, in denen sie dazu aufrufen, den Kurden keine Wohnungen und keine Arbeit zu geben. Trotz zahlreicher Anzeigen gegen diese Hetze schreitet die Polizei nicht ein. Inzwischen wird der Druck der Stadtverwaltung und der Polizei noch härter. Drei Mitglieder der „Partei der Arbeit des Volkes“ (HEP) in Izmir, darunter zwei Vorstandsmitglieder, wurden Mitte November von der Polizei verhaftet unter der Beschuldigung, sie hätten die PKK unterstützt, und auf der Abteilung für „Terrorismusbekämpfung“ der Polizei schwer gefoltert.

Quellen: Kurdistan-Rundbrief, Neue Zürcher Zeitung, 27.11.92 — (rül)

## Internationale Umschau



Streikgelder unterliegen nicht der Lohn- und Einkommenssteuer. Das hat ein niederländisches Gericht in Leeuwarden jetzt in einem Urteil festgestellt. Seit 1977 hatte die niederländische Regierung auf ausgezahlte Streikgelder Lohn- und Einkommenssteuern verlangt. Nach Angaben des Gewerkschaftsbundes FNV kassierten die Steuerbehörden so ungefähr sechs Millionen Gulden (ca. 5,5 Millionen DM). Ein Gewerkschaftsmitglied hatte mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes dagegen geklagt — mit Erfolg. Das Gericht entschied, Streikgelder beruhten auf vorher eingezahlten Beiträgen und seien deshalb mit Lohnzahlungen überhaupt nicht zu vergleichen. Eine nochmalige Heranziehung zur Lohn- und Einkommenssteuer käme vielmehr einer Doppelbesteuerung gleich und sei verfassungswidrig. — (rül)

## Armut in den Großstädten der USA

Immer mehr Obdachlose, immer mehr Menschen die unterhalb der Armuts- grenze leben müssen, das ist die Bilanz eines Jahresberichts, der von den Bürgermeister aus 29 US-amerikanischen Großstädten jetzt vorgelegt wurde. 14 Prozent mehr Personen als im Jahr zuvor suchten eine Unterkunft, 18 Prozent mehr Menschen beanspruchten die Nahrungsmittelhilfe bei den Stadtverwaltungen, in zwei von drei Fällen seien Kinder betroffen gewesen. Die Städte mußten zunehmend Hilfsersuchen ablehnen, da die Budgets für diese Posten nur um sechs Prozent größer waren. Die Bürgermeister forderten die neue Regierung auf, dringend für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation und mehr Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen. — (alk)

## Problematische Regelung zur Staatsbürgerschaft

Die tschechische Regierung hat für den neuen Staat ein Staatsbürgerschaftsrecht beschlossen, danach muß jemand fünf Jahre im Land gelebt haben, der tschechischen Sprache mächtig sein und fünf Jahre lang straffrei gelebt haben. Letzteres wird als Maßnahme gegen die Roma betrachtet, die zwischen der Slowakei und der Tschechischen Republik hin- und herpendeln. Einzelne Gemeinden im Norden der tschechischen Republik haben bereits Sonderregelungen beschlossen, nach denen Personen, die sich „einer normalen europäischen Zivilisation nicht anpassen“, abgewiesen werden. — (alk)

## Roma-Vertreter fordern Minderheitenstatus

Vertreter der Roma aus Polen, Ungarn und dem ehemaligen Jugoslawien berieten Anfang Dezember auf einer Tagung in Berlin über die Lage der Roma in Osteuropa. In Polen fordern faschistische Parteien die Bevölkerung zur Vertreibung und Vernichtung der rund 30 000 Roma auf. In Ungarn, Bulgarien und der CSFR sind die dort lebenden Roma diskriminiert und verfolgt. Im ehemaligen Jugoslawien sind die knapp 1 Million Roma von Zerbrehen des Völkerbündnisses besonders hart betroffen, ihre Existenz ist durch den Bürgerkrieg bedroht. In Rumänien sind seit dem Sturz Ceausescus im Dezember 1989 mindestens 20 regelrechte Pogrome dokumentiert; ihre Zahl liegt wahrscheinlich deutlich drüber. Unbestreitbar gehören die Roma im östlichen Europa zu den hauptsächlichsten Opfern des Zusammenbruchs des realen Sozialismus und dem im Gefolge erstarkenden Nationalismus. Die auf der Berliner Konferenz zusammengekommenen Roma-Vertreter forderten in einer Resolution an die UNO, das Europaparlament und die europäischen Regierungen für Roma den Status einer nichtterritorialen Minderheit. Das würde ihnen einen Paß sichern, mit dem sie europaweit Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen könnten. Ihr Ziel dabei ist, den Sonderstatus aufzuheben, dem sie jetzt nahezu überall unterworfen sind. — (scc)

## Kurdistan: Konterguerilla mordet weiter

Der Mitgründer der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), zugleich HEP-Provinzvorstandsmitglied von Antalya, Idris Celik, wurde am 1. Dezember 1992 in Antalya auf dem Weg in seine Zahnarztpraxis von Konterguerillas erschossen. Die zwei Attentäter, die den Zahnarzt mit sechs Schüssen töteten, konnten den Tatort, der nur 100 Meter von der Polizeiwache entfernt liegt, ohne jede polizeiliche Verfolgung unbehindert verlassen. Idris Celik lebte seit 1980 in Antalya und war unter der Bevölkerung sehr beliebt. Er verbrachte ein Jahr seines Lebens wegen Besitz kurdischer Musikkassetten in türkischen Gefängnissen. Mehrmals wurde er festgenommen und mit dem Tod bedroht. Mit seiner Ermordung hat sich die Zahl der ungeklärten Morde in Kurdistan und in der Türkei, die allein in diesem Jahr bei 230 liegt, um einen weiteren erhöht. Er ist der 28. HEP-Funktionär, der in diesem Jahr von der Konterguerilla ermordet wurde. Durch die Ermordung des HEP-Funktionärs wurde einer der Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates vom 28. August dieses Jahres verwirklicht. Damals hatte der türkische Generalstabschef Dogan Güres erklärt, daß „gegen kurdische Organisationen und Persönlichkeiten im In- und Ausland mit Mossad-Methoden“ vorgegangen werden soll. Damit ist zum ersten Mal auch in den türkischen Metropolen ein oppositioneller kurdischer Politiker durch bezahlte Killerkommandos des türkischen Staates ermordet worden. Drei Tage später folgte der nächste Mord: Am Morgen des 4. Dezember um 9 Uhr fiel das Mitglied der Partei der Arbeit des Volkes (HEP), Yusuf Solmaz, einem Attentat der Konterguerilla zum Opfer. Er wurde in der Nähe des Polizeipräsidiums der Provinz Antalya mitten im Stadtzentrum auf offener Straße durch zwei Personen regelrecht hingerichtet. Die beiden Täter, die dem kurdischen Oppositionellen aus nächster Nähe in den Kopf schossen, konnten unbemerkt flüchten. Die Frau von Yusuf Solmaz, Gül Solmaz, ist Mitglied des Parteivorstandes der HEP in Antalya. Die Attentäter sind vermutlich die gleichen, die am 1.12. Idris Celik ermordeten. Bei beiden Taten stammen die Schüsse aus der gleichen Waffe ...

Kurdistan-Komitee in der BRD e.V.

## Polnische Bischöfe gegen „Liberalismus“

Die Bischofskonferenz vom 27. November hat eine scharfe Erklärung herausgegeben, in der alle Polen kritisiert werden, die die Unterschriftensammlung für ein Referendum zum Schwangerschaftsabbruch unterstützen, eine Aktion gegen einen fundamentalistischen Gesetzentwurf im Parlament. Im Wortlaut schreiben die Bischöfe: „Diejenigen, welche ihren Glauben bekräftigen, sollen nicht auf frevelhafte Art und Weise am Recht des Schöpfers herumkorrigieren, und die Ungläubigen sollen es als erstes Gesetz der Natur respektieren. Heute wollen wir noch einmal unterstreichen, daß jeder Mensch, ganz besonders aber ein Gläubiger, die Pflicht hat, sich der Verteidigung des ungeborenen Lebens anzuschließen, und daß er die Idee eines Referendums in dieser Frage nicht unterstützen kann.“ — (alk)



Mit einem 24stündigen Streik protestierten am 16. November 200 Beschäftigte des Universitätskrankenhauses in der belgischen Stadt Gent gegen unerträglichen Personalmangel und extreme Arbeitsbelastung. (Bild) Die Patienten unterstützten die Aktion. Die Streikenden forderten unter anderem, den durch die zahllosen „Kostensenkungen“ der vergangenen Jahre eingetretenen Personalschlüssel von einer Pflegekraft pro zwei oder sogar drei Patienten in der Intensivstation sofort wieder auf eine Pflegekraft je Intensivpatient zu verbessern und die ständig wechselnden Schichten („Flexibilität“) einzuschränken. — (rül, Bild: Solidair)

## „Laßt die Rüben auf der Schiene“

**Heilbronn-Offenau.** Auf einer Protestkundgebung der Bürgerinitiative „Laßt die Rüben auf der Schiene“ u. a. vor den Fabrikanten des Südzuckerwerkes Offenau (ca. 220 Beschäftigte) beteiligten sich ca. 50 Menschen. Der Protest richtete sich gegen die geplante Verlagerung von Rübentransporten von der Schiene auf die Straße. 1993 und 1994 sollen zwar noch ca. 20 % der Rüben per Eisenbahn angeliefert werden, im Moment werden jedoch die Weichen gestellt für eine vollständige LKW-Anlieferung.

Beteiligt an dieser Entscheidung waren drei Institutionen, die sich jeweils gegenseitig die Schuld an der unpopulären Entscheidung zuweisen:

- \* Der Verband der Zuckerrübenanbauer, er vertritt die Bauern und hatte bisher zum Beispiel gemeinsam betriebene Rübenverladevorrichtungen an verschiedenen Bahnhöfen organisiert. Dort wurden die Zuckerrüben über ein Putz- und Förderband von den landwirtschaftlichen Anhängern auf spezielle Eisenbahnwaggons verladen.

- \* Die Bundesbahn hat gegenüber der Südzucker versucht, eine drastische Preiserhöhung durchzusetzen mit dem Argument, sie müsse speziell für Südzucker Wagen-, Zug- und Personalbedarf vorhalten, der nur während der

zweimonatigen Zuckerrübenkampagne nutzbar und ausgelastet ist.

- \* Die Südzucker hat argumentiert, daß ihr eine Verdoppelung der Preise durch die Bundesbahn nicht zugemutet werden könne und hat deshalb die Weichen auf LKW-Anlieferung gestellt.

Betroffen von dieser Entscheidung sind Tausende von Einwohnern, die sich schon heute gegen unerträgliche Verkehrsverhältnisse wehren, sowie zig Kommunen.

Viele Kommunen und Gemeinderäte befürchten durch den LKW-Abtransport eine Ruinierung ihres kommunalen Feldwegenetzes, das bisher nicht für die Belastungen mit schweren LKWs ausgerichtet ist. Die Kosten, die Südzucker einspart, würden damit den eh schon überstrapazierten Kommunalhaushalten aufgebürdet.

Die Auswirkungen auf die Einwohner der Region sind doppelt negativ, erstens durch die Zunahme des Verkehrs und zweitens durch den gleichzeitigen Rückzug der Bundesbahn aus der Fläche. So wurden parallel zur Entscheidung über Rübentransporte weitere Stilllegungsabsichten von Bundesbahn und privaten Eisenbahngesellschaften bekannt. Die vereinigten Verkehrsinitiativen unter dem Dach des DGB wehren sich dagegen. — (jom)

## Verbot eines rechten Rockkonzerts

**Rendsburg.** Am 6. und 7. 12. sollten in der Rendsburger Diskothek *Walhalla* zwei Konzerte der Rockband *Böhse Onkelz* stattfinden. Diese Gruppe ist eine Kultband der rechtsextremen Szene. Ihre Lieder beinhalten vielfältig nationalistische, rassistische und frauenverachtende Inhalte. Diese führten am 30. 8. 86 zu der Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, ihre Schallplatte *Der nette Mann* in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufzunehmen. Bei den Konzerten der Gruppe kam es oftmals zu offenen faschistischen Provokationen und Übergriffen gegen Andersdenkende, Ausländer usw. sowie bspw. in Lübeck 1985 zu großen Polizeieinsätzen, um Schlimmeres zu verhindern. Kürzlich wurden aus diesen Gründen in Darmstadt zwei Konzerte der Gruppe verboten.

Seit einiger Zeit distanzieren sich Mitglieder der Gruppe verbal von rechtsextremen Zielen und Aktionen während ihrer Konzerte. Bislang jedenfalls nahm die Gruppe aber nicht öffentlich eindeutig Stellung gegen den von ihnen vertretenen Rassismus und die im Zusammenhang ihrer Konzerte vorgefallenen faschistischen Übergriffe und verkauft weiter — an über 18-jährige — ihre Platte *Der nette Mann*.

Gegen die Konzerte, in deren Zusammenhang viele Leute erneute faschistische Gewalttaten befürchteten, gab es schon frühzeitig viele Aktivitäten, zunächst ausgehend von der autonomen Antifa. Ein breites Aktionsbündnis wurde gegründet, an dem auch Sozialdemokraten, einzelne kritische Polizisten usw. teilnahmen. Vor allem autonome Antifaschisten mobilisierten dann zu einem Aktionswochenende, an dem verschiedene Demonstrationen, Kundgebungen, Filme, Musikbeiträge laufen sollten. In der Folge sahen sich Leute von der örtlichen *Landeszeitung*, den bürgerlichen Parteien und der Stadtverwaltung veranlaßt, ein „Rock gegen Rechts“-Konzert zu organisieren, das vor allem Jugendliche vom Besuch des *Böhse Onkelz*-Konzerts abhalten sollte. Dies konnte angesichts eingeladener Interpreten wie Hannes Wader schwerlich gelingen, und die Ausgrenzung der autonomen Antifaschisten tat ein übriges zu dem zweifelhaften Charakter dieser Veranstaltung.

Die fast ausschließlich autonomen Antifaschisten, die sich frühzeitig auch Gedanken über den erforderlichen Schutz von Flüchtlingsheimen, ausländischen und linken Einrichtungen usw. machten, schlugen von Anfang an die Linie ein, auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und bestimmter Kräfte in den öffentlichen Gewalten gegen die Konzerte statt auf ihre selbstju-

stizielle Verhinderung zu setzen. Dennoch ließen städtische Vertreter zunächst nicht mit sich über ein mögliches Verbot reden. Erst nachdem Kieler Antifaschisten im Innenministerium in einem offenen Brief das Verbot forderten und ankündigten, bei Stattfinden des Konzerts im Falle des Nicht-Einschreitens der Polizei die gebotene Notwehr und Hilfeleistung für Opfer faschistischer Gewalt zu organisieren, wurden die öffentlichen Organe rege. Der Landesinnenminister empfahl der Stadt Rendsburg ein Verbot. Diese willigte ein. Ihr Verbot wurde kurz vor dem geplanten Konzertbeginn vom Oberverwaltungsgericht in Schleswig bestätigt. Die Stadt versucht allerdings, in ihrer Verbotsbegründung die Tatsachen umzudeuten: Nicht etwa die rechtsextremen Zusammenhänge der *Böhse Onkelz*-Musik oder die daher zu erwartenden faschistischen Ausschreitungen in der Stadt sind der Grund, sondern ausschließlich eine angebliche Gefährdung der Sicherheit durch autonome Kräfte, die das Konzert gewaltsam verhindern wollten. Auf die Tatsache, daß es solche Aufrufe zu keinem Zeitpunkt gegeben hat, wurde inzwischen in einem neuen offenen Brief an den Innenminister sowie in einem Flugblatt der Rendsburger Antifa hingewiesen. Hier drehen sich öffentliche Verantwortungsträger ihre „Tatsachen“ selbst zurecht. Der Abend des geplanten Konzerts verlief dann sehr ruhig, da sich wegen des Verbots kaum Faschisten herumtrieben. An antifaschistischen Manifestationen und Veranstaltungen beteiligten sich weit über 1000 Leute. Offenbar verärgert darüber hetzten hinterher die örtlichen Medien und dachten sich Auseinandersetzungen zwischen links und rechts aus, die nicht stattgefunden haben.

Das Neuartige und auch Erfolgreiche der Kampagne gegen die Konzerte lag in der Verbindung verschiedenster Aktivitäten. So hat es im Vorfeld einen offenen Brief diverser schleswig-holsteinischer Veranstaltungsmagazine an den Besitzer der Diskothek, in dem das Konzert geplant war, gegeben, in dem diesem für den Fall des Stattfindens in Aussicht gestellt wurde, daß seine Veranstaltungshinweise und Anzeigen nicht mehr geschaltet würden. Neben der breiten öffentlichen Ablehnung der Konzerte war es auch die klare Linie der Antifaschisten, sich auf das rechtlich Gebotene (Schutz gegen faschistische Übergriffe) auch so direkt in der Ankündigung und Definierung eigener Aktivitäten zu beziehen, daß die öffentlichen Gewalten in Zugzwang gebracht wurden. Daraus kann für zukünftige, ähnliche gelagerte Kampagnen einiges gelernt werden. — (uga)

## IGM-Vertreterversammlung gegen Asylverschärfung

**Singen.** Die Vertreterversammlung der IG Metall hat eine Entschließung verabschiedet, in der gegen Rassismus und Fremdenhaß Stellung bezogen und ein Ende der Diskussion um die Verschärfung des Asylrechts gefordert wird. Der Bevollmächtigte der Metallgewerkschaft erklärte, es sei nötig, daß die Vertreterversammlung die Ursachen der ausländerfeindlichen Auswüchse bekämpfe. Dies könne nicht von einer gesellschaftlichen Gruppe, Partei oder Vereinigung allein geleistet werden, sondern nur, wenn sich alle solidarisch zusammenschließen. Leider fehlen in der Erklärung alle Hinweise auf die gesetzliche Ungleichbehandlung von Menschen ohne deutschen Paß ebenso wie Forderungen nach ihrer vollen gesetzlichen Gleichstellung. — (aus: *Kommunale Berichte Konstanz*)

## Schülerdemonstration gegen faschistischen Terror

**Karlsruhe.** Rund 3000 Schüler, teilweise geschlossen als Klassen mit Lehrern und Transparenten, demonstrierten am 12. Dezember in der Karlsruher Innenstadt für Völkerverständigung und gegen Gewalt und Ausländerhaß. Initiiert hatte die Demonstration die SMV des Eichendorff-Gymnasiums in Ettlingen, die die Schüler und SMVs aller Karlsruher Schulen angeschrieben und aufgefordert hatte, sich zu beteiligen. In den Kundgebungsreden wurde vor allem gefordert, die faschistischen Gewalttaten nicht länger zu dulden, der faschistischen Hetze aktiv entgegenzutreten und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Die Demonstration soll auch der Auftakt für eine verstärkte antifaschisti-

sche Arbeit der Schüler sein. In den Kundgebungsbeiträgen wurde u. a. die beschlossene Abschaffung des Asylrechts kritisiert und die Hetze gegen Asylbewerber angegriffen, über deren Situation in der BRD in den Medien völlig falsch berichtet werde. — (map)

## Protest gegen NPD-Richter geht weiter

**Bochum.** Rund 400 Gewerkschafter, insbesondere aus der ÖTV, empfingen am 2. 12. 1992 den NPD-Landesvorsitzenden Markert vor dem Arbeitsgericht Bochum. Grund für den Protest war der erste Sitzungstag des ehrenamtlichen Arbeitsrichters, nachdem das Landesarbeitsgericht Hamm den Antrag auf Amtsenthebung Markerts endgültig abgelehnt hatte. Auch das Landesarbeitsministerium hat Beschwerde gegen die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts eingelegt und drängt weiter auf Amtsenthebung. Der Forderung, dem rechtsradikalen Deutschen Arbeitnehmer-Verband (DAV) das Vorschlagsrecht für Arbeitsrichter zu entziehen, ist es bisher aber nicht nachgekommen. — (wof)

## SPD will antifaschistische Gedenktafel in Sülz

**Köln.** Eine Gedenktafel am Haus Sülzgürtel 8, in dem 1943 und 1944 Mitglieder des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ lebten und kämpften, fordern die SPD-Ortsvereine Sülz und Lindenthal. Das Nationalkomitee war die zahlenmäßig größte und politisch breiteste Organisation des antifaschistischen Widerstandes in Köln. Seine Angehörigen, Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerliche Gegner des Nazi-Regimes und selbst zwei Mitglieder der NSDAP, schrieben Parolen gegen Faschismus

und Krieg, verbreiteten Flugblätter, botierten die Kriegsproduktion und steckten verfolgte Männer und Frauen im Haus Sülzgürtel 8. Im Haus Sülzgürtel 8 befand sich das Hauptquartier, bis die Gruppe am 24. 11. 1944 von der Gestapo zerstört wurde. Mehrere Antifaschisten wurden ermordet, der Rest in Gefängnis und Zuchthäuser verschleppt. Heute wird der Kampf des Nationalkomitees von der „offiziellen“ schichtschreibung ignoriert — der Anteil der Kommunistinnen und -munisten läßt die Historiker offensichtlich vergeblich werden. Diesem Zustand wollen die beiden SPD-Ortsvereine Sülz und Lindenthal die historischen Gedenktafeln abhelfen. Man darf neugierig sein, die Fraktionen der Bezirksvertretung reagieren werden. Die Beispiele der Gedenktafel für die ermordeten Edelweißpiraten und Zwangsarbeiter in Ehrenfeld und des Folterkellers im ELDE-Haus lassen ein langes Ringen befürchten, zeigen aber auch, daß solche Initiativen erfolgreich sein können. — (m)

## Befürchtungen bei Fuba bestätigen sich

**Bad Salzdetfurth.** Fuba in Bad Salzdetfurth wird die Entlassungen in weit größerem Umfang durchführen, als bisher offiziell angekündigt wurde. Bis Mitte 1993 sollen mehr als 500 Beschäftigte abgebaut werden. Der Sozialplan bzw. die abgeschlossene Betriebsvereinbarung gilt bis 1994. In ihr sind Abfindungs- und Aufhebungsverträge geregelt. Hinter diesem drastischen Belegschaftsabbau steht die Entscheidung der Unternehmenszentrale in Hildesheim, mindestens 20 Prozent der Kosten zu reduzieren. Die „abgespeckten“ Belegschaft soll effizienter arbeiten. — (mal, nach nzz, gekürzt)



## Protest gegen Schulnotstand

**Mannheim.** Ca. 3000 Eltern, Schüler- und Lehrer/innen demonstrierten am Samstag, 28. 11., gegen den Schulnotstand in der Stadt. Sie forderten die Sanierung und Erweiterung der Schulen. Dringende bauliche Maßnahmen, Schulmöbel und Lehrmittel erforderten 400 Mio DM. Man werde sich nicht mehr hinhalten lassen. — Die Demonstration war eine Kampfansage an die städtische Haushaltspolitik, wie sie sich im Doppelhaushaltentwurf 93/94 niederschlagen wird, der am 15. 12. eingebracht wird. Von der Landesregierung forderten die Eltern mehr Lehrkräfte, u. a. um den Förderunterricht nicht zu gefährden. — (tht)

## Vertrauensleute Gesamthafenbetrieb bereiten Lohnkampf 1993 vor

**Hamburg.** Am 27./28. 11. 1992 trafen sich 19 Vertrauensleute und Betriebsräte zu einem betrieblichen ÖTV-Seminar. In Anwesenheit des Gewerkschaftssekretärs wurden ein Jahresrückblick vorgenommen und die Schwerpunkte für das neue Jahr festgelegt. Es gab drei Arbeitsgruppen. Eine Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe, den Tarifabschluß 1992 zu bewerten und die Diskussion über die Forderung für 1993 vorzubereiten.

Im Hafen wurde der Lohn je nach Lohngruppe zwischen 6,3 % und 6,9 % erhöht. Dies wurde durch eine Art Mindestbetrag von 220,— bis 230,— DM erreicht. Damit konnte der Reallohn gehalten werden. Gefordert hatte die Bundestarifkommission 9,5 % mindestens 340,— DM.

Auch 1993 soll eine Sicherung des Reallohnes angestrebt werden. Nach vorgetragenen Berechnungen bedeutet dies einen Abschluß zwischen 6 % und 7 %. Vom Forderungsvolumen her müssen also wieder 9,5 % gefordert werden, wie die Erfahrungen in diesem Jahr gezeigt haben. Demgegenüber wurde vorgeschlagen, daß es illusionär wäre, dieses Jahr nochmal über 6 % durchzusetzen. Es wurde auf die Abschlüsse Metall 1993, Stahl, Versicherungen, NGG verwiesen sowie auf die 5 %-Forderung im öffentlichen Dienst.

Auf der Tagung wurde beschlossen, zur besseren Diskussion unter den über 100 Gewerkschaftsmitgliedern beim

GHB über unsere Überlegungen in einer Broschüre zu berichten. Diese 20seitige Broschüre konnte bereits ab 10. 12. im Betrieb ausgegeben werden. In der Vorbemerkung heißt es: „Wir sind nicht der Auffassung, daß wir auf die Sparappelle hören und uns mit einer 3 %-Lohnerhöhung abspesen lassen müssen. Ob wir unseren Reallohn sichern, hängt nur davon ab, wie einig und wie entschlossen wir dafür kämpfen. Wir haben auf unserer Wochenendtagung auf jeden Fall festgestellt, daß der Hafenarbeiter in seiner Haushaltskasse keine Posten hat, auf die er verzichten kann.“

Die weiteren Kapitelüberschriften sind: Bewertung der Lohnrunde 1992, Presseschau, Argumente und Behauptungen, Vorschläge für die Forderung im Jahre 1993, Begründung für Mindestbetrag, Lohn es sich, aktiv zu werden, Zeitplan für Lohnrunde 1993.

Insbesondere über die Durchsetzung eines Mindestbetrages gibt es im Vertrauensleutkörper des Gesamthafenbetriebes eine große Einigkeit. Beim letzten Lohnabschluß wurden die Stundenlöhne für Aushilfsarbeiter nur um 6,3 % erhöht. Das heißt, für diese unständigen Beschäftigten wurde kein Mindestbetrag abgeschlossen. Das veranlaßt den Vertrauensleutkörper zu einem Brief an die Bundestarifkommission, in dem darauf hingewiesen wurde, daß in Zukunft unser Mitglied in der Bundestarifkommission nicht mehr hinnehmen wird, daß die

Aushilfsarbeiter im Lohnniveau immer weiter abgekoppelt werden.

Warum ist eine Mindestforderung nötig? Unter dieser Überschrift heißt es in der Broschüre: „Weil die Lohnunterschiede, die wir im Hafen zwischen den unteren Lohngruppen und den oberen Lohngruppen haben, nicht noch größer werden sollen. Ob es überhaupt gerechtfertigt ist, für eine schwere körperliche Arbeit nur die Lohngruppe III zu bezahlen und für eine Tätigkeit als Containerbrückenfahrer oder VC-Fahrer die Lohngruppe VIII, steht zur Diskussion. Tatsache ist, daß die Großgerätefahrer nicht einmal bei Bezahlung der Lohngruppe VIII gerne in die einfache Arbeit eingeteilt werden, für die unsere einfachen Schauerleute und Kaiarbeiter nur die Lohngruppe III bekommen. (...) Unter diesen Überlegungen liegt es auf der Hand, daß jeder Hafenarbeiter in Mark und Pfennig mindestens soviel an Lohnerhöhung erhält wie ein Hafenschlichtarbeiter mit der Lohngruppe VI. Bei einer Forderung von 8,7 % wären das mindestens 330,— DM.“ Sodann folgen Beispiele über Preissteigerungen, die jeden unabhängig von seiner Lohngruppe treffen, wie Miete, Zahnarzt, Mobiltelefon, Strom, Wasser, Benzin und Mehrwertsteuer.

(Stundenlöhne: LG III = 19,77 DM, LG VI = 22,08, LG VIII = 26,18)

Quelle: Mehr Geld! Materialien der Tagung GHB-Vertrauensleute — (obj)





Karlsruhe. Am 5. Dezember demonstrierten 400 Menschen für die ersatzlose Streichung des § 218. Anlaß war die am 8. und 9. 12. vor dem Bundesverfassungsgericht stattfindende Verhandlung über die vom Bundestag beschlossene gesamtdeutsche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. (aus *Kommunale Berichte Karlsruhe*)

## AG kommunale Ausländervertretungen Nds. tagte

Hildesheim. Die Arbeitsgemeinschaft führte am 28./29. 11. eine Arbeitstagung durch, zu der Delegierte der Ausländervertretungen aus niedersächsischen Städten zusammengekommen waren. Das Thema Fremdenfeindlichkeit stand im Mittelpunkt. Die AG bat „den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Gerhard Schröder, um einen kurzfristigen Gesprächstermin...“, damit er sie über die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Schutz der bedrohten und verfolgten Menschen unterrichtet. Eine Änderung des Grundrechts auf Asyl wurde einmütig abgelehnt. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war das Ausländergesetz. Ein Rechtsanwalt informierte über die wesentlichen Auswirkungen des Gesetzes und stellte dabei als Fazit fest, daß die allgemeine Tendenz der Verwaltung besteht, das Gesetz restriktiv anzuwenden. Julio Molina, der Vorsitzende der AG, erklärte: „Wir Ausländerinnen und Ausländer werden auch weiterhin für unsere Bürgerrechte kämpfen und für eine Gleichstellung der ausländischen mit der deutschen Bevölkerung.“ — (rab, nach nzz, gekürzt)

## Behörden verweigern Platz für wohnungslose Junkies

Hamburg. Die Ansgar-Gemeinde Nienstedt plant in St. Pauli eine Winter-Not-Übernachtung für wohnungslose Drogenabhängige. 30 Junkies sollen in Containern untergebracht werden. Die Situation ist unerträglich, weil für obdachlose Drogenabhängige z. Zt. nur 25 Schlafgelegenheiten zur Verfügung stehen. Die Behörden weigern sich, den

notwendigen Platz zur Verfügung zu stellen, obwohl durchaus mehrere Plätze infrage kämen. Das Bezirksamt hätte die Container am liebsten aber dort, wo niemand sie sieht, im Industriegebiet von Hammerbrook. Dieser zynische Vorschlag setzt die Politik der sozialen Ausgrenzung und Kriminalisierung von Drogenabhängigen fort. — (jöh, sec)

## Privatisierung von Alten- und Pflegeheimen

Göttingen. Die ÖTV protestierte mit einem ersten Flugblatt gegen die Pläne der Stadtverwaltung, die Göttinger Alten- und Pflegeheime zu verkaufen bzw. in private Rechtsform umzuwandeln. Zwei Einrichtungen sollen verkauft, eine in eine städtische GmbH umgewandelt, eine vierte an einen privaten Träger abgegeben werden. Vor ca. drei Jahren veranlaßte die Sozialdezernentin, Alten- und Pflegeheime gutachterlich auf ihre Wirtschaftlichkeit hin untersuchen zu lassen. Ein erster Zwischenbericht ist vom Frühjahr 1991 datiert. Das endgültige Gutachten liegt erst in einigen Wochen vor. Seitdem rumort es unter den Bewohnern und den Beschäftigten der Heime. Hintergrund ist das seit 1980 stetig steigende Defizit von inzwischen 5 Mio. DM jährlich. Dieses Finanzloch, u. a. hervorgerufen durch die private Wäschereinigung, drückt nachhaltig auf den städtischen Haushalt. Die Gutachterkritik zur Wirtschaftlichkeit der Alten- und Pflegeheime hat im Kern die Personalkosten im Visier. Die Stadt will also ihre Finanzen auf Kosten der Beschäftigten und der Bewohner der Alten- und Pflegeheime sanieren. Private kapitalkräftige Käufer haben sich auch schon bei der Stadt gemeldet. (rein, nach nzz, gekürzt)

# Jungheinrich-Betriebe gegen Ausländerfeindlichkeit

Hamburg. Der Arbeitgeberverband Nordmetall und die IG Metall Küste riefen Ende November nach dem Mordanschlag gegen drei TürkInnen in Mölln in einer gemeinsamen Erklärung alle Beschäftigten in Norddeutschlands Metallindustrie auf, sich am Freitag, den 27. November, an Mahnminuten in den Betrieben zu beteiligen. „Aus diesem Anlaß“, so heißt es in einer ebenfalls gemeinsamen Erklärung des Vorstandes der Jungheinrich AG und des IG Metall Vertrauenskörpers, „bitten... (wir) ... alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe Norderstedt und Hamburg, am Freitag, den 27. 11. 92, ab 9.10 Uhr in die Kantinen...“

Wir wollen die Solidarität mit den ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekunden und ein Zeichen gegen die ausufernde rechtsradikale Entwicklung in unserem Land setzen.“

In einer Ansprache hieß es u. a.:

„Wir sind heute versammelt, um in Trauer und mit Empörung für die Opfer rechtsextremer Gewalt einzustehen. Zugleich aber merken wir in unserem Herzen, daß unsere Betroffenheit, die helfen und trösten will, angefüllt ist von Angst und Ratlosigkeit: Meldungen, daß Häuser und Menschen angezündet und abgeackelt werden, sind mittlerweile ein alltäglicher Vorgang.“

Schauen wir in die Medien, erleben wir, wie unsere gesellschaftliche Kultur zu verrohen droht: Wenn es früher schlichtweg Mord war, wenn Menschen mit Benzin übergossen und angezündet wurden, wie oft ist dann heute von „Kra-

wallen“ und „Randal“ Jugendlicher die Rede...“

Was aber können wir KollegInnen bei Jungheinrich hier gemeinsam in unserem betrieblichen Alltag tun? Der Rechtsradikalismus und Faschismus greift die grundlegendsten menschlichen Werte an: das Leben, die Würde und das Recht des Menschen.

Daher verläuft die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus über die Herzen und den Verstand der Menschen.

Wir kommen daher nicht darum herum, uns neu die menschlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens vor Augen zu führen, uns neu klar zu machen, über sie neu nachzudenken und auch um sie zu streiten: auf diese Weise werden wir uns am wirksamsten schützend vor unsere ausländischen KollegInnen stellen!

Wir müssen dabei aktiv und laut darüber reden: Warum ist das Ausgrenzen von Menschen, ob AusländerInnen oder Angehörige anderer Minderheiten, auch für uns selbst schädlich?

Wir müssen aktiv darüber reden: Es ist besser, aufeinander zuzugehen, gemeinsam zu handeln und zusammenzuwirken bei der Arbeit, als ständig den Ellenbogen zu benutzen: Das verbessert nicht nur die Atmosphäre unter uns in der Belegschaft.

Das wirkt sich aus bis hin zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Lohn.

Möglichkeiten, konkret zu helfen, gibt es genug:

— Der Vertrauenskörper der IG Metall bei Jungheinrich organisiert seit einem Jahr Wochen vor Norderstedter Flüchtlingsheimen.

— Auch unser jährliches Kinderfest im Jungheinrich-Wohngebiet in Norderstedt ist ein Beitrag zur Solidarität zwischen ausländischen und deutschen KollegInnen und ihren Familien.

Es ist gut, daß es heute das gemeinsame Auftreten von Vorstand, Betriebsräten und Gewerkschaften gibt. Es zeigt, wie groß wir gemeinsam die Gefahr von Rechts einschätzen, so daß dieses Bündnis heute zustande kommen kann.

Lassen Sie uns doch gemeinsam die heutige Aktion nutzen als Chance, eine Kultur im Hause Jungheinrich zu schaffen, die dem Rechtsradikalismus den Boden entzieht.

Z. B. durch bewußtes betriebliches Kultivieren gerade von Gefühlen der Humanität und Menschlichkeit, die keine Minderheit, keinen ausländischen Kollegen ausgrenzt, sondern jede und jeden willkommen heißt in seinem Beitrag zum Erfolg dieses Hauses.

Wenn wir es schaffen, daß auf diese Weise bei Jungheinrich eine Kultur des humanen Miteinander-Umgehens und des menschlichen aufrechten Ganges geschaffen, erhalten und ausgebaut wird, so daß ausländische KollegInnen sich bei uns nicht nur in ihrem Leben, sondern auch in ihrer menschlichen Würde sicher fühlen können, dann hätten wir heute viel erreicht: denn solche Menschen sind nicht anfällig für den Rechtsradikalismus.“ — (hel)



# Rep-Landesmitglieder-versammlung verboten

Hildesheim. Etwa 300 Menschen protestierten am 28. 11. gegen die in Ottbergen (1200 Einwohner), einem katholischen Wallfahrtsort am Rande der fruchtbaren Hildesheimer Börde, geplante Republikaner-Landesmitgliederversammlung. Der zuständige Gemeinderat Schellerten wandte sich mehrere Tage zuvor einstimmig gegen die Durchführung des Parteitags. Im Landkreis fanden große Demonstrationen und Kundgebungen von Schülern und anderen gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt als Mittel der Politik nach den Morden von Mölln statt. Zu Blockaden in Ottbergen wurde aufgerufen.

Die Bezirksregierung Hannover, ein Organ der niedersächsischen Landesregierung, hat am 27. 11. den Landkreis Hildesheim angewiesen, die Rep-Landesmitgliederversammlung zu verbieten, zu der Schönhuber angekündigt war.

Dabei wurde als Begründung angeführt, daß mit Eskalationen von Gewalt und Gegengewalt zu rechnen sei, daß mit Provokationen der Gegendemonstration durch rechtsradikale Gruppen gerechnet werden müsse und trotz Einsatz von Polizei die Gefahren für erhebliche Grundwerte des einzelnen nicht mehr kalkulierbar seien. Weiter führte der Regierungspräsident Dr. Hans-Albert Lennartz (Die Grünen) an: „Ich habe die besondere Situation in dieser Woche, die durch die Morde in Mölln

gekennzeichnet ist, in meine Entscheidung einbeziehen müssen. Dieses Verbrechen hat in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einer — berechtigten — Emotionalisierung geführt.“

Das Verwaltungsgericht Hannover hat das Verbot bestätigt und dabei das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit jedes Menschen als höherrangig gegenüber dem Versammlungsrecht einer Partei gewertet.

Die Entscheidung gegen den Terror als Mittel der Politik und die gewaltsame Austragung des politischen Kampfes auf der Straße war richtig.

Weder Bezirksregierung noch Verwaltungsgericht haben jedoch die ausländerfeindliche und damit zu Pogromen aufstachelnde Republikaner-Programmatik und -Praxis zum Gegenstand des Verbots gemacht. Die Reps fordern: „Die Rückkehr von Ausländern in ihre Heimat ist nachhaltig zu fördern.“ Oder sie verkünden als Grundsatz: „Unser Land ist kein Einwanderungsland.“

Die Nationalistische Front ist unter anderem wegen deren „Kampf gegen die weitere fremdvölkische Einwanderung und für die Heimführung der Ausländer“ unter Bezug auf Ziffern 5, 7 und 8 des NSDAP-Programms verboten worden. Wo ist hier der Unterschied von NF und Republikanern?

Quellen: Presseinformation 93/92 Bezirksregierung Hannover, VG Hannover Entscheid vom 27. 11. 92 — 2 B 291/92.Hi — (rab)

# „60 Jahre danach“: Demonstration am 30. Januar 1993 in Düsseldorf

Düsseldorf. „60 Jahre danach — Aus der Geschichte lernen: Rassismus, Terror und Militarismus stoppen“, so ist der Aufruf zu einer Demonstration am 30. 1. 1993 in Düsseldorf überschrieben. Die Demonstration wird in Nordrhein-Westfalen inzwischen breit unterstützt. Zahlreiche Organisationen und über 500 Personen haben den Aufruf unterschrieben, darunter Gliederungen von DKP, DFG-VK, den Grünen, PDS-LL, die Volksfront, der Düsseldorfer Jugendring, antifaschistische Organisationen aus Belgien und den Niederlanden, zahlreiche Funktionsträger aus den Gewerkschaften und Leute wie die Schriftsteller Bernt Engelmann und Max von der Grün. Der Düsseldorfer DGB hat einen eigenen Aufruf verfaßt.

Bereits im März beschloß die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Aktionen zum 60. Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und schlug eine landesweite Demonstration vor. Maria Wachter, stellv. Landesvorsitzende der VVN-BdA, und Fritz Hollstein machten das Anliegen bekannt. Die 200 Teilnehmer der 15. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW im Juni in Köln unterstützten es und traten für eine breite Beteiligung aller antifaschistischen Kräfte an der Vorbereitung ein (siehe *Politische Berichte* 14/92).

Im Aufruf zu der Demonstration heißt es: „Ein Jahr nach seinem Treffen und

seinem Pakt mit Vertretern von Industrie und Banken im Düsseldorfer Industrieclub war Hitler Reichskanzler. Dem gingen zwei Jahre offene und verdeckte Paktiererei konservativer Kräfte mit den Nazis voraus. Die Antifaschisten waren sich nicht einig.“ Der folgende Text verteidigt das Asylrecht, spricht sich gegen weltweite Einsätze der Bundeswehr aus und tritt für die Ächtung und das Verbot faschistischer Organisationen ein.

Die Demonstration soll am Industrieclub vorbeiführen, der heute noch existiert. Maria Wachter und Fritz Hollstein haben schon am 26. 1. 1932 davor gestanden, als Hitler den versammelten Kapitalisten die Zerschlagung der Gewerkschaften, Aufrüstung und Landgewinn im Osten versprach. Damals fand vor der Tür eine antifaschistische Protestaktion statt unter Losungen wie „Hitler, das ist der Krieg!“

Inzwischen werden in einer ganzen Reihe von Städten örtliche Aktionen zum 30. 1. 1993 geplant, die unter dem Eindruck der faschistischen Pogrome zustandekamen. In Bochum, Bonn, Duisburg und Köln werden voraussichtlich eigene Demonstrationen stattfinden, zeitlich versetzt zu der in Düsseldorf. In anderen Städten, z. B. in Essen, finden im Vorfeld antifaschistische Veranstaltungen statt. Diese Aktivitäten stehen nicht im Gegensatz zu der Düsseldorfer Demonstration. Sie unter-

scheidet sich von manchen anderen Aktionen allerdings durch das antikapitalistische Anliegen. Als Redner sind in Düsseldorf neben Vertretern des antifaschistischen Widerstands, der Gewerkschaften und jüdischer Verbände auch ausländische Antifaschisten angefragt.

Um die Auseinandersetzung mit Rassismus, Faschismus und ihren Hintermännern zu fördern und für die Demonstration zu werben, wird Anfang Januar in hoher Auflage eine Antifaschistische Zeitung erscheinen. Rund 20 Organisationen und Einrichtungen beteiligen sich mit Artikeln. Ein Schwerpunkt sind auch landespolitische Themen: Der Antrag der Grünen für ein Entschuldigengesetz für Verfolgte des Hitler-Faschismus, die Förderung revanchistischer Verbände durch die Landesregierung, die Berufung von Faschisten zu ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichtern, die Abschiebung von Roma und die politische Verfolgung von Kurden in NRW.

Die Zeitung, Flugblätter und andere Materialien können bestellt werden über die VVN-BdA, Volmerswerther Str. 76, 4000 Düsseldorf 1. Am Samstag, 9. 1. 1993, findet ein letztes großes Vorbereitungstreffen für die Demonstration statt (11 Uhr, Gaststätte „Artemis“, Düsseldorf, Blücherstr. 6). Dabei wird dann auch über die Vorbereitung der nächsten Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW zu sprechen sein. — (wof)

## Kurz berichtet

## Pressekonferenz zum internationalen Hearing

Berlin. Berufsverbote in Ostdeutschland stellen einen besonderen Aspekt der Diskriminierung von Bürgern der Ex-DDR dar. Mit dem Hearing sollen die Gefahren deutlich gemacht werden, die sich für die psychische und moralische Situation bei Hunderttausenden in Deutschland ergeben. Betont wurde, daß durch die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung, die keinerlei Anzeichen von Umdenken zeigt, die Lage in Deutschland noch weiter verschärft werden wird. Zu den Zuspitzungen auf sozial-ökonomischem Gebiet kommen Tendenzen von Nationalismus, Rassismus und Fremdenhaß.

Verbreitet wurde auf der Pressekonferenz eine Übersicht über Formen der politischen Diskriminierung in Ostdeutschland, wie sie bisher anderswo nicht bekannt wurden (siehe hierzu auch nebenstehenden Artikel). Als konkretes Beispiel wurde der Fall von Frau Dr. Laute, ehemals Dozentin für Baugeschichte an der Technischen Universität Dresden, das erste Mal der Öffentlichkeit vorgestellt. Am 30.9.1992 erhielt sie von der Universität ihre Kündigung. Ihre Stelle werde neu ausgeschrieben, sie könne sich aber neu bewerben. Frau Dr. Laute stellte sich, vorerst ahnungslos, dieser Forderung und hielt einen Bewerbungsvortrag als Bewerberin vor ihren ehemaligen Studenten, die nicht schlecht staunten. Sie wurde abgelehnt. Die Stelle wurde an eine junge Bewerberin aus den USA vergeben. Frau Dr. Laute bewarb sich dann an der Universität in Leipzig. Sie „eroberte“ sich unter den anderen Bewerbern den ersten Platz, wurde aber nicht eingestellt, da sie „auf der schwarzen Liste stehe“. Der Herr Staatsminister Meyer habe sie selbst daraufgesetzt, weil sie von der Personalkommission in Dresden ein „negatives Votum“ erhalten habe. Frau Dr. Laute betonte in der Pressekonferenz, daß sie ein loyaler „DDR-Bürger“ war, sich politisch nicht betätigt habe, allerdings zu Zeiten des „Sputnik“-Verbotes durch die SED-Führung öffentlich protestiert habe. Das „negative Votum“ resultiere aber aus der Tatsache, daß sie „staatstragend“ gewesen und ein „widersprüchlicher Mensch“ sei. Neben der Kündigung wurde gegen Frau Dr. Laute ein Lehrverbot ausgesprochen. Sie betonte in ihrer Erklärung, daß es ihr sehr schwer falle, mit ihrer Angelegenheit an die Öffentlichkeit zu treten. Sie halte es aber nun für dringend erforderlich, weil der einzelne nicht mehr schweigen dürfe. — (abe)

## Protestmarsch gegen die Treuhandanstalt

Berlin. Die Vorbereitung des Protestmarsches für den 15. Dezember in Berlin konzentrierte sich erneut auf die „Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute“. Wichtige Unterstützer sind der Arbeitslosenverband und die Mieterverbände. Seit Wochen wurde vor allem im gesamten ostdeutschen Anschlußgebiet mobilisiert. Anlaß ist die angekündigte Entlassung

von wiederum fast einer Viertelmillion Beschäftigter zum Jahresende aus ca. 100 Treuhandbetrieben. Die Initiative registriert einen beständigen Zulauf und ein gesteigertes Medieninteresse. Seit dem letzten Kongreß am 21. November, dessen „Schirmherrschaft“ der DGB zu übernehmen abgelehnt hatte, waren ihre Vertreter von verantwortlichen Regierungspolitikern, u.a. auch vom Bundeskanzler, empfangen worden. Nach wie vor bestehen Reibereien mit den Gewerkschaften, insbesondere mit der IG Metall und dem DGB. Der Hauptvorwurf an die Gewerkschaften ist, daß diese zu wenig unternehmen für den Kampf um Arbeitsplätze. Auf der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall am 30. November wurde der Antrag eingebracht, die IG Metall möge den Aufruf der Initiative als „Unterstützer“ unterzeichnen. Dadurch kam es fast zum Eklat. Verschiedene Delegierte empfangen das Ansinnen als Versuch der Herabwürdigung der IG Metall. Man einigte sich noch mal darauf, den Mitgliedern der IG Metall anheimzustellen, ob sie sich an der Demonstration am 15. Dezember beteiligen.

Vertreter der Initiative pochen bei den verschiedenen Auseinandersetzungen mit der IG Metall immer wieder darauf, daß ihre Forderungen den gewerkschaftlichen gleichen, also nicht zu kritisieren sind. Das ist allerdings wahr. Der Aufruf und nicht nur der Aufruf beinhalten nur eine einzige Lösung: Kampf um jeden Arbeitsplatz! Wie allerdings dieser offensichtliche Ausdruck von Ratlosigkeit und Armut an Argumenten seitens der Initiative versucht wird positiv zu wenden, ist sehr fragwürdig. Direkt gefährlich sind in letzter Zeit aufkommende Bestrebungen für eine organisierte Gewerkschaftsopposition. Dies geschieht oft in Form plumper Anbiederei. Leider ist davon auch die PDS nicht verschont. So war auf der gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 5./6.12. in Berlin im Einführungsreferat von Jakob Moneta in bezug auf die Initiative viel Lobhudelei im Spiel, war viel die Rede von gestiegenem Selbstvertrauen, Kampfbereitschaft, Mut usw. Mit Kritik wird zurückgehalten, obwohl die Konzeptionslosigkeit der Initiative ohne Kritik bestimmt nicht überwunden werden kann. — (brr)

## REP-Stadtrat wegen Revanchismus abgewählt

Berlin/Tiergarten. Durch einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grüne/AL wurde der Wirtschaftsstadtrat Freese (REP) am 26. November 1992 mit großer Mehrheit abgewählt. Von der Zuschauertribüne wurde von mehreren Menschen „Zugabe“ gefordert. Die Abwahl begründete sich auf Ausführungen, die Freese bei einer Diskussion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 22.10.92 über eine Veranstaltung zur „Reichs-Pogrom-Nacht“ gemacht hatte. Unter anderem forderte er die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Konsens zwischen den Fraktionen und auch mit der CDU war, daß nach dem Vertrag mit Polen Grenzdebatten „uneingeschränkt der Vergangenheit“ angehören (CDU-Fraktionsvorsitzender Kurt Lauke). — (hga)

## Berufsverbotepraxis nach der „Vereinigung“

In der Geschichte des autoritären deutschen Staates haben Berufsverbote und politische Diskriminierungen tiefe Wurzeln.

Sie reichen von den Karlsbader Beschlüssen 1819 (der Deutsche Bund beschloß Gesetze u.a. zur Überwachung von Universitäten, Entlassung politisch mißliebiger Lehrer, Einführung einer strengen Zensur und zur Errichtung einer Zentraluntersuchungskommission zur Verfolgung „revolutionärer Umtriebe“) über das Bismarcksche „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ 1878, die faschistische Beamtengesetzgebung (1933: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums), den Adenauer-Erlaß vom 19. September 1950 bis zum „Radikalerlaß“ der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 28. Januar 1972.

Einzubeziehen sind aber gleichermaßen die Praktiken des SED-Regimes zur Diskriminierung Andersdenkender, z.B. die Entlassungen aus dem Staatsapparat oder Entfernungen aus dem Lehrerberuf bei Anträgen auf Übersiedlung, Aufführungs- oder Auftretensverbote für kritische Künstler, Diskriminierungen von Wissenschaftlern, die nicht der SED-Linie folgen wollten. (...)

Bereits im Vorfeld der Vereinigung erließ der damalige Bundesaußenminister Schäuble am 4. und 10. September 1990 Verfügungen, in denen Grundsätze der Säuberung des öffentlichen Dienstes der DDR festgelegt wurden. Danach gelten die Zweifel an der Verfassungstreue eines Kandidaten nur als ausgeräumt, wenn er bei einer „Anhörung glaubhaft machen kann, daß er sich von dem kommunistischen System gelöst hat“.

Auf der Grundlage dieser und weiterer folgender Verwaltungsvorschriften, und ab dem 3.10.1990 auch unter Berufung auf den Einigungsvertrag, erfolgten seither Hunderttausende von Kündigungen, die vor allem Lehrer, Wissenschaftler, Angestellte des Staatsapparates, Künstler und Kulturschaffende betrafen. Die nach der Auflösung des MfS/AFNS in verschiedenen produktiven Bereichen tätigen ehemaligen Mitarbeiter dieses Ministeriums, ob als Mitarbeiter der Stadtreinigung, Handwerker in der Post, Reinigungskraft, Eisenbahner, Busfahrer, Hausmeister u.a., wurden ohne jede Einzelfallprüfung aus diesen Tätigkeiten entfernt.

In immer neuen Wellen erfolgen Diskriminierungen von Bürgern allein aus dem Grunde, daß diese Menschen sich für die DDR in ihrer beruflichen Tätigkeit oder in politischen Funktionen eingesetzt haben. Zur Zeit sind von diesen Maßnahmen bereits mehr als eine Million Menschen direkt oder indirekt betroffen.

Vor dem Hintergrund von Massen- und zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit, der Liquidierung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland, der „Gesundungs-“ öffentlicher Tätigkeiten — von der Kinder- bis zur Altersbetreuung —, sind Berufsverbote besonders wirksam, da die Entsolidarisierung durch die Erleichterung (mich hat es — noch — nicht getroffen) begünstigt wird.

Das Ziel dieser umfassenden Säuberungswelle ist klar: In allen Bereichen sollen potentielle oppositionelle Kräfte, die Widerstand gegen die Art und Weise der Einverleibung der DDR und gegen den Trend der Entwicklung des vereinigten Deutschland leisten könnten, entfernt oder mundtot gemacht werden.

Eine Spezifik dieser Form der Abrechnung ist eindeutig, daß insbesondere jene verfolgt werden, die ehrlich und nachweislich bemüht sind, ihre Vergangenheit kritisch zu werten, ohne dabei ihre politischen Grundpositionen aufzugeben. Dagegen gehen mehrfach „Gewendete“ unter den ehemaligen Mitgliedern der SED oder Blockparteien häufig mit besonderer Schärfe gegen PDS-Mitglieder und linke Kräfte vor.

Die wesentlichen aktuellen Methoden der Diskriminierung sind:

1. Es gibt einen ganzen Komplex staatlich erzweigener Selbstbeziehungen durch mehrere Wellen von Personal- und Zusatzfragebögen oder entwürdigende Anhörungen vor dubiosen „Ehren“- oder Personalkommissionen. Sie ersetzen die „Regelanfragen“ beim Verfassungsschutz durch Selbstdenunziation, die mit der Drohung erpreßt

werden soll, wenn die Fragen nicht oder nicht wahrheitsgemäß beantwortet werden, erfolgt doch noch die außerordentliche Kündigung. Einen Höhepunkt des Zynismus erlebten z.B. Lehrer mit dem Schreiben der Schulverwaltung: „Auch nach Abschluß der Überprüfung werden wir konkreten Hinweisen auf falsche Angaben in Personalfragebögen nachgehen... Ihnen ist sicherlich bekannt, daß sich die Möglichkeiten stetig verbessern, Informationen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, der SED und anderer Blockparteien zu erhalten.“

2. Pauschale Kündigungen unter Berufung auf den Einigungsvertrag oder auf Verordnungen von Behörden, häufig verbunden mit Willkür und eklatanten Verletzungen grundlegender Rechtsnormen. Diese Praktiken enthalten z.B. auch schriftliche Erklärungen der Arbeitgeber, den Betroffenen „wegen seiner Tätigkeit in der Vergangenheit“ kündigen zu wollen und der Empfehlung, besser selbst zu kündigen oder aber den Vorwurf durch eigene Darstellungen auszuräumen (auch eine Methode der Selbstdenunziation!). Nach Klagen vor dem Gericht und Rechtsprechung für den Gekündigten wird oft die Wiedereinstellung verweigert, oder mit genau den gleichen Argumenten erfolgt unmittelbar danach die erneute Kündigung.

In diesem Zusammenhang sollte auch der hohe Anteil der Abdrängung politisch mißliebiger Arbeitnehmer in den Vorruhestand beachtet werden. Bei dem herrschenden sozialen Druck mußte der Vorruhestand meist als Alternative zur drohenden Entlassung akzeptiert werden. Mit der kürzlich in aller Eile durch den Bundestag beschlossenen Verlängerung der Kündigungsregelungen des Einigungsvertrages bis zum 31.12.1993 sind die nächsten Entlassungswellen bereits vorprogrammiert.

3. „Evaluierungen“ im Hochschulbereich verbunden mit „Neubewerbungen“ von international anerkannten Wissenschaftlern für ihre bisherigen Arbeitsplätze. Dazu kommt die gezielte Minderung des Qualifikationsniveaus ganzer Personengruppen durch Nicht- oder Teilerkennung von Berufsabschlüssen oder Ausbildungen an Hoch- oder Fachschulen bzw. durch diskriminierende Verfahren der Neuanerkennung der Qualifikation.

4. Soziale Diskriminierungen mit politisch motivierten Manipulationen der Berechnungsgrundlagen für die Beschäftigungsdauer. Im öffentlichen Dienst wird den Angestellten nahegelegt, Arbeitsverhältnisse, bei denen eine „Vermutung der Systemnähe“ besteht, gar nicht erst als Berechnungszeitraum anzugeben.

Die Nichtanerkennung von Arbeitsleistungen gipfelt darin, daß große Berufsgruppen trotz jahre- oder jahrzehntelanger Berufspraxis den Berufsanfängern der Alt-BRD gleichgestellt werden.

Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß DDR-Bürger, die ihre Funktion und Ämter mißbraucht, gegen die Gesetzlichkeit der DDR verstoßen und damit grundlegende Menschenrechte verletzt haben, aus diesen Funktionen entfernt und bei entsprechenden Voraussetzungen auch bestraft werden.

Die Grundlage dafür können jedoch nur Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen sein, in denen der Mensch und sein Verhalten im Mittelpunkt stehen und eine reale Schuld nachgewiesen werden muß (Einzelfallprüfung).

Gegen diese Grundsätze wird jedoch massenhaft verstoßen. In den neuen Bundesländern existieren in unterschiedlichen Formen „schwarze Listen“, in denen Parteien, Organisationen (bis zu Kulturbund, Kleingärtnerverband, Handwerkskammer), Bildungseinrichtungen, Staatsorgane oder Funktionen aufgelistet sind, bei deren Auftreten in den Biographien ehemaliger DDR-Bürger die Diskriminierung rechtsstaatlich genehmigt bzw. gefördert wird.

Während der Bundesinnenminister in seinem Erlaß vom September 1990 noch die Einzelfallprüfung als eine Grundlage von Entscheidungen empfohlen hatte, ging die Praxis in den neuen Bundesländern von Anfang an über diese Empfehlung hinweg.

Bereits heute sind Rückwirkungen der

in Ostdeutschland erprobten, modifizierten Praktiken der Berufsverbote auf die alten Bundesländer offensichtlich. Bayern werden die „Regelanfragen“ den Verfassungsschutz bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst bereits jetzt durch umfangreiche Personalfragebögen mit den hinreichend bekannten inquisitorischen Fragestellungen abgelöst. Auch in Hamburg wurden erste Versuche mit diesen Personalfragebögen bekannt.

Ebenso wie die Berufsverbotepraxis in den alten Bundesländern sind die hier dargestellten komplexen Diskriminierungen von Teilen der DDR-Bevölkerung eindeutige Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950, den Erklärungen und Verträgen der KSZE und anderen internationalen Rechtsnormen sowie im Grundgesetz der BRD festgelegt sind.

Seit 1985 steht die Bundesrepublik unter ständiger Kritik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wegen Verletzungen der Konvention III der ILO, die die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf aus Gründen der politischen Anschauungen verbietet. Bisher hat die Bundesregierung dazu noch keine eindeutige Stellung bezogen.

Es muß heute erneut zum Prüfstein gemacht werden, wie die Regierung des neuen Deutschland mit der Tatsache umgeht, daß ein internationales Gremium die Einstellung der Praktiken politischer Diskriminierung dieses Staates verlangt, weil sie dem Völkerrecht widersprechen.

Die KSZE-Konferenzen in Paris, Kopenhagen, Moskau und Helsinki haben die ungeteilten und einheitlichen Menschenrechte als einen grundlegenden Baustein der internationalen Beziehungen, als Maßstab für die europäische Entwicklung herausgearbeitet. Die Berufsverbote in Deutschland widersprechen dem Trend zu einem neuen Europa, sie finden bei dem gewachsenen politischen-ökonomischen und militärischen Gewicht des vereinigten Deutschland zunehmend größere und kritische Aufmerksamkeit in Europa und der ganzen Welt. Öffentlicher Dienst und Beamtentum in Europa nach den Kriterien und Vorgehensweisen der Bundesrepublik? — Hier kommen berechnete Sorgen unserer europäischen Nachbarn zum Ausdruck.

Es gibt zahlreiche Erfahrungen in den alten und neuen Bundesländern, daß ein wirksamer Widerstand gegen die rechtswidrige und verfassungsfeindliche Praxis der Berufsverbote möglich und sinnvoll ist. Das betrifft sowohl die konsequente Ausnutzung des Rechtsweges, möglichst mit Hilfe der Gewerkschaften, als auch verschiedene Formen des politischen Widerstandes in der Öffentlichkeit. In mehreren Bundesländern haben sich Initiativen gebildet, die den Kampf gegen die Berufsverbote unterstützen und koordinieren.

Diese Initiativen schlagen vor, auf einem Internationalen Hearing — „Die Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“ am 16. und 17. Januar 1993 in Berlin — aktuelle Erfahrungen und Aufgaben des Widerstandes gegen die neuen Berufsverbotspraktiken zusammenzufassen, neue Aktivitäten auszulösen und gemeinsam mit Vertretern internationaler Gremien und europäischer Initiativen des Kampfes gegen die Berufsverbote in Deutschland die internationale Solidarität zu verstärken.

Alle Opfer von Berufsverboten sind aufgerufen, das Hearing durch ihre Teilnahme oder durch die Bereitstellung von Dokumentationen über ihre Schicksale zu unterstützen.

Wir appellieren an Politiker, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Kulturschaffende, das Anliegen des Hearings aufzugreifen, geeignete Initiativen auszulösen und durch Beiträge das Internationale Hearing zu bereichern. — (E.E.)

Der Beitrag wurde mit Genehmigung des Autors gekürzt, im wesentlichen wurden die Teile weggelassen, die die Berufsverbotepraxis in der alten BRD darlegten.



Die Haushaltskürzungen des Berliner Senats für die Hochschulen führen zu Engpässen insbesondere in der Lehre. Mit Kündigungen u.ä. versuchen Studenten, noch Gelder für Lehraufträge, die Pflichtveranstaltungen decken, zu erhalten. Als Feigenblatt dient dem Senat, daß er eigenmächtig Zulassungsbeschränkungen verordnet hat. Z.B. senkte er an der Technischen Universität (TUB) die Zulassung für den Architekturstudiengang von 350 auf 240 Studenten. Gegen diese NC-Verordnung klagen die Studenten mit Erfolg vor dem Verwaltungsgericht. Folge: die Universität hat weniger Geld und mehr Studenten. Bild: Hochschullehrer der TUB versuchen während des letzten studentischen Streiks, „mit Gewalt“ zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. — (har)



# Eine DDR reicht nicht zur Erklärung der Erblasten

Als Ablenkungsmanöver bezeichnete das MdB Dr. Barbara Höll (Gruppe PDS-Linke Liste) in der jüngsten Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages die Versuche der Bundesregierung und ihres Finanzministers, mit der sogenannten Erblastdebatte über eigenes Verschulden und Versagen hinwegzutäuschen. Diese Strategie, so Frau Dr. Höll, setze auf einen „kollektiven Gedächtnisschwund der Bevölkerung“. Klar sei: sogenannte Erblasten würden konstruiert, um noch nicht näher definierten Steuererhöhungen den Anschein einer logischen Begründung zu geben.

Im weiteren Verlauf ihrer Rede rechnete die in Sachsen gewählte Abgeordnete den Parlamentariern vor, daß Inlands- und Auslandsverschuldung der früheren DDR zusammen umgerechnet rund 84 Milliarden DM betrug. „Alle anderen Milliardenbeträge“, so Frau Höll, „seien der tatsächlich sehr hohe Preis, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Politik der schnellen Wirtschafts- und Währungsunion zahlen müssen.“ Eine DDR reiche also bei weitem nicht aus, den Schuldenberg plausibel zu erklären.

Ausführlich setzte sich die Rednerin mit dem Scheinargument auseinander,

„dramatisch gestiegene Lohnkosten“ in Ostdeutschland hielten angeblich potentielle Investoren zurück.

Darüberhinaus verwies sie eindringlich darauf, daß es nicht funktionieren könne, wenn der Osten aus dem Westen zwar das gesamte Preissystem und -gefüge importiere, nicht jedoch den Preis für die „Ware Arbeitskraft“. Nach ihrer Auffassung würde die schnelle Lohnangleichung Kaufkraft schaffen und regionale Wirtschaftskreisläufe in Bewegung setzen und beleben. Unter Hinweis auf einen entsprechenden Antrag ihrer Bundestagsgruppe forderte sie neuerlich eine strukturelle Verankerung der Investitionsförderung vor Ort. Völlig unakzeptabel sei die Lesart der Regierung, die Ausgaben des Bundes für die ostdeutschen Länder unentwegt zu ver selbständigen und so die Steuereinnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Ost-Länder sowie die einigungsbedingten Steuereinnahmen in den Alt-Bundesländern völlig außer acht zu lassen. Immerhin sei ein Drittel des realen Wachstums der westdeutschen Wirtschaft auf den Nachfragesog aus der Ex-DDR zurückzuführen — obwohl dort lediglich ein Fünftel der Bevölkerung der BRD lebe. Wir dokumentieren aus der Rede. — (sta)

neut beantragt, daß der Bund den neuen Ländern die zum Aufbau dringend benötigten Finanzmittel bereitstellt. Unser schon einmal von Koalition und SPD abgelehnter Antrag, die bisher im Rahmen des Programms Aufschwung Ost ostdeutschen Kommunen zur Verfügung gestellte Investitionspauschale in Höhe von 5,3 Milliarden DM auch 1993 bereitzustellen, liegt vor.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Chemnitzer Erklärung der Kämmerer der kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen vom 30. Oktober 1992, in der u. a. die Fortsetzung des Programms Aufschwung Ost und die mittelfristige Festlegung einer kommunalen Investitionspauschale gefordert werden; dies ist übrigens auch eine notwendige Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung in der derzeitigen Lage.

Wir vermissen von der Bundesregierung eine klare Antwort auf die Frage, ob es zutrifft, daß nur der Kapitaldienst aus 50 % der Schulden des Kreditabwicklungsfonds und der Treuhandanstalt auf alle Bundesländer verteilt werden soll. Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, daß nur die neuen Länder ab 1994/95 für die Schulden geradestehen müssen? Nicht nur die PDS/Linke Liste kritisiert die durch die Aufsplitterung der öffentlichen Ausgaben und Verbindlichkeiten hervorgerufene erschwerte Gesamtschau und Budgettransparenz der öffentlichen Finanzen,

insbesondere der Schulden. Nach Herrn Waigel werden sich 1993 die Ausgaben des Bundes für Ostdeutschland auf einen Gesamtbetrag von 91,9 Milliarden DM summieren. Bei dieser Rechnung werden die Steuereinnahmen des Bundes auf dem Gebiet der östlichen Länder sowie die einigungsbedingten Steuereinnahmen auf dem Gebiet der westlichen Länder völlig außer acht gelassen. Ein Drittel des realen Wachstums der westdeutschen Wirtschaft ging auf den Nachfragesog aus der ehemaligen DDR zurück, obwohl dort nur knapp ein Fünftel der Bevölkerung lebt.

Auch der kurz- bis mittelfristig mögliche Abbau der bisherigen teilungsbedingten Lasten muß gegengerechnet werden, die im Bundeshaushalt 1990 rund 27 Milliarden DM betrugen. Nach Auskunft der Bundesregierung wurden bereits im Haushalt 1991 mit dem Wegfall der Ausgaben für den Reise- und Devisenfonds, die Transitzuschüsse, den Häftlingsfreikauf, den Besucherreiseverkehr und die Hilfen für Aussiedler Einsparungen von rund 4,5 Milliarden DM realisiert. 1992 führten einigungsbedingte Steuereinnahmen im Westen, Einsparungen durch den Abbau teilungsbedingter Ausgaben und Steuermehreinnahmen des Bundes aus Ostdeutschland beim Bund zu Haushaltsentlastungen in einer Gesamthöhe von 50 bis 55 Milliarden DM. Das darf man doch wohl nicht unterschlagen.

Die Bundesbank schätzt 1992 die zu erwartenden Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland auf 41 Milliarden DM. Der im Juni 1991 beschlossene schrittweise Abbau des Berlinförderungsgesetzes und des Zonenrandförderungsgesetzes beschert dem Bund 1992 noch einmal Steuermehreinnahmen von rund 2,3 Milliarden

DM, im kommenden Jahr 3,4 Milliarden DM und im Haushaltsjahr 1994 4,7 Milliarden DM. Für die Jahre 1995 und 1996 unterstellt die Bundesregierung allen Gebietskörperschaften aus diesen Gesetzesänderungen resultierende Steuermehreinnahmen in einer Größenordnung von 12,5 bis 14 Milliarden DM.

Den sogenannten einigungsbedingten Ausgaben müssen auch im kommenden Jahr die einigungsbedingten Einnahmen und Ausgabenentlastungen gegengerechnet werden. Nach einer Modellrechnung des sächsischen Finanzministers, Herrn Professor Dr. Milbradt von der CDU, werden dem Bund 1993 in den neuen Ländern einigungsbedingte Steuereinnahmen in Höhe von 42 Milliarden DM zufließen. Das Bundesministerium der Finanzen erwartet außerdem für 1993 als Rückflüsse bezeichnete ostdeutsche Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Höhe von 47 Milliarden DM.

Die PDS/Linke Liste erinnert daran, daß die Vereinigung der bundesdeutschen Wirtschaft einen Boom bescherte, der ihr über die weltweit einsetzende Wirtschaftskrise hinweghalf. So wuchs das gesamte Geldvermögen — das wurde hier schon mehrfach gesagt — der westdeutschen Produktionsunternehmen um 1,67 Billionen DM. Ebenfalls haben die Banken einen zusätzlichen Gewinn.

Die PDS/Linke Liste schlägt zumindest eine Anleihe mit Zeichnungspflicht für die Banken vor und meint, daß die zehn Vorschläge, die in der ersten Runde der Haushaltsdebatte von uns gemacht wurden, bedenkenswert sind und auch von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen werden sollten.

aus: PDS-informationsdienst Nr. 24 v. 3. 12. 92

## Wer ständig über Ausgaben barmt, muß auch über Mehreinnahmen reden

Bereits vor einem halben Jahr plante die Bundesregierung Steuererhöhungen für den Fall, daß die westlichen Bundesländer die vom Finanzminister vorgegebene unrealistische Begrenzung des Ausgabenwachstums nicht einhalten würden. Jetzt werden sogenannte Erblasten konstruiert, um noch nicht näher definierten Steuererhöhungen den Anschein einer logischen Begründung zu geben. Die Strategie scheint klar zu sein. Alle, die Steuererhöhungen und Sozialabbau mit diesem Argument begründen, setzen offensichtlich auf einen kollektiven Gedächtnisschwund der Bevölkerung.

Diese sogenannte Erblastdebatte soll vom Verschulden und vom Versagen der Bundesregierung und ihres Finanzministers ablenken. Die zahlreichen Neben- und Schattenhaushalte sind ja keine Erfindungen jüngerer Datums. Belegbar sind abwiegelnde und beruhigende Äußerungen aus dem Hause Waigel zu möglichen Haushaltsrisiken.

Nur der geringste Teil der jetzt von Herrn Waigel aus dem Hut gezauberten Rechnung über 400 Milliarden DM könnte überhaupt als DDR-Erblast bezeichnet werden. Ich möchte Ihnen das gern noch einmal vorrechnen. Die Inlandsverschuldung der DDR, die Teil des Kreditabwicklungsfonds geworden ist, betrug am 3. Oktober 1990 rund 28 Milliarden DM. Diese Zahl wurde jüngst vom nordrhein-westfälischen Finanzminister Schleußer noch einmal bestätigt. Die Auslandsschulden der DDR betrugen per 31. Mai 1990 umgerechnet 55,6 Milliarden DM. Alle anderen Milliardenbeträge sind der hohe Preis — das muß man wiederholen — der tatsächlich sehr hohe Preis, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Politik der schnellen Wirtschafts- und Währungsunion zahlen müssen.

Zur Treuhandbilanz an dieser Stelle

nur so viel: Wer wie diese Bundesregierung unter — leider — aktiver Unterstützung der SPD die volkseigenen Betriebe und Kombinate über Nacht dem wesentlich höheren Produktivitätsniveau der Bundesrepublik ausgesetzt hat, der darf sich nicht wundern, wenn Produktivität, Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der ostdeutschen Betriebe auf der Strecke geblieben sind.

Die Bundesrepublik krankt jedoch an ganz anderen Erblasten. Die öffentlichen Haushalte werden bis 1996 einen Schuldenberg von 2,2 Billionen DM aufgetürmt haben. Fazit: Eine DDR reicht nicht aus, um die Restsumme von 1,8 Billionen DM aus der Nicht-DDR-Erbmasse zu erklären. Vergessen Sie bitte hierbei auch nicht, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR mit dem 3. Oktober 1990 die Schulden der Bundesrepublik übernommen hatten.

Über alle Medien wird das Gerücht verbreitet, in Ostdeutschland hielten die angeblich dramatisch gestiegenen Lohnkosten potentielle Investoren zurück. Mit diesem Scheinargument stützen sich nicht mehr nur regierungsnahe Kreise, sondern leider auch andere, bis hin zu SPD und den Gewerkschaften, Versuche, Tarifverträge auszuhebeln und Öffnungsklauseln durchzusetzen. Die Wahrheit ist: Während der Abzug an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei den Löhnen mit 32,5 % ein Rekordniveau erreicht hat, ist die Belastung der Unternehmen mit direkten Steuern durchschnittlich auf 21,2 % gesunken und damit nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes des DGB so niedrig wie noch nie seit 1980.

Die PDS/Linke Liste unterstützt Forderungen nach einer stärkeren strukturellen Verankerung der Investitionsförderung vor Ort. Wir haben er-

## Was ist mit der Landwirtschaft in Ostdeutschland?

Der Sommer mit seiner außerordentlichen Dürre brachte den Bauern im Lande Brandenburg Nettoertragsausfälle in Höhe von 950 Millionen DM. Weil die bisherige Politik nicht die Bedingungen der Landwirtschaft in Ostdeutschland berücksichtigte, spitzen sich jetzt eine Reihe Probleme dramatisch zu. Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion mit Flächenstilllegungen, Reglementierung der Produktion durch Erzeugerquoten und Kapitalmangel der Betriebe erweisen sich als echte Hemmnisse für die Verbesserung der schwierigen Lage der Bauern. Trotz mehrmaliger Versprechungen durch die Bundes- und Landesregierungen wurde den brandenburgischen Bauern noch keine umfassende Katastrophenhilfe zuteil. Bisher wurden lediglich 160 Millionen DM (das sind 17 % der errechneten Schäden) den Bauern zur Verfügung gestellt.

Wie überall in der ostdeutschen Landwirtschaft bleiben Grundfragen ungeklärt.

Im Osten Deutschlands sind Strukturen entstanden, die sich deutlich von denen in den alten Bundesländern unterscheiden. Hauptproduzenten sind und bleiben Genossenschaften und Kapitalgesellschaften unterschiedlichen Charakters. Sie bewirtschaften drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche und erzeugen vier Fünftel der tierischen Produkte. Ihre durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei über 1250 Hektar. Rund 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden durch meist hochspezialisierte Familienbetriebe im Haupterwerb, die bereits heute die 4,2-fache Flächenausstattung des durchschnittlichen Haupterwerbsbetriebes-West haben, genutzt. Von den Voraussetzungen betrachtet, kann in Ostdeutschland die zweifelslos modernere Landwirtschaft entstehen, was nicht ohne Auswirkungen auf den Strukturwandel im Westen bleiben wird.

Aber größere Landwirtschaftsbetriebe in den Rechtsformen der neuen Bundesländer haben große Schwierigkeiten, sich im Agrarsystem der BRD und der EG zu behaupten. Die Lage ist auch dadurch gekennzeichnet, daß z. B. in Brandenburg drei Viertel aller in der Landwirtschaft Beschäftigten, das sind 110000 Bauern, ihren Arbeitsplatz verloren haben. Nach der Währungsunion brach der Absatz von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen zusammen. Westdeutsche und ausländische Handelsketten und Lebensmittel-

konzerne organisierten eine bewußte Verdrängung ostdeutscher Produkte vom Markt. Es wird geschätzt, daß im Jahr nach der Währungsunion 14 Milliarden Nettowertschöpfung verlorengegangen sind. Die Bauern standen der neuen Agrarverfassung hilflos gegenüber, mit deren Auswirkungen sie allein gelassen wurden. Nach Einschätzung von Experten ist der konservative Versuch der Übertragung des westdeutschen Agrarmodells auf die ostdeutschen Länder gescheitert. Auf lange Zeit hin wird sich die deutsche Landwirtschaft zweigeteilt entwickeln. Die Existenz der Bauern als einer sozialen Schicht ist in Frage gestellt. Für die weggebrochenen Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft sind nicht annähernd ausreichend neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Für viele Arbeitslose und Altersübergangsgeldempfänger spitzt sich die persönliche und soziale Lage weiter zu.

Es fehlen die Alternativen: Durchgeführte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden schlecht organisiert. Es fehlt ihnen die Zielgenauigkeit. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze kommen dabei nicht heraus. Der ländliche Raum gilt als perspektivlos. Das von der Regierung in Potsdam erarbeitete Existenzsicherungsprogramm kommt zu spät. Die Forderung, den dürrgeschädigten Bauern im Lande Brandenburg mit den Bauern in Portugal und Spanien, die Ausgleichszahlungen für Weterschäden erhalten, gleichzusetzen, wird abgelehnt. Die Regierung Brandenburgs tut sich schwer bei der Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes, der den existenzbedrohten Bauern eine Sofortfinanzhilfe verschaffen könnte. Es wurde versäumt, eine Zusammenfassung von nicht benötigten Fördermitteln aus anderen Ministerien des Landes für die Landwirtschaft zu organisieren. Gewartet wird auf Vorgaben des Bundes. Von dorthin ist jedoch bislang — außer schönen Worten — nichts zu hören.

Mehr als eine Ungleichbehandlung der Bauern im Lande Brandenburg ist vorerst nicht herausgekommen. Die rücksichtslose Einordnung unter die EG-Bedingungen belastet die Betriebe. Es wurden Bedingungen geschaffen, die den ostdeutschen Bauern offenkundig benachteiligen (z. B. Bauern, die über 30000 kg Rindfleisch produzieren, bekommen keine Prämien).

Gegen den Bauern gerichtet ist die Politik der Treuhandanstalt in der Landwirtschaft. Die Treuhandanstalt verzö-

gert den Abschluß von Pachtverträgen bzw. schließt perspektivlose Einjahrespachtverträge ab. Forderungen nach Übergabe der ehemals volkseigenen Flächen in Landes- bzw. Kommuneigentum und deren langfristige Verpachtung werden überhört. Dagegen mehrten sich Versuche und Praktiken zur Aushöhlung der Bodenreform und der damit beabsichtigten Restauration altpreußischer Besitzverhältnisse. Bodeneigentum wird wieder zur Grundlage der Erlangung von Eigentum ohne eigene Arbeitsleistung.

In Brandenburg würden 13 Milliarden DM Wertumfang an Grund und Boden ein eigenes Bodenbewirtschaftungsprogramm rechtfertigen. Zur Sicherung der Landwirtschaft müßte Ostdeutschland zum dürrgeschädigten Katastrophengebiet erklärt und die Chancengleichheit gemäß dem Grundstücksübertragungsgesetz gewährt werden. Gegen die Praktiken der Treuhand muß die Möglichkeit der zwölfjährigen Verpachtung von Ackerflächen, für die kein Rückgabeanpruch gestellt wurde, an Nachfolgeunternehmen und Wiedereinrichter durchgesetzt werden.

Von gleicher Bedeutung ist die Entlastung von Altschulden. Viele landwirtschaftliche Betriebe durchleben eine Existenzkrise, ihre Liquiditäts- und Vermögenslage ist äußerst schlecht. In vielen Fällen ist die Zahlungsunfähigkeit unabwendbar. Jedoch werden Anträge zur Altschuldenentlastung nur sehr vereinzelt und schleppend realisiert. Unterzeichnen solche Betriebe nicht die Rahmenrücktrittsvereinbarungen — auf deutsch: erklären sie nicht ihren finanziellen Bankrott — erhalten sie keine neuen Kredite.

Altschulden sind eine Fehlbewertung der Währungsumstellung. Anlagevermögen als Grundmittel, Gebäude und Tiere stellen einen ausreichenden Wert dar, um den Bauern Überbrückungskredite einzuräumen.

Die ostdeutsche Landwirtschaft durchlebt eine tiefe Krise. Ostdeutschland ist als landwirtschaftlicher Produktionsstandort in Frage gestellt. Der marktwirtschaftliche Selbstlauf, d. h. der Expansionsdrang der westdeutschen Konzerne und Handelsketten, hat sich verheerend in Ostdeutschland ausgewirkt. Es besteht die reale Gefahr, daß Ostdeutschland seine eigene Produktionsbasis zur Versorgung mit Nahrungsmitteln verliert.

Quelle: Disput Nr. 22, Nov. 1992; PDS/Linke Liste im Bundestag, Nr. 6, Okt. 1992 — (abe)

Der CDU-Abgeordnete Pützhofer, „Kennedy vom Niederrhein“ gegen Johannes Rau ins Rennen gegangen und ebenso gnadenlos gescheitert wie als Oberbürgermeister von Krefeld, dieser Dieter Pützhofer hat Anfang November vor dem Deutschen Bundestag mit rheinischer Eloquenz und zwingender Logik eines der größten Rätsel seit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dieter Pützhofer zu lösen versucht. Er hat versucht, die Frage zu beantworten, wer uns diese „immensen Erblasten aus der SED-Zeit“ hinterlassen hat. Und — er hat sie beantwortet, so nämlich: „Und das, Frau Dr. Höll, ist Ihr Mist, den wir heute beseitigen müssen.“

Ein Blick in das Handbuch des Deutschen Bundestages und ein weiterer in die Vorlage des Finanzministeriums

erhellen, warum der Herr Pützhofer die Erblasten zu seinem Steckenpferd gemacht hat: Herr Pützhofer ist nämlich Aufsichtsratsvorsitzender der Wibera Wirtschaftsberatungsgesellschaft in Düsseldorf, die mit der Erstellung eines umfangreichen Gutachtens zur Fachaufsicht der Treuhandanstalt, und zwar mit Detailuntersuchungen zu Sanierungskonzepten, beauftragt ist. Die Wibera befindet sich zu 49 % im Besitz der Treuarbeit, die ihrerseits ihre Kassen ebenfalls mit Geld aus gutachterlicher Tätigkeit im Zusammenhang mit der Treuhand füllt.

Während also der Abgeordnete Pützhofer im Bundestag über Erblasten wettort, profitiert das Unternehmen, dessen Aufsichtsrat der Pützhofer vorsitzt, von der Existenz der Treuhandanstalt und ihres Defizits.

Sauber, kann ich da nur noch sagen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung auf dem Gewerkschaftstag wurde hauptsächlich anhand des Geschäftsberichts geführt. Zum in der Presse breit behandelten „Strategieprozess“ wurde häufig die Befürchtung geäußert, HBV könne in Zukunft die Gewerkschaft der „Yuppies“ werden. Diese Kritik kam naturgemäß hauptsächlich von Delegierten aus dem Einzel- und Großhandel. Die Diskussion aber wurde letztendlich nicht zu Ende geführt, denn die Anträge aus dem Bereich Tarifpolitik konnten mangels Zeit überhaupt nicht mehr behandelt werden. Somit wurden wichtige Fragen nicht entschieden.

Eindeutig ein Schwerpunkt der Diskussion war die Auseinandersetzung um Rassismus, Faschismus und weltweiten Einsatz der Bundeswehr. Mehrere Initiativanträge befaßten sich damit. Sehr engagiert und emotional wurde die Diskussion, als in einem Antrag gefordert wurde, noch vor Weihnachten 10-minütige Warnstreiks gegen Ausländerfeindlichkeit durchzuführen. Die Antragskommission empfahl den Antrag folgendermaßen abgeändert zur Annahme: „HBV wird auf die DGB-Gewerkschaften einwirken, zu bundesweiten 10-minütigen Protestaktionen während der Arbeitszeit gegen Rechtsterrorismus,

## Vom Gewerkschaftstag der HBV 1992 Beachtlich: Rassismuskonzeption

Nationalismus und Rassismus/Antisemitismus, zur Verteidigung von Artikel 16 und aller demokratischen Grundrechte aufzurufen“.

Im Verlauf der Diskussion protestierte ein Delegierter, selbst Opfer des Naziregimes, mit dem Ruf: „Ich und sehr viele Juden können damit nicht leben. Wir sehen, daß die Deutschen wieder so feige sind wie damals. Man muß auch etwas wagen, wenn man dabei was verliert, wenn man ein Zeichen gibt. Ihr seid feige!“ Nach minutenlangem Stille sprach ein Delegierter aus, was wohl den realen Verhältnissen in den Betrieben entspricht. Er erklärte, daß er diesen Vorwurf nicht von sich weisen könne, daß er sich oft zurückhalte, weil er befürchte, die Auseinandersetzung nicht durchhalten zu können.

Die Empfehlung der Antragskommission wurde angenommen — der Antrag und der Zwischenruf des Delegierten hat aber dafür gesorgt, daß die Anträge ge-

gen Rassismus, Rechtsradikalismus nicht einfach abgenickt wurden und nachher in den Betrieben nichts geschieht. Am nächsten Tag erklärte die Delegation aus Baden-Württemberg, daß sie alles daran setzen wird in den Betrieben den Widerstand aufzubauen. Dies entsprach der Stimmung der Mehrheit der Delegierten nach der vorangegangenen Diskussion.

Ein Antrag ging an den SPD-Bundesparteitag, mit der Forderung, keine Änderung des Grundgesetzes zu beschließen. In einem weiteren Antrag wird die Beibehaltung der Artikel 26 und 87/2 des Grundgesetzes (Einsatz Bundeswehr) gefordert, dieser Antrag wurde ergänzt mit der Forderung, daß die Bereitstellung von Logistik bei Kampfeinsätzen außerhalb des NATO-Gebietes unterbunden werden muß. Alle Anträge zu diesem Themenbereich sind von den Delegierten mit großer Mehrheit angenommen worden.

### Solidarpakt-Illusionen: Für „umfassende“ Solidarität

Der neue und alte Vorsitzende der HBV, Lorenz Schwegler, sprach sich in seinem Grundsatzreferat am 4.11.92 auf dem Gewerkschaftstag ausdrücklich für einen Solidarpakt aus. Die bürgerliche Presse griff dies gierig auf. Kritisch zu bewerten sind Schweglers Äußerungen allerdings. Er sagte:

„Wir beteiligen uns nur an sinnvollem Tun und an erfolgversprechenden Aktionen. ... Zu einer Besteuerung nach wirtschaftlicher Kraft muß ein Arbeitsmarktbeitrag kommen, und zwar auch von den Beamten und den Selbständigen und nicht nur von den Arbeitnehmern. ... Wenn unsere Anforderungen allerdings erfüllt sind, sollten wir uns einer Mitwirkung bei der Finanzierung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit nicht versagen. ... Im europäischen und internationalen Maßstab hat die westdeutsche Wirtschaft 1990 und 1991 parallel zum Niedergang der Ostindustrie eine massive Sonderkonjunktur erlebt. ... Hier gab es viele Gewinner. Sie alle sollten sich beteiligen, zuerst und vor allem die Unternehmen, dann — über zusätzliche Steuerquellen — die öffentlichen Kassen.“

Man muß ja bedenken, daß die zusätzlichen Einkünfte zu zusätzlichen Steuern geführt haben. ... Ehrlich sein heißt auch anzuerkennen, daß ohne die deutsche Einheit die Verteilungsspielräume ... auch bei uns etwas niedriger ausgefallen wären. ... Man sollte sich überlegen, ob dieser Ertrag in geeigneten, sozial gerechten Formen ein Teil sein kann, um Solidarität von Arbeitnehmern in Deutschland unter geeigneten Voraussetzungen zu praktizieren.“

Soweit Schwegler. Für ihn gibt es „viele Gewinner“. Nämlich auch die Arbeitnehmer im Westen. Hierin liegt das Fatale. Er differenziert nicht und stellt nicht klar, daß jedenfalls mit „Ge-

winnern“ nicht die vielen Beschäftigten im Handel — und hier insbesondere nicht die Frauen — gemeint sein können. Und wodurch soll es zu den von ihm genannten „geeigneten Voraussetzungen“ kommen? Wenn er trotzdem dazu auffordert: „Das dürfen wir allerdings nicht irgendwann, nicht erst in drei Jahren tun, sondern wir müssen es bald tun, denn wir brauchen jetzt Geld für die Sanierung des Ostens“ ist dies zumindest fahrlässig.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages haben einem Initiativantrag zugestimmt, in welchem ein Szenario über Vorstellungen zu einem Solidarpakt entwickelt werden. Die „Vision einer sozialen und solidarischen Demokratie“. Zugegeben: Inhaltlich sind darin einige gefährliche Formulierungen, an denen Schwegler anknüpft. Zum Beispiel folgende: „Die Bestandteile dieses Solidarpaktes müssen den sozialen und wirtschaftlichen Standort Deutschland sichern. Deutschland muß sozial gestaltet, die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Politik wiederhergestellt werden. Der Solidarpakt muß zugleich die verfehlte Wirtschaftspolitik korrigieren und die Grundlagen für eine soziale Gestaltung der Zukunft sichern.“ Dies kommt wohl aus der Sozialdemokratie.

Im Fortgang des Antrages aber werden wichtige — teilweise programmatische — Gesichtspunkte entwickelt. Und unmißverständlich wird klargestellt: „Wer mit Öffnungsklauseln zur Ausweitung der Tarifautonomie beiträgt, wer ständig die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angreift, verstößt gegen den Grundgedanken von Solidarität und macht einen Solidarpakt unmöglich.“

Da die Delegierten bei der Beratung des fünfseitigen Antrages unter Zeitdruck standen, führten problematische Formulierungen wohl nicht zur Diskussion.

Quellenhinweis: Protokolle und Anträge, Gewerkschaftstag der HBV vom 2.-5.11.92 in Mainz. — (dar, kak)



Probleme des Tarifkampfes konnte der HBV-Gewerkschaftstag aus Zeitgründen kaum behandeln.

Mit einem politischen Paukenschlag lenkte der 2.o. Gewerkschaftstag der IG Medien die Aufmerksamkeit auf sich. Er fordert in einem Initiativantrag die Abberufung des DGB-Vorsitzenden H.-W. Meyer. Der Gewerkschaftstag führte ausführliche politische Diskussionen; er mußte einen Generationswechsel im Vorstand bewältigen; wichtige Satzungsfragen waren zu entscheiden; 461 Anträge waren gestellt. Die Woche in Augsburg reichte für das alles nicht aus; der Gewerkschaftstag wird Mitte Dezember fortgesetzt. Viele Delegierte waren damit sehr unzufrieden.

### „Kein Meyer! Keine Kampfeinsätze!“

Dies Transparent hielten Delegierte dem DGB-Vorsitzenden Meyer entgegen. Er hatte in seiner Rede bei der Eröffnung des Gewerkschaftstags seine Position zu Bundeswehreinsätzen bekräftigt: „Ein falsches Signal wäre es, Vorschriften einfach abschaffen zu wollen, die den Einsatz der Bundeswehr begrenzen. (Aber) die Bundesrepublik wird nicht absteilen stehen können, wenn die UNO Kontingente zusammenstellen würde und dazu auch deutsche Soldaten heranziehen wollte. Blauhelm-Einsätzen und friedensbewahrenden Einsätzen von UNO-Kontingenten wird sich die Bundesrepublik nicht entziehen können.“ Dies löste heftige Kritik aus: „Wie nah oder wie fern steht der Kollege Meyer der Studie des Bundesverteidigungsministeriums vom 20. Januar dieses Jahres, in der als deutsche Sicherheitsinteressen die ‚Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Zugang zu strategischen Rohstoffen‘ definiert werden?“ Im Initiativantrag von 180 Delegierten heißt es, die Aussage Meyers stehe „in Gegensatz zu allen bestehenden Beschlüssen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften“. W. Pfennig, neu im Geschäftsführenden Hauptvorstand, schlug vergeblich eine politische Stellungnahme des Gewerkschaftstags gegen die Äußerungen Meyers vor: „Mit einem Antrag auf ein Amtsenthebungsverfahren isolieren wir uns, ...

## Gewerkschaftstag der IG Medien Suche nach politischer Orientierung

weil über die Inhalte überhaupt nicht mehr gesprochen wird.“

### Keine Änderung des Art. 16 Grundgesetz

Lew Kopelew hielt eine Rede gegen Ausländerfeindlichkeit. Der SPD-Parteivorsitzende Engholm warb für seine Asylpolitik: „Die Akzeptanz in Deutschland, mit Ausländern zu leben, ... nimmt erkennbar mit der wachsenden Zahl derjenigen ab, die zu uns kommen.“ Und verknüpfte das mit dem Sozialabbau: „Das heißt, jede Mark, die ich mehr ausgeben will (für Asylbewerber, d. Verf.) ... muß irgendwo an anderer Stelle eingespart werden.“ Denn: „Diese Wirtschaft, angesichts ihrer Aufgabe des Aufbaus Ost, ist nicht mehr beliebig belastbar.“ Neunzig Delegierte (viele SPD-Mitglieder) übergaben Engholm eine Resolution: „Weg mit den Petersberger Empfehlungen — Keine Änderung des Grundgesetzes, Art. 16 — Bekämpfung der Asylursachen, nicht der Asylbewerber — Keine deutschen Soldaten ins Ausland — Krieg verhindern, nicht Elend verwalten“.

### Solidarpakt oder Gewerkschaftssolidarität?

Prof. Elmar Altvater, der zum Motto des Gewerkschaftstags „Soziale Einheit schaffen, Grenzen überwinden“ sprechen sollte, formulierte sein Thema um in „Solidarpakt in Deutschland oder gewerkschaftliche Solidarität in Europa und in der Welt“. Seine These: „Dadurch, daß auch deutsche Unternehmen weltweit operieren, daß ein internationales Finanzsystem hergestellt worden ist, dadurch, daß die Waren, die hierzulande produziert werden, per Export in alle Welt geschickt werden, dadurch, daß zum Beispiel Importe protektionistisch

verhindert werden, erzeugt man Probleme auf der ganzen Welt ... Darauf könnte man nur reagieren, indem man Versuche unterbreitet und unterstützt, den Sozialstaat zu internationalisieren.“ Altvater postulierte: „Der Sozialpakt in Deutschland ist eine Notwendigkeit, um nicht nur die soziale, sondern auch die politische und ökonomische Einheit hierzulande finanzieren zu können.“ Bloß: „Der Vorschlag zum Sozialpakt wird aber von Seiten der Regierung sogleich mit einer Unterlassung und mit einer Zumutung verbunden“ — nämlich daß keine Vorstellung unterbreitet würde, wie die Gerechtigkeitslücke bei der Finanzierung der sozialen Einheit geschlossen werden könne; und daß der Sozialpakt als politischer Hebel zur Durchsetzung von Öffnungsklauseln für Tarifverträge, Lohndifferenzierung und Lohnsenkung dienen solle. Altvater bietet als Lösung: europäische Sozialunion, ohne die es weder die politische noch die

Währungsunion geben könne. Europäisch will er auch die anderen Weltprobleme lösen: „Ich glaube, man muß sich von der Idee verabschieden, daß man den Sozialstaat nur noch als nationalen Sozialstaat verteidigen kann ... Man wird sich darauf verständigen müssen, daß Internationalisierung von Sozialstaat und Sozialpolitik Transfer bedeutet innerhalb dieses Deutschlands von Westen nach Osten, Transfer aber auch noch darüber hinaus.“

### Tarifpolitik für Demokratie, Emanzipation, Autonomie

Der wichtigste noch verabschiedete Antragskomplex befaßte sich mit der Tarifpolitik. Der Antrag des Hauptvorstands setzt als Schwerpunkte: Einkommen sichern und erhöhen, Durchsetzung von Tarifverträgen in bisher tariflosen Bereichen, v.a. in Ostdeutschland; keine Aussetzung der Tarifangleichung in den

neuen Ländern; kürzere Arbeitszeit und individueller Gestaltungsspielraum; Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und vorzeitiger Ruhestand bei besonderen Belastungen (Schicht- und Nachtarbeit); Neue Technik/Rationalisierungsschutz; Aus- und Weiterbildung; Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Schutz freier Mitarbeit; Frauengleichstellungspolitik; Demokratie und Beteiligung im Betrieb, Einfluß, was und wie es produziert wird. Als Grundsatz solidarischer Tarifpolitik wird gefordert, Entsolidarisierungsprozesse zwischen den Gruppen der Gesellschaft bzw. in der Gewerkschaft zu verhindern. Trotzdem sollen die Schwerpunkte gemeinsamer Interessen gefunden werden. Der Teil des Antrags, der Beteiligung an einem Solidarpakt unter Bedingungen ermöglicht hätte, wurde von den Delegierten gestrichen. Statt dessen wurde ein Antrag beschlossen, der jegliche Neuaufgabe einer konzentrierten Aktion ablehnt. — (ulk)



Die Kapitalisten versuchen, gerade die Zeitungsausträger in tariflose Arbeitsumstände zu zwingen.



# „Nationalismus voran!“

## Zum Programm der Deutsch Nationalen Partei

Der folgende Beitrag wurde von Dieter Strützel, stellv. Landesvorsitzender der PDS Thüringen, auf dem Treffen zum Thema „Das Europa der Rechten — und linker Widerstand“ am 1. 11. in Erfurt gehalten (siehe auch Seite 3).

Die Deutsch Nationale Partei (DNP) handelt es sich um eine Gruppierung in Thüringen um den gerade zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilten Thomas Dienel. Das Kreisgericht Radolstadt sprach ihn schuldig, rassistische Hetzreden gehalten zu haben und zu Gewalt gegen Ausländer und Juden aufzufordern. Da er bereits vorbestraft ist, wurde die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt. Gleichzeitig beantragte Innenminister Seifers ein Verfahren nach Artikel 18 Grundgesetz auf Aberkennung der Grundrechte gegen Dienel und Heinz Reiß (hessischer Landesvorsitzender der „Gesinnungsgemeinschaft Neue Front“). Die beiden Rechtsextrem-

Herausforderung unserer Zeit“ stellt, vorrangig Schluß mit der „politischen volksfeindlichen Justiz der BRD“ gefordert. Die „verräterischen Helfershelfer der Unterdrücker des deutschen Volkes in den Roben“ werden ausdrücklich mit der politischen Justiz in der DDR, der die Mitteldeutsche Revolution den Kehr aus gemacht habe, gleichgesetzt, ebenso wie die Stasi als Ausdruck des Totalitarismus mit dem „Bonner System“, das sich „einen Verfassungsschutz-Staatschutz (Staschu)“ halte.

Hinter einer solchen doppelten Strategie steht die Überzeugung, daß der „herrschende ausbeuterische Wirtschaftsimperialismus, der gegenwärtig die Ökonomie unseres Volkes beherrscht... genau wie die kommunistische Planwirtschaft zum Scheitern verurteilt (ist)“.

Beide werden als Ausdruck „der Wirtschaftspolitik des 20. Jahrhunderts“ verstanden, deren Ergebnis „ein Millionenheer von Arbeitslosen, riesige

Vermutungen angewiesenen Entscheidung, welche „wirklichen“ oder „objektiven“ Ziele sich die Autoren stellen, ist die Mobilisierungskraft eindeutig, auf die sich das Programm orientiert: — die „neue Armut“, die „soziale Verelendung eines Großteils der Bevölkerung“;

— eine gerade unterhalb politischer Programmatik verankerte, auf alle bisherigen sozialen Erfahrungen breiter Massen getragene Absage an die Wirtschaftsstrukturen dieses Jahrhunderts; aber auch — und gerade darin erweist sich dieses Programm m.E. als ein echtes Produkt der DDR-Gesellschaft

— eine bewußte Aufnahme der generalen Zivilisationskritik des 19. und 20. Jahrhunderts, die m.E. der tragende weltanschauliche Kern jener „Fraktion“ der DDR-Opposition gewesen ist, die in der bis zum 9. November reichenden Phase der Revolution von 1989 handlungsentscheidend gewesen ist.

Für die Sicht, daß diese Zivilisations-

Neuaufgabe alter Hüte, sondern die aktuelle Reaktivierung von Verletzungen breiter sozialer Schichten Deutschlands, die Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 in ihrem Buch *Die Unfähigkeit zu trauern* als tödliche Gefährdung der Demokratie in Deutschland aufgespürt haben. Dieses Buch war nicht zufällig eins der ganz wichtigen der 68er Revolution in Deutschland. Die Gesellschaft der alten Bundesrepublik hat sich mit der 68er Bewegung und ihren Folgewirkungen auf die Bundesrepublik ein beträchtliches Maß an Bewegungsmöglichkeit geschaffen. Die Gesellschaft(en) der neuen Bundesrepublik scheinen wiederum herausgefordert, sich die notwendigen Bewegungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Die Antworten, die das Programm der DNP dafür gibt, bedeuten eine völlige Zerstörung der Demokratie. Sie machen deutlich, daß dieses Programm zwar nicht denkbar wäre ohne die Revolution von 1989, daß es bewußt auf das Mobilisierungspotential wesentlicher Elemente dieser Revolution zielt, daß es sich aber in Geist und politischen Inhalten diametral von dieser Revolution unterscheidet. Entgegen seinen politischen, sozialen und ökonomischen Analysen erklärt das Programm „diejenigen, die einen sozialistischen Staat anstreben, zu Staatsfeinde(n) Nr. 1“, die es „für immer aus dem politischen Geschehen auszuschalten“ gelte.

Begründet wird eine solche Militanz mit der These, die Kultur sei „das höchste geistige Gut“ einer Nation, sie zu vernichten bedeute, „die eigene Nation zu verleugnen und zu bekämpfen — mit dem Ziel, sie zu vernichten“. Im 2. Hauptteil des Programms „Kampf der Überfremdung unseres Volkes und dem Kommunismus an allen Fronten“ tritt dann neben die „Kulturvernichtung“ ganz offen die „Rassenvernichtung“, durch die der Mensch zur Ausrottung der Natur beigetragen habe.

Wenn auch erklärt wird, kein Volk habe die Wahrheit „nur für sich gepachtet (wie in den vergangenen Jahrzehnten)“, so wird doch immer wieder auf die „Einzigartigkeit“ deutscher Mentalität, deutscher Philosophie und Ethik, auf deutsche Leistungen in Wissenschaft, Literatur, Musik und Kunst als „das wohl größte Gut in der Menschheitsgeschichte“ verwiesen.

Mit diesem kulturellen Deutschland, Deutschland über alles in der Welt werden dann auch alle Nicht-Deutschen ausgegrenzt und in einer Weise der Verfolgung anheimgegeben, wie sie bislang nur der Faschismus gekannt hat:

— „Solange es in Deutschland Arbeitslosigkeit gibt, darf kein ausländischer Arbeitnehmer eingestellt werden.“

— „Keinem Ausländer darf es gestattet sein, Wohnraum zu belegen, wenn dieser durch Deutsche benötigt wird.“

Wohin nun mit den „illegalen ausländischen Invasoren“?

So werden nicht nur die „kriminellen Schein- und Wirtschaftsasylanten“ bezeichnet, sondern alle Ausländer, denen nicht ein besonderes „Gastrecht“ zubilligt wird. Denn Asylrecht für Ausländer gibt es für die DNP im Grundgesetz nicht. Die ganze Debatte um den Artikel 16 ist für sie überflüssig. Denn sie ist für die „reine Einhaltung“ Absatz 2 Artikel 16 in folgender Auslegung: „Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden, denn politisch verfolgte Deutsche genießen Asylrecht.“

Das „in besonderen Fällen“ zu gewährenden Gastrecht ist an strikte Bedingungen geknüpft: „sie bestreiten ihren Lebensunterhalt selber, ordnen sich der deutschen Kultur unter und verstoßen in keiner Weise gegen deutsches Recht.“

Unter diesen Voraussetzungen dürfen sie ihren Lebensunterhalt in „Arbeitslagern“ selbst erarbeiten, in denen sie „zu sammeln und zum Wohle der Volksgemeinschaft zu beschäftigen“ sind. Alle aber, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden an der Grenze abgewiesen oder „sofort ausgewiesen“. Um eine solche Massenselektion durchführen zu können, sollen „alle zur Zeit in Deutschland lebenden Ausländer... erfaßt werden (auch die Folgegenerationen)“ und nach obigen Prämissen neu eingeordnet (werden).

Der KZ-Staat ist vollkommen. Deutsche Juristen dürfen wieder Rassenetze verfassen, kommentieren und praktizieren. Denn so einfach machen es die Vordenker der DNP nicht festzustellen, wer ein Deutscher ist: Zum deutschen Volk zählen sie nämlich nur jene Deutschen, „die deutsch sprechen, deren Eltern beide deutscher Abstammung sind, mit einer abendländischen Kultur und Religion“. — (Dieter Strützel)

## Termine

2.1. bis 4.1.93. Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Geplant sind wiederum drei Kurse:

— ein Kant-Kursus. Thema ist die Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des staatlichen Gewaltmonopols

— ein Kursus zum „Solidarpakt“. Thema sind u.a. Aktuelle Beschäftigungssituation, Verhältnis Produktivität und Lohn, soziale Grundversicherung, Auswirkungen der Arbeitslosigkeit; Wirtschaft und Soziales in Parteiprogrammen.

— ein Geschichtskursus. Das Jahr 1948 — Weichenstellung für die Spaltung Europas.

Anreise am 1.1., Abreise am 5.1.93. Anmeldungen, Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Tel. Gera 6232610; C. Schneider, GNN-Hamburg, Güntherstr. 6a, Tel. 040-2204278

16.1.93. Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, Baden-Württemberg. Koordinierung der Arbeit und lokale Kooperationsmöglichkeiten; Seehofers Gesundheitsstrukturgesetz; Themen: Aufsatz von Habermas „Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien“. Mannheim, Friedensbüro, 10.30 Uhr bis 17 Uhr.

16./17.1.93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. TO u.a.: Programmatische und organisatorische Erneuerung.

16./17.1.93. Internationales Hearing: Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa. Veranstalter: Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, Oberwasserstr. 12, O-1090 Berlin; Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, Arbeitsausschuß Hamburg; Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde; PDS/Linke Liste Bundestagsgruppe und Landtagsfraktionen. Nähere Informationen: Telefon 030/3977-3339 oder -3524, Fax 030/3945439. Ort: Berlin, Congress-Center, Märkisches Ufer 44.

30./31.1.93. 3. Parteitag der PDS in Berlin.

30.1. Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP vor dem Düsseldorfer Industrieclub, wo sich 1932 Vertreter von Industrie und Banken mit Hitler trafen. Ab 11 Uhr, Treffpunkt: Thyssen-Haus (Gustav-Gründgens-Platz)

13./14.3.93 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21.3.93 Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

## Neuerscheinungen

### Energie gewinnen durch Energie sparen

Beiträge zur energiepolitischen Konferenz des Landesvorstandes der PDS Sachsen am 24./25. September 1992 in Grimma. Herausgegeben von ADELE, Interessengemeinschaft der PDS „Ökologie in Sachsen“

Veröffentlicht werden Beiträge, die auf der Konferenz gehalten wurden, Material, das den TeilnehmerInnen schriftlich vorlag und schriftlich eingereichte Vorträge: Holzmüller, ADELE, Leipzig: Überlegungen zum Thema „Energie gewinnen durch Energie sparen“; Steinbauer, Vorra: Energiesparen, unsere wichtigste Energiequelle; Dr. Schwarz, TU Dresden: Regenerative Rohenergiequellen; Dietsch, Solar- und Umweltgesellschaft Dübener Heide e.V.: Energiesparen — keine Zukunftsvision; Ing.-Büro Naumann und Stahr, Leipzig: Beispiellösungen zur Energieeinsparung im Leipziger Waldstraßenviertel; und als Anlage: Menninger, Ökologische Linke Würzburg: Kernfusion — das „alternative“ Energiekonzept für TechnokratInnen und Atomkonzerne.

November 1992, 48 Seiten A5, Preis: 4,50 DM. Zu bestellen über: GNN-Verlag Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz.



Die DNP hetzt gegen Ausländer. Bild: Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 1. September 1992 in Köln (af/mz).

misten hätten ständig Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht und bereiteten den Boden für rechtsextreme Gewalttätigkeiten.

Die nachfolgende Analyse stützt sich auf den von dieser Gruppierung verbreiteten und auch dem PDS-Landesverband Thüringen zugesandten Text. Der Vorsitzende des Erfurter Stadtverbandes der PDS hat auf eine zweimalige Anfrage beim Thüringer Innenministerium, ob diese Partei in Thüringen zugelassen ist oder ihre Zulassung beantragt hat, bislang keine Antwort bekommen. Die Partei hat mehrfach Veranstaltungen in verschiedenen Thüringer Städten als Gründungsveranstaltungen angekündigt.

Die DNP rechnet sich selbst der „radikalen Rechten“ zu und erklärt die Fortsetzung der „Mitteldeutschen Revolution von 1989 im nationalen Sinne“ zu ihrem Ziel. Dieses Bekenntnis zur Revolution von 1989 ist offensichtlich nicht so heuchlerisch wie die Versuche des Bundespräsidenten und anderer westdeutscher Politiker, sich selbst als Teil der 89er Revolution auszugeben.

So kennzeichnet das „Vorwort“ die DNP als „radikal-nationalen Stoßtrupp in Mitteldeutschland“, der sich „nach der Vereinanhnahme Mitteldeutschlands durch die Bonner Parteien“ zusammengeschlossen habe, um „unsere mitteldeutsche Identität weiter zu pflegen“. Die Fortführung der Revolution wird erläutert als

— Kampfansage an die Bonner Regierung und weiterer Kampf „für die 1989 geforderten Rechte“

— Wiederherstellung der „Eigenständigkeit unseres Volkes“

— Beteiligung „ohne Bevormundung eines Mitglieds aus einem anderen Bundesland“ an der „nationalen Wiedergeburt unseres Volkes“

— Auftreten für die „Angleichung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse“

— Nachweis gegenüber „der Bonner Republik“, „daß hier nicht Deutsche zweiter Klasse leben“

— „verschärfte Kampf gegen Ausländer und Kommunisten“.

Bei der Erläuterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigenständigkeit bzw. Selbstbestimmung des deutschen Volkes wird im 1. Teil des Programms, mit dem sich die DNP „der

Staatsverschuldung, Zerstörung der Lebensgrundlagen eines Großteils unseres Volkes und die Zerstörung der Umwelt, die für neue Industrien sinnlos geopfert wird“, sind.

„Auf der anderen Seite“ führe die „propagierete materialistische Konsumlust“ zu „Orientierungs- und Identitätsverlust des deutschen Volkes“, zur Schaffung einer „leicht lenkbare(n), konsumorientierte(n), nicht nachdenkenden Menschenmasse“ von „Konsumidioten“, zur Setzung „monopolkapitalistischer Profitgier an die Stelle des Volkswohls“, mit dem Ziel, „die Profite der Bosse zu erhöhen und das Volk zu verarmen“.

Konsequenz dieser Wirtschaftspolitik sei, „daß der wirtschaftliche Notstand eines Großteils unseres Volkes, Arbeitslosigkeit und Armut die Menschen immer wieder zu sozialen und politischen Revolutionen führt, um neue Wege für sozialen Wohlstand der Masse des Volkes zu beschreiten“.

Das Programm führt nun eine ganze Liste politisch-ökonomischer Forderungen an, die sich um drei Schwerpunkte gruppieren:

— Untersagung von Spekulation und Zinswucher, die für den „Niedergang der mittelständischen Kleinbetriebe“, aber auch für die „soziale Verelendung“ eines Großteils des Volkes verantwortlich gemacht werden;

— Zurverfügungstellung der wachsenden „Profite aus der produktiven Arbeit“ für den „allgemeinen Volkswohlstand“ bei Erhalt und weiterer Förderung des Privateigentums an Produktionsmitteln;

— „deutsches Geld nur für deutsche Aufgaben“.

Die Sprache dieses Programms erinnert unzweifelhaft an die antikapitalistische Sprache der frühen Nationalsozialistischen Programmatik, und man geht sicher nicht fehl, daß die Autoren des Programms „Mein Kampf“ zumindest gelesen haben.

Es wäre aber leichtfertig, wenn sich die traditionelle sozialistische Bewegung mit Hinweis auf die nachdrückliche Verteidigung des Privateigentums in diesem Programm genügend abgegrenzt fühlte und den wirtschaftspolitischen Teil als reine Demagogie abzutun versuchte. Unabhängig von der ohnehin auf

kritik spezifische Züge der DDR-Opposition trägt, spricht einmal der Umstand, daß die politische Programmatik sich eindeutig gegen (stalinistischen wie Bonner) Totalitarismus richtet, Identität, Selbstbestimmtheit und -verwirklichung zu zentralen Werten erhebt. Vor allem aber, daß (neben kostenloser ärztlicher Behandlung und Versorgung mit Medikamenten sowie einem „würdevollen, menschenwürdigen Lebensabend“ für Rentner) ausgesprochen soziale Errungenschaften der DDR zu sozialpolitischen Grundaufgaben der DNP erklärt werden:

— ein „Grundrecht auf Arbeit und einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz“ für „jeden Deutschen, der dazu willig und in der Lage ist“;

— die Gleichstellung von Männern und Frauen „in der gesamten Industrie und Wirtschaft“, „insbesondere“ bei allen Fragen des Einkommens,

— ein jedem Deutschen „garantiertes Grundrecht, ... sozial verträglich zu wohnen“.

Es gehört wohl zu dem dringend notwendigen Mut zur Dialektik, wenn man die das Programm eröffnenden Passagen zur „Selbstfindung und Versöhnung unseres Volkes“ auch dann noch als einen Teil DDR-Gesellschaft wie der Nach-DDR-Gesellschaft versteht, wenn in der dazu geforderten „wahrheitsgemäßen Darstellung der Geschichte“ des „Dritten Reiches“ wie auch der „vierzigjährigen bolschewistischen Diktatur in der DDR“ der Verweis auf die von den „Siegermächte(n) des 2. Weltkriegs und des Zionismus“ zur „ständigen internationalen Erpressung“, „erfunden(en) Greueltaten“ deutlich zeigt, wer und was hier rehabilitiert werden soll. Das Nebeneinander der Thesen von der „jahrzehntelangen Selbstbesudelung unseres Volkes mit Geschichtsverfälschungen“ und von der „ewigen kollektiven Buße des deutschen Volkes“, die „fast zur völligen Selbstaufgabe unseres Volkes“ geführt habe, erscheint mir nicht zufällig. Zeigen sie doch, wie gefährlich hier Rehabilitierung des Faschismus mit den Erfahrungen verknüpft wird, die Hunderttausende mit einer jede Identität der Menschen aus der DDR auslöschenden Anschlußpolitik machen. Von mir aus ist das Neozionismus. Aber dann nicht einfach eine

# „Der gezähmte Fußball“ Lesenswertes zur Geschichte

Über die Hauptthese vom subversiven — das heißt ja: umstürzlerischen — und schließlich gezähmten Fußball, von der bürgerlichen Fesselung eines proletarischen Sportes, läßt sich streiten. Der Autor selbst entwickelt einige Gesichtspunkte, die ihr widersprechen. Doch trotz der Kritik ist das im Verlag Die Werkstatt erschienene Buch „Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports“ von Dietrich Schulze-Marmeling, ergänzt durch einige Beiträge anderer Autoren, lesenswert. Es enthält eine ausführliche, viele interessante Einzelheiten und wenig bekannte Aspekte aufgreifende Sozialgeschichte des Fußballs.

In seinen englischen Ursprüngen als „dörfliches Raufspiel“ bis ins 10. Jahrhundert zurückreichend, als nach wie vor wildes, ungezügelter Spiel aufgegriffen dann im 18. Jahrhundert von den Zöglingen der herrschenden Klassen in den Public Schools, entwickelte sich der Fußball um die Mitte des letzten Jahrhunderts zum modernen, durch Regeln organisierten Spiel. Doch er blieb noch einige Zeit von Bürgerlichen und Aristokraten beherrscht, die die soziale Exklusivität von Vereinen und Mannschaften durch Amateurklubs zu sichern suchten und Arbeiter z. B. mit der Begründung ausschlossen, „daß diese es sich nicht leisten könnten, wegen der Teilnahme an einer Sportveranstaltung auf Arbeit und Lohn zu verzichten“. (S. 34f)

Gegen alle Widerstände wird Fußball jedoch erst in England, dann auch auf dem Kontinent zum Sport, der vor allem von Arbeitern gespielt wird: „Eine wesentliche Erklärung hierfür dürfte in der Monotonie und Entfremdung der industriellen Arbeit liegen. Im gleichen Maße, wie die Arbeit immer weniger zur psychischen Entlastung der Arbeitenden beitrug, wuchs bei diesen der Drang nach freiwilliger und kompensatorischer physischer Verausgabung und psychischer Befriedigung außerhalb der Fabrikhallen. Je entfremdeter und anstrengender die Arbeit ausfiel, desto größer war das Bedürfnis, sich sportlich zu betätigen ... Fußball ermöglichte auch die Entfesselung einer ansonsten vom politischen und ökonomischen System unterdrückten Kreativität und Intelligenz.“ (S. 24f)

Die „Rückeroberung“ des Fußballs durch die arbeitenden Klassen ging einher mit der Entwicklung zum Zuschauersport — und damit auch mit der Professionalisierung, in England bereits Ende des letzten Jahrhunderts. „Die Einführung des Profifußballs war historisch eine Errungenschaft der Arbeiterschaft, die es für Arbeitervereine überhaupt erst möglich machte, mit den Klubs der Mittel- und Oberklasse zu konkurrieren. Ohne die Bezahlung von proletarischen Kickern wäre das Spiel weiter in seiner sozialen Exklusivität eingesperrt geblieben. Es war außerdem überhaupt nicht einzusehen, warum die lohnabhängigen

Arbeiter und Handwerker, die mit ihren Darbietungen die Massen in die Stadien lockten, nicht an den beträchtlichen Zuschauereinnahmen der Vereine partizipieren sollten.“ (S. 36f) Die These von der „Errungenschaft der Arbeiterschaft“ wird nur wenige Seiten später eingeschränkt durch den Hinweis auf ein „soziales Zweckbündnis“ zwischen Lohnarbeit und Kapital: Die Vereine wurden häufig von lokalen Kapitalisten gegründet und geführt und hätten sich im großen und ganzen ohne die enge Verbindung mit Unternehmen wohl auch kaum halten können. „Den besten Spielern bot sich die Chance, 'eingekauft' zu werden, was gleichbedeutend mit der Beschaffung einer Arbeitsstelle beim unterstützenden Unternehmen war.“ (S. 56)

Die These der ersten Kapitel — im weiteren wird anschaulich die viel spätere Entwicklung des Fußballs in Deutschland dargestellt, der nicht nur ähnliche Hindernisse wie in England überwinden, sondern sich darüber hinaus erst einmal gegen das Turnen durchsetzen mußte — lautet, daß die Geschichte des Fußballs (proletarische „Rückeroberung“ des Spiels), „als konstitutiver Faktor bei der Herausbildung einer Arbeiterkultur (wirkte)“ (S. 33). Auf dem Einband ist sogar die Rede von der „subversiven Gegenkultur der Arbeiterbewegung“. Wenn unter „Arbeiterkultur“ aber nicht nur eine unter Arbeitern verbreitete „Kultur“ verstanden werden soll (wonach dann allerdings

das Fernsehen proletarische Kultur und die Bildzeitung eine Arbeiterzeitung wären), sondern eine emanzipatorisch, also aufhebende Kultur, dann ist diese These recht fragwürdig. „Das Dilemma des Fußballs war und ist“, so schreibt der Autor an anderer Stelle (S. 104), „daß seinem Charakter als kollektives Mannschaftsspiel zweifellos 'linke' Momente immanent sind, daß er von seiner Austragung her — als konkurrenzförderndes Wettkampfspiel — aber auch ein Abbild der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Prinzipien ist.“ In dieser Widersprüchlichkeit spiegelt Fußball in gewisser Weise die kapitalistische Organisation der Arbeit wider, die ja auch nicht, weil die Arbeit von Arbeitern verrichtet wird, proletarisch ist. Der kollektive Charakter des Spiels hebt den Wettkampf, der dem Fußball nichts Fremdes ist, weil Fußball ohne Wettkampf nicht Fußball ist, nicht auf, sondern ist ihm untergeordnet. Das Konkurrenzprinzip wirkt dabei auf den „Charakter als kollektives Mannschaftsspiel“ zurück. Die Kollektivität steht im Dienst der Leistung und des Erfolges, das führt zu starker Hierarchisierung und in der Regel — anders als in der industriellen Arbeit — zu einer strikten Trennung der Geschlechter, d. h. zur Ausgrenzung der Mädchen und Frauen, und der Generationen, d. h. der Ausgrenzung der Älteren. Bei allem Spaß, den das Fußballspiel macht bzw. machen kann, kann die These vom „Subversiven“ — Umstürzlerischen — dieses Sports nicht nachvollzogen werden.

Seine erste Kommerzialisierung, die frühe, gesetzmäßige Entwicklung zum Professionalismus, spiegelt die extreme gesellschaftliche Arbeitsteilung

Titelbild der Kampfschrift von Prof. Karl Plancke gegen das Fußballspiel: „Das Einsinken des Standbeins ins Knie, die Wölbung des Schnitzbuckels, das tierische Vorstrecken des Kinns erniedrigt den Menschen zum Affen.“



wider, in der Arbeit und Spiel schroff geschieden sind, in der das Spiel selbst zur Profession und die Masse der arbeitenden Klassen aufs Zuschauen reduziert wird. In der Entwicklung des Fußballs bis heute ist die Vereinseitigung und Verarmung, der Raub an Spaß und an Entfaltungsmöglichkeiten auf seiten der aus der Arbeit entflohenen Berufsspieler wie der arbeitenden Zuschauer von Anfang an angelegt. Die von vielen Seiten beleuchtete heutige Krise, die „zweite Kommerzialisierung“, in der die Spieler des Spießes am Spiel bereits völlig verlustig gegangen sind und das Erlebnis des mitgehenden Zuschauens dem matten Kitzel des Unterhaltens weicht, ist nicht nur, aber ganz wesentlich auch Ergebnis der Entfaltung der dem Fußball immanenten Widersprüche. Unverständlich ist deshalb, warum der Autor das „Angestelltegekick“, das vor allem durch Bayern München verkörpert werde (S. 154f.), und den

Wandel des Spielertyps beklagt: „Loyalität ist für ihn kein Wert an sich.“ (S. 162) Die Verweigerung der Profifußballer, Vereinskonzern und Vaterland über die eigenen Interessen zu stellen, sich zu Gladiatoren der Vereinsunternehmer und eine modernen Unterhaltungsindustrie machen zu lassen, ist nach Auffassung des Rezensenten subversiver als alles andere, gerade in einer Zeit, in der die Konzerne an nicht so kleine Teile der Werktätigen einiges zahlen, um sich ihre Loyalität zu kaufen. In einem Beitrag über Spielergewerkschaften in England und Deutschland (S. 285 ff.) im zweiten Teil werden dann übrigens die Entrechtung der Profis und ihr Status als „wohltdotierter Sklave“ kritisiert und ihre Interessen und Interessenvertretung gegen rechte Kritik behauptet.

Dietrich Schulze-Marmeling, Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1992, ISBN 3-923478-68-2, 32 DM — (scc)

## Bücher über Armut: „Anschluß verpaßt“, „Armut in Frankfurt“

„Armut im Reichtum“ in Deutschland ist Gegenstand des vor kurzem erschienenen Buches „Anschluß verpaßt“. In Reportagen beschreiben die Autoren die unterschiedlichsten Facetten von Armut, wie den Absturz eines erfolgreichen selbständigen Unternehmensberaters. Ein Jahreseinkommen von über 100000 DM reduziert sich auf 473,- DM Sozialhilfe im Monat. Interne Querelen und Rationalisierungen einiger Konzerne führten dazu, daß er von der Honorarliste gestrichen wurde. Treffen kann Armut jeden, wenn er sich auch noch so abgesichert glaubt, trotzdem überwiegen die Fälle derjenigen, die nie wirklich eine Chance hatten. Wie das ostfriesische Ehepaar, das die geringe Rente des Mannes mit Krabbenpöhlen und Zimmervermietung aufbessern muß und doch nicht weiß, wie es über die Runden kommen soll. Der Mann wird durch unmenschliche Arbeitsbedingungen auf der Werft mit 45 zum Frührentner. Keine seiner Krankheiten — die zer-

störte Lunge, das kaputte Knie und der schmerzende Rücken — wird als Berufskrankheit anerkannt. Oder die Frau, die mit ihren vier Kindern den ständigen Kampf gegen die Verwahrlosung verliert, als der Mann wegen Fahrens ohne Führerschein ins Gefängnis kommt und das bürgerliche Hab und Gut bei einem Wohnungsbrand verlorengeht.

Es werden die Demütigungen beschrieben, denen arme Menschen ausgesetzt sind, beim Arbeitsamt, beim Sozialamt, im Obdachlosenasyl, auf der Straße, in der Kleiderkammer der Stadt und der Kirche.

Banken werben skrupellos mit Krediten. Verzweifelte Menschen, die sich in Verschuldung verstrickt haben, nehmen wieder und wieder Kredite auf, um andere zurückzahlen. Durch nur einen einzigen, unvorhergesehenen Schicksalsschlag gehen Lebenspläne endgültig in die Brüche. Bisher vergeblich fordern Verbraucherverbände die Möglichkeit des Konkurses auch für Privatpersonen, damit es eine

Chance zum Neubeginn gibt.

Großen Raum nimmt das Elend in Ostdeutschland ein. Jeder der in diesem Buch beschriebenen Schicksale zeigt außer dem Kampf um die materielle Existenz auch die verheerenden Auswirkungen auf Selbstachtung und Gefühle der in Armut lebenden Menschen. Dies gilt besonders für viele Ostdeutsche und hier wiederum vor allem die Frauen, denen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit bisher fremd waren und die jetzt brutal darauf gestoßen werden, daß sie „nicht mehr gebraucht werden“ und allein damit fertig werden müssen.

Das Buch ist engagiert und einfühlsam geschrieben. Die Armen kommen selbst zu Wort, Schlussfolgerungen und Zwischenbemerkungen der Autoren bündeln die Einzelschicksale zur Anklage gegen dieses System. Den Lesern werden Lebensumstände vor Augen geführt, mit denen sie selbst vielleicht kaum in Berührung kommen, in die sie aber unvermittelt auch hineinge-

raten können. Gleichzeitig wird kein Raum gelassen für Schuldzuweisungen an die Betroffenen.

„Armut in Frankfurt — Probleme der Armutsberichterstattung“ problematisiert die Erfassung und Darstellung von Armut als kommunale Aufgabe. Es handelt sich um eine Textsammlung, angeregt durch den Arbeitskreis „Armut in Frankfurt“, in dem Mitarbeiter der Institutionen Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN; Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ (VHS/DGB); Katholisches Bildungswerk, Referat „Kirche und Arbeiterschaft“ das Verhältnis von städtischer Modernisierung und sozialer Polarisierung diskutieren. Gemeinsam mit der „Sozialpolitischen Initiative — Frankfurt am Main“, einem Zusammenschluß der freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, dem Stadtjugendring, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände und dem Institut für Sozialforschung an der Uni Frankfurt fordert der Arbeitskreis eine unabhängige kommunale Armutsberichterstattung.

Was kann von solch einer Berichterstattung erwartet werden? Dazu werden Armutsberichte

verschiedener Städte auf ihre Aussagekraft hin untersucht. Über die Zahlen von Sozialhilfebezieheren hinaus sollte differenziert werden nach Kindern unter 14 Jahren und familiärer und finanzieller Situation. Genauere Erhebung der Ursachen von Sozialbedürftigkeit wird gefordert; vielfach fallen bis zu 40 % unter die Kategorie „sonstige Ursachen“. Alle Personen, deren Einkommen 50 % des durchschnittlichen Einkommens unterschreiten, müssen in die Berichte eingehen.

Ebenfalls zur Armutsberichterstattung gehören Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung, Strukturplanung und Wirtschaftsförderung der Kommunen, wie die Frage, wie die Kommune mit ihrem eigenen Wohnungs- und Grundstücksbestand der Wohnungsnot gegenhalten will. Die wenigsten Berichte erfassen die Unterbringungen in Hotels, Notunterkünften oder Schlachtwohnungen und deren Auswirkung auf die Lebensverhältnisse.

In nahezu allen Armutsberichten fehlen eigene Handlungsperspektiven der Kommunen. Das setzt u. a. die Erfassung der Bedarfsunterdeckung durch die Regelleistungen entsprechend der örtlichen Lebenshal-

tungskosten, des Einsatzes anderer Hilfen (freiwillige zusätzliche Leistungen, kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel ...) voraus. Angaben über die Anzahl der Widersprüche und Verwaltungsgerichtsverfahren, über Verfahrensweisen bei Schuldenübernahme sollten veröffentlicht werden. Fallzahlen, Arbeitsplatzausstattung, Eingruppierung der Beschäftigten, Arbeitsplatzzufriedenheit bei den Behörden, die für die Armutsbevölkerung wichtigen Einfluß haben, sind ebenfalls notwendig.

Die Arbeitsgemeinschaft geht davon aus, daß kontinuierliche Armutsberichterstattung geeignet sein muß, über eine Bestandsaufnahme und Herausarbeitung der Verantwortlichkeit des Bundes hinaus, eine kommunale Sozialpolitik zu entwickeln. — (udi)

Gabi Gillen, Michael Möller, Anschluß verpaßt — Armut in Deutschland, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 287 Seiten, Taschenbuch, DM 18,80, Bonn 1992

Thomas von Freyberg, Karl Koch, Karsten H. Petersen (Hg.), Armut in Frankfurt, Probleme der Armutsberichterstattung, Verlag 2000 GmbH, Pf. 102062, 6050 Offenbach, DM 12,-, 122 Seiten, 1992

### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank Unterschrift)

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis: Hüseyin Celibi (geteilt in Kurdistan, früher zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikstr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen (ab 1.1.93): Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo

78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCh, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGV, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz